Donnerstag, 8. März 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 58 - 10.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

POLITIK

Attentat in Israel: Bei einem Sprengstoffanschlag auf einen Linienbus in der Hafenstadt Ashdod wurden drei Menschen getötet und acht verletzt.

Streitbarer Protestant: Im Alter von 92 Jahren ist Martin Niemöller, eine der großen Persönlichkeiten der „Bekennenden Kirche", in Wiesbaden gestorben. (S. 4)

Äthiopien: Das mit Moskau eng verbündete ostafrikanische Land hat zwei Sowjetdiplomaten wegen Spionage ausgewiesen.

Verbot: Ein für Mai geplantes Treffen in Bad Harzburg von rund 1000 ehemaligen Angehörigen der SS-„Leibstandarte Adolf Hitler" wird von der Stadt verboten.

Vorkehrung: Washington hat den Bau eines atombombensicheren Fernmeldenetzes in Auftrag gegeben. Es soll das Weiße Haus mit den Kommandozentralen der Streitkräfte verbinden.

Golfkrieg: Irak hat erstmals eingestanden, daß die strategisch wichtigen Madschun-Inseln östlich von Basrah an den iranischen Gegner gefallen sind.

Korea: Der kommunistische Norden hat vorgeschlagen, die USA in mögliche Friedensgespräche mit Südkorea einzubeziehen. Ohne die USA könnten die bilateralen Probleme nicht gelöst werden.

Trawler beschossen: Als „nur schwer zu rechtfertigenden Akt" bezeichnete der spanische Außenminister den Beschuß zweier spanischer Fischkutter durch französische Marineboote 130 Seemeilen vor der französischen Küste. Neun Seeleute wurden verletzt.

US-Vorwahlen: Zum dritten Mal hat Senator Gary Hart den bisher als Favoriten für die demokratische Präsidentschaftskandidatur geltenden Walter Mondale eine Niederlage beigebracht. Hart erhielt in Vermont 71 Prozent, Mondale nur 20 Prozent der Stimmen.

Zusage an Ankara: Außenminister Genscher hat der türkischen Führung zugesichert, daß er sich für die Freigabe der eingefrorenen Finanzhilfe der EG einsetzen werde. (S. 8)

Kontos verurteilt: Drei Jahre Haft erhielt in Berlin der griechische Soziologe Minas Kontos wegen Landfriedensbruchs und Widerstands gegen die Staatsgewalt.

Kritik Moskaus: Als „schweres Verbrechen" hat die UdSSR die Hinrichtung von zehn führenden Funktionären der kommunistischen Partei in Iran wegen Spionage verurteilt.

Heute: Delegation der SPD-Bundestagsfraktion in Ost-Berlin. – Bundestagspräsident Barzel besucht Ungarn.

ZITAT DES TAGES



» Mit der Hoffnung auf menschliche Einsichtsfähigkeit hat die Menschheit schon zu oft Schiffbruch erlitten. Mehr Verlaß ist auf ökonomische Bewegungsgesetze «

Edzard Reuter, Vorstandsmitglied der Daimler-Benz AG (S. 10)
FOTO: JUPP DARCHINGER

WIRTSCHAFT

Wachstum: Das Bruttosozialprodukt nahm 1983 real um 1,3 Prozent zu, teilte das Statistische Bundesamt mit. Frühere Berechnungen waren von 1,2 Prozent ausgegangen. (S. 9)

Zahlungsbilanz: Nach einem Defizit von 2,63 Milliarden DM im Dezember ergab sich im Januar ein Fehlbetrag von 163 Millionen.

Thomson-Brandt: Der französische Konzern will Telefunken Rundfunk und Fernsehen (bisherige Beteiligung 75 Prozent) voll übernehmen. (S. 11)

Kriegsrisiko: Lloyd's, Versicherer von 40 Prozent der Weltschiffahrt, hat seine Prämien für das Kriegsrisiko der Schiffahrt im Arabischen Golf verdoppelt.

Berlin: Die gesamtwirtschaftliche Leistung der Stadt wird 1984 um zwei Prozent ansteigen, sagt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung voraus. (S. 9)

Börse: Am Aktienmarkt kam es bei geringen Umsätzen teilweise zu deutlichen Kursabschwächungen. Rentenpapiere notierten kaum verändert. WELT-Aktienindex 149,1 (151,3). Dollarmittelkurs 2,5391 (2,5589) Mark. Goldpreis je Feinunze 398,75 (402,50) Dollar.

KULTUR

Berliner Schaubühne: Peter Stein will seine Position als künstlerischer Leiter niederlegen. In der Theatergemeinde geht das Wort vom Ende einer großen Epoche um. Friedrich Luft untersucht die Gründe, die zu Steins Entschluß führten. (S. 3)

Antwort auf Kritik: Der Intendant des Moskauer Theaters an der Taganka, Jurij Ljubimow, der sich zur Zeit im Westen aufhält, ist entlassen worden. Er hatte sich in London kritisch über die Zensurpolitik der sowjetischen Kulturbürokratie geäußert. (S. 15)

SPORT

Trainerwechsel: Perfekt ist jetzt zum Saisonende der Wechsel des Ex-Nationalspielers Konietzka als Trainer vom Bundesliga-Aufsteiger Bayer 05 Uerdingen zu Borussia Dortmund.

Eintracht Braunschweig: Die sechste Zivilkammer des Landgerichts Frankfurt hat dem Bundesligaklub untersagt, sich in „Jägermeister Braunschweig" umzubenennen. (S. 14)

AUS ALLER WELT

Ziel Libyen: Unblutig ging in Genf die Entführung einer Air-France-Maschine zwischen Frankfurt und Paris zuende. Bei der Übergabe von Lebensmitteln wurde der Luftpirat von zwei Polizisten überwältigt. Er wollte nach Libyen geflogen werden.

Kein Umsatz: Zum ersten Mal hat jetzt eine der insgesamt 21 seit dem vergangenen Mai in Bayern eingerichteten Tankstellen für bleifreies Benzin mangels Umsatz ihren Betrieb schließen müssen. Die Firma stellte wieder auf Normalbenzin um.

Wetter: Bewölkt, vereinzelt Schneeschauer. 3 bis 6 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Tschernenko rückt wieder die Partei in den Vordergrund

Der neue KPdSU-Chef setzt vor Funktionären andere Akzente als Andropow

FRIED H. NEUMANN/DW. **Moskau**

In demonstrativer Weise ist der neue Generalsekretär der KPdSU, Konstantin Tschernenko, vor führenden Funktionären des Zentralkomitees zu dem Thema zurückgekehrt, das er nach seinem Aufstieg in den letzten Jahren der Breschnew-Ära wiederholt kritisch angesprochen hatte: Die überragende Bedeutung der Kommunistischen Partei in der sowjetischen Gesellschaft dürfe nicht gefährdet werden. Die „Prawda" nannte die Ansprache Tschernenkos denn auch eine „große Rede". Es sei um die „untrennbare Einheit von Partei und Volk" sowie um die „monolithische Geschlossenheit der Partei" gegangen.

Immer hatte sich der heutige KPdSU-Chef darum bemüht, eine Entfremdung zwischen dem ebenso sorglos wie inkompetent herrschenden Parteiapparat und der Bevölkerung zu verhindern. Durch die Entwicklung in Polen alarmiert, hatte er vorsichtig, aber deutlich genug davor gewarnt, daß Unfähigkeit und Selbstgerechtigkeit vieler Funktionäre schließlich auch in der Sowjetunion zu einer Schwächung der Rolle der Partei führen könnten. Mahnend forderte er dazu auf, die Kontakte mit der Basis zu pflegen und kritische Hinweise, die regelmäßig in Zehntausenden von Briefen zum Ausdruck kommen, ernst zu nehmen.

Bereits in seiner Antrittsrede vor dem Zentralkomitee hatte Tschernenko den Gesichtspunkt erwähnt, den er für den gesicherten Fortbestand der Parteiherrschaft wohl für entscheidend hält – eben die Verbindung „mit den Massen". Die Partei, so sagte der Generalsekretär damals, müsse alle ihre Beschlüsse an den „Gedanken der Werktätigen" messen (WELT vom 14. 2.).

Solche Gesichtspunkte hatte sein verstorbener Vorgänger Jurij Andropow selten angesprochen. Während der kurzen Amtszeit Andropows war sogar auf die traditionelle Formel von der „führenden Rolle der Partei" wenig Wert gelegt worden. Andropow, viele Jahre Chef des Geheimdienstes KGB, hatte eher die Bedeutung der „Sowjets" herausgestellt, also der „Volksvertretungen" und der (staatlichen) Vollzugsorgane, wenn er von „sozialistischer Demokratie" sprach. Den Personalproblemen in der Partei rückte er ohne große Worte lieber mit drakonischen Säuberungsmethoden zu Leibe. Tschernenko, dem diese „Kaderfrage" gleichfalls auf den Nägeln brennt, ist kein Freund des Stühlerückens. Durch organisatorische Veränderungen und erzieherische Einflüsse, so scheint er anzunehmen, läßt sich der Parteiapparat schonender, aber ebenso wirksam auf Trab bringen.

In seiner jüngsten Rede vor den Funktionären des Zentralkomitees wies er jetzt darauf hin, daß die Lösung der Aufgaben, vor denen die Sowjetunion stehe, von einem höheren Niveau der Parteiarbeit unmittelbar abhänge. Deren „Stil und Methoden" gelte es zu verbessern.

Auf allen Ebenen sei es der Parteiapparat, der den politischen Willen in die Praxis umzusetzen habe. Folglich müßten sich dessen Funktionäre „in allen Gliedern dieser Kette" geradezu beispielhaft verhalten. Dazu gehöre, daß sie die Beschlüsse auch tatsächlich vollständig ausführten, daß sie

● Fortsetzung Seite 8

Mischnick: „DDR" hält an Lockerung fest

Optimismus über Ausbau der humanitären Erleichterungen / Diepgen trifft Mittag

gur./DW. **Frankfurt/Bonn**

Der FDP-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Wolfgang Mischnick, sieht nach seinem Gespräch mit SED-Chef Erich Honecker keine Anzeichen dafür, daß die „DDR" ihre derzeit gelockerte Praxis gegenüber Ausreisewilligen ändern wolle. Honecker, so sagte Mischnick gestern vor Journalisten in Frankfurt, habe ihm versichert, er stehe zu den geschaffenen humanitären Erleichterungen für die Menschen in Deutschland.

Der FDP-Politiker sprach von einem Interesse Ost-Berlins, deutlich zu machen, daß es sich an die Grundsätze der erweiterten Familienzusammenführung im Sinne der Vereinbarungen von Helsinki gebunden fühle. Mischnick: Eine Weiterentwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen sei nicht nur möglich, sondern werde auch von der „DDR" gewünscht. Besonderes Interesse habe Honecker an einem weiteren Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen und an übergreifenden Vereinbarungen beim Umweltschutz bekundet. Die Frage eines neuen Milliarden-Kredits, so der FDP-Fraktionschef, habe dabei „überhaupt keine Rolle gespielt".

Zu der Abrüstungsproblematik bemerkte Mischnick, Honecker habe mit ihm darüber übereingestimmt, daß der Vorschlag des Kreml zur Vernichtung der chemischen Waffen ein „Ansatzpunkt" sei, auch über „andere Fragen" ins Gespräch zu kommen. Unbestreitbar sei durch den Regierungswechsel in Bonn kein Stillstand in den deutsch-deutschen Beziehungen eingetreten.

Beim traditionellen politischen Aschermittwoch in Passau äußerte sich auch der CSU-Vorsitzende Strauß nur kurz zur Deutschlandpolitik. Auf seine bevorstehende Reise zur Leipziger Messe – er wird voraussichtlich auch mit Honecker zusammentreffen – ging Strauß nicht ein. Er sagte lediglich, es gebe ein Recht auf nationale Selbstbestimmung für alle Menschen in Deutschland.

Der amtierende CSU-Generalsekretär Gerold Tandler hatte zu den Spekulationen um ein Treffen mit Honecker gesagt: „Warum auch nicht? Ich sehe darin nichts Außerordentliches." Der CSU-Vorsitzende folgt einer Einladung der „DDR"-Regierung zur Messe. Er will mit einem Privatflugzeug nach Leipzig fliegen.

Auf dem Rückflug von zweitägigen politischen Gesprächen in Moskau will der Bonner Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel (SPD) am kommenden Mittwoch in Ost-Berlin mit dem „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Honecker zusammentreffen. In Moskau wird Vogel von KPdSU-Chef Tschernenko empfangen werden.

Der neue Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) wird während seines Besuchs der Leipziger Messe am kommenden Montag mit dem SED-Politbüromitglied Günter Mittag sprechen. Mittag ist in der Parteispitze für Wirtschaftsfragen zuständig. Diepgen ist der erste Regierende Bürgermeister, der zur Leipziger Messe reist.

Kontakt mit Mittag wird auch Bundeskanzler Kohl haben. Aus der Umgebung des Kanzlers war während dessen jüngster USA-Reise bekannt geworden, daß Kohl den „DDR"-Spitzenfunktionär treffen wird, wenn dieser zur Hannover-Messe in die Bundesrepublik kommt.

„Warenverkehr ist keine Einbahnstraße"

Kanzler warnt USA vor Steuer für „Luxuswagen" / Deutsche Exporteure am stärksten betroffen

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Nach dem Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl in Washington bleibt eines besonders haften: So eindringlich wie noch kein deutscher Regierungschef vor ihm hat Kohl den Kongreß vor den Folgen des amerikanischen Handelsprotektionismus gewarnt. „Der freie Warenverkehr ist keine Einbahnstraße", rief der Kanzler vor dem „National Press Club" aus (WELT v. 7. 3.). Die Vereinigten Staaten müßten auch hier ihre verantwortliche Führungsrolle wahrnehmen und dem wachsenden Druck entgegentreten.

Aus der Fülle alter und neuer Schutzbegehren der amerikanischen Industrie, die EG-Ausfuhren in die USA im Wert von 4,7 Milliarden Dollar betreffen würden, hob Kohl die jüngste Attacke gegen die Prinzipien einer offenen Weltwirtschaft heraus: Indem der Senat und das Repräsentantenhaus versuchen, den Mißbrauch von Firmenwagen durch eine Herabsetzung der Abschreibungen auf 15 000 Dollar zu verhindern, werden hohe Einfuhrbarrieren gegen ausländische Luxusautos errichtet.

Kohls Hinweis, daß man auch Gegenmaßnahmen ergreifen könne, kam zur rechten Zeit. Denn auf dem Capitol Hill steht die Entscheidung auf der Kippe. Der wichtige Bewilligungsausschuß des Repräsentantenhauses hat dem Gesetzentwurf HR 4135 schon zugestimmt und dabei das Abschreibungslimit auf 21 000 Dollar angehoben. Dadurch ist die große Mehrzahl der von Detroit hergestellten Fahrzeuge „gerettet", aber nicht alle. Bei einer Probeabstimmung im Finanzkomitee des Senats votierte nur eine kleine Mehrheit für die neue Vorschrift. Ihr Schicksal hängt praktisch von zwei bis drei Senatoren ab, die Kohl vielleicht davon überzeugt hat, daß sie einen riskanten Weg einschlagen. Die Entscheidung fällt vermutlich noch in dieser Woche; angesichts der heißer werdenden Wahlkampfatmosphäre gilt als sicher, daß die Plenums beider Häuser den Ausschußempfehlungen folgen werden.

Für die deutsche Automobilindustrie steht eine Menge auf dem Spiel, weil sich ein großer Teil ihrer Lieferungen in die USA aus Luxuswagen zusammensetzt. Nach einer Untersuchung des Verbandes der US-Importeure, die auf ein Abschreibungslimit von 15 000 Dollar basiert, richtet sich die Maßnahme gegen Audi, BMW, Mercedes-Benz, Porsche und den VW Santana, von denen im vergangenen Jahr insgesamt 211 700 verkauft wurden.

Betroffen wären außerdem diese „Ausländer": Alfa Romeo, Jaguar, Volvo, Ferrari, Saab, Rolls Royce, Mitsubishi Starion, Nissan 280ZX, Nissan Maxima, Toyota Supra und Cressida sowie Peugeot. Insgesamt haben die USA 1983 nahezu 2,4 Millionen Pkw importiert. Davon fielen 580 000 in die Luxusklasse; etwa ein Drittel wurde von Unternehmen, Ärzten, Anwälten oder Einzelkaufleuten erworben.

Während die US-Importe zu 24,4 Prozent aus Luxuswagen bestehen, sind es bei den in Amerika hergestellten Fahrzeugen nur 12,6 Prozent. Einschließlich Volkswagen of America und Honda, die in den Vereinigten Staaten produzieren, setzte Detroit im vergangenen Jahr rund 6,8 Millio-

■ Fortsetzung Seite 8

Ohne Namen faßt Opel in Korea Fuß

H. HORRMANN, **Rüsselsheim**

Der Opel Kadett wird von 1986 an auch in Südkorea produziert. Die Daewoo-Motor-Company, zweitgrößter Hersteller des Landes, will mit der Opel-Technologie in Lizenz eine jährliche Fertigungskapazität von 150 000 Fahrzeugen aufbauen, die hauptsächlich im asiatischen Raum, aber auch in anderen außereuropäischen Märkten verkauft werden sollen. Opel-Vorstandsmitglied Hans-Wilhelm Gäb betont, daß ein Export dieser Fahrzeuge von Korea nach Europa nicht in Frage kommt.

Jahrelang waren die Bemühungen der deutschen Automobilindustrie, in Asien Fuß zu fassen, erfolglos geblieben. Klein- und Mittelklassewagen hatten gegen die erheblich preiswerter produzierenden Japaner keine Chance. Lediglich von repräsentativen Fahrzeugen (Daimler Benz, BMW) wurden erwähnenswerte Stückzahlen abgesetzt. Der Vertrag zwischen dem Rüsselsheimer Unternehmen und den Koreanern soll diese Situation in der Kadett-Wagenklasse erstmals ändern.

Opel-Chef Ferdinand Beickler: „Der Vertrag sieht vor, daß wir Opel-Technologie liefern, nicht aber den Namen." So werde ein Markt erreicht, der für die eigenen Produkte aus Europa chancenlos sei.

Daewoo gehört zwar zu 50 Prozent dem Konzern General Motors, doch wird die Tatsache, daß man sich bei der Produktionsplanung für den deutschen Kadett entschieden hat, als „Anerkennung für die technische Kompetenz der Opel AG und ihrer Ingenieure" bewertet.

General Motors kooperiert in Asien auch mit Toyota und Isuzu. Dennoch entschied man sich nicht für die preiswerteren Lizenzen der japanischen Hersteller.

Die Daewoo-Entscheidung für Opel schafft in Rüsselsheim mehr als 200 zusätzliche Arbeitsplätze. Planer und Techniker werden in nächster Zeit neu eingestellt. „Der Abschluß sichert dem Unternehmen feste Lizenzeinnahmen pro verkaufte Einheit, beeinflußt die Verkaufschancen in anderen außereuropäischen Märkten deswegen nicht, weil wir mit Wagen dieser Größenklasse aus deutscher Produktion im asiatischen Bereich preislich ohnehin seit langem nicht mehr wettbewerbsfähig sind", sagt Ferdinand Beickler.

Zwar gibt es über die Größenordnung der Einnahmen aus dem Koreageschäft keine konkreten Zahlen, doch spricht Gäb von einem „außerordentlich profitablen Geschäft" für das Rüsselsheimer Unternehmen.

DER KOMMENTAR

Sünderlein allzumal

Von PETER GILLIES

Unter Weglassung von Belehrungen hat der Bundeskanzler in Washington Warnungen ausgesprochen, die zum deutsch-amerikanischen Dauerrepertoire gehören: Fort mit Hochzins und Handelsschranken. Die Mahnung war eindringlich, ohne die Freundschaft zu trüben, wirtschaftspolitisch, ohne an Deutlichkeit vermissen zu lassen. Nichts von jener Schalheit atlantischer Verstimmung, die einst Bundeskanzler Schmidt bei Rückkehr aus den USA mitbrachte.

Nun ist „rückstandsfreie" Politik noch kein Wert an sich, zumindest keiner, der ökonomische Probleme zu lösen vermag. Nicht wenige Amerikaner verspüren Bauchgrimmen ob ihrer waghalsigen Finanzpolitik und ihrer protektionistischen Anfechtungen. Beides ist über die Maßen schädlich – auch und vor allem für die USA selbst. Eine Finanzpolitik mit derartigen Defiziten und entsprechend hohen Zinsen wie auch die vermeintliche Patentlösung, mit Sondersteuern Importe stoppen zu wollen, das sind Maßnahmen, die stets auf die Verursacher zurückschlagen. Leider meist erst nach Wahlen.

Kohl hat nicht nur wegen durchgestandener Sicherheitspolitik ein besseres Standing gegenüber Reagan. Wer wie Kohl den Erfolg im Rücken verspürt, hat einen Demosthenes für sich engagiert: Wirtschaftswachstum von rund drei Prozent, Wende am Arbeitsmarkt, dickere Auftragsbücher. Besonders überzeugend wirkt jedoch, daß der Bonner Finanzpolitik unter der unerbittlichen Buchführung Stoltenbergs etwas gelang, was Schmidt stets als anklagende Ohnmachtformel gegen die USA münzte: Abkoppelung vom Dollar mit der Folge, daß die Zinsen bei uns sinken.

Der freie Warenverkehr sei keine Einbahnstraße, sagte Kohl in Washington mit grummelndem Unterton. Diese Behauptung ist im Mutterland des Freihandels geläufig. Die enthaltene Vermutung, die USA blockierten diese Einbahnstraße, während die Europäer sie unablässig freihielten, ist dagegen kühn. So, wie es bei Handelsbeschränkungen auf Dauer nur Verlierer gibt, so sicher ist die Feststellung, daß die Verfechter des Freihandels allzumal Sünderlein sind. Gerade die EG predigt hierbei Sittenstrenge im Hafenviertel.

Führung anzumahnen ist einerseits der Reflex auf die Ideale der freien Flagge, des freien Handels, letztlich der Freiheit. Aber Kohl weiß sicher, daß er sich damit selbst in die Pflicht nimmt. Das spürte man wohl in Washington.

Ben Ari: Auflage bei Waffenexport „unrealistisch"

RS. **Bonn**

Der Export deutscher Waffen an Saudi-Arabien würde nach Meinung des israelischen Botschafters in der Bundesrepublik Deutschland, Yitzhak Ben Ari, die ohnehin gespannte Lage im Nahen Osten weiter verschärfen. Die Absicht von Bundeskanzler Helmut Kohl, mit der Lieferung deutscher Waffen eine Einsatzbeschränkung zu verbinden, sei „ehrenwert, aber unrealistisch", sagte der Diplomat in einem Interview mit der „Neue Ruhr/Neue Rhein-Zeitung". Ben Ari bezog sich dabei offenbar auf die Weigerung Riads, deutsche Wünsche nach einer Einsatzbeschränkung für Waffenlieferungen zu akzeptieren (WELT v. 11.2.).

Gefährlich nannte der israelische Botschafter die Absicht deutscher Firmen, Waffenfabriken in Ägypten zu errichten. Ben Ari sprach von der Möglichkeit, daß in Ägypten produzierte Waffen „in die Hände der Feinde Israels gelangen und auf Juden gerichtet werden könnten". Der Botschafter warnte davor, Waffenexporte in arabische Staaten, die er als moralisch falsch ansieht, „als politisch richtig darzustellen".

Der israelische Minister Jaakov Meridor zeigte sich davon überzeugt, daß die Bundesrepublik Deutschland keine Waffen an Saudi-Arabien liefern wird. Gegenüber der WELT nahm Meridor eine differenzierte Haltung zum „Blaupausen-Waffenexport" ein. Diese Frage müsse gesondert von der aktuellen Diskussion deutscher Rüstungsgüter in arabische Staaten erörtert werden, sagte der Minister.

UdSSR wegen Jumbo-Abschuß verurteilt

AP/rtr, **Montreal**

Die Internationale Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) hat die UdSSR wegen des Abschusses der südkoreanischen Boeing 747 am 1. September 1983 verurteilt. Mit 20 gegen zwei Stimmen bei neun Enthaltungen billigte der ICAO-Rat in Montreal eine entsprechende, von den USA eingebrachte Resolution.

Der Sowjetunion wurde vor allem vorgeworfen, sie habe nicht alles getan, um vor dem Einsatz von Gewalt zu versuchen, die Maschine eindeutig zu identifizieren und die Piloten auf ihren Irrtum aufmerksam zu machen.

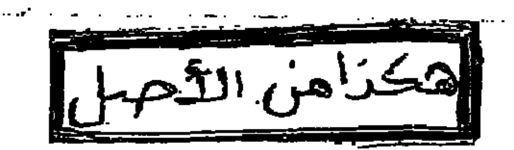
Beim Abschuß des Jumbo-Jets der südkoreanischen Fluggesellschaft KAL waren alle 269 Insassen ums Leben gekommen. Die Maschine hatte sich auf dem Flug von Anchorage nach Seoul in den sowjetischen Luftraum verirrt.

Der amerikanische ICAO-Delegierte Donald Segner erklärte, nichts könne die „vorsätzliche Vernichtung" des Passagierflugzeuges rechtfertigen. Die Verurteilung sei begründet, da die Sowjetunion angekündigt habe, unter vergleichbaren Umständen in der gleichen Weise handeln zu wollen.

Die ICAO, eine für die Sicherheitsüberwachung der internationalen Flugstrecken zuständige Organisation der Vereinten Nationen, hat ihre 152 Mitglieder für den 24. April zu einer Sonderkonferenz einberufen. Auf diesem Treffen soll vor allem ein direktes Verbot von Gewaltmaßnahmen gegen Zivilflugzeuge erörtert werden.

Anzeige





DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

All-Macht für Bonn

Von Adalbert Bärwolf

Der Chef der amerikanischen Weltraumbehörde Nasa, James Beggs, ist mit offener Hand nach Bonn gekommen. Er hat die Deutschen beschworen, sich zusammen mit anderen europäischen Staaten mit fünfundzwanzig Prozent oder mehr an Bau und Nutzung einer permanent bemannten Station im Weltraum zu beteiligen. Ein Ja aus Bonn würde bedeuten, daß der deutsche Steuerzahler im Verlauf der nächsten Dekade rund drei Milliarden Mark für das Projekt Raumstation aufbringen müßte.

Die Amerikaner wollen diesmal nicht nur kassieren, sie wollen auch eine Menge geben. Sie bieten Mitspracherecht nicht nur bei Konzeption der ständigen künstlichen Insel im Kosmos an, sie wollen uns auch das Recht auf Zugang zur Station und auf Betrieb unseres Stationsteils vertraglich einräumen. Das ist eine gute Basis für Verhandlungen.

Die amerikanische Delegation hat überhaupt in Bonn einen guten Eindruck hinterlassen. Zum ersten Mal hat ein leitendes Mitglied der Regierung Reagan öffentlich mit dem Unsinn aufgeräumt, die alleinige Rechtfertigung für die Erdaußenstation sei die rein wissenschaftliche Forschung. Die Station im All ist ganz klar eine Mehrzweckstation, in der Experimente der Astronomie, der Astrophysik, der Mikroelektronik, der Biomedizin oder der Materialforschung ihren Platz haben. Die Station hat auch kommerzielle Aspekte und wird zu neuen Industrien führen.

Die Station aber ist vor allem ein technologisches Instrument der Macht. Deswegen ist der Beschluß zum Bau der Station durch Präsident Reagan ein politischer Beschluß gewesen. Zwar wird die Station nicht aus dem Verteidigungsbudget finanziert, aber zahlender Nutzer wird vorrangig das Pentagon sein.

Bonn wird einen politischen Beschluß fassen müssen, mit einigen tausend Millionen Mark und kreativen Geistesblitzen in dem kosmischen Boot der Amerikaner mitzufahren. Wir könnten mit am Ruder des Bootes sitzen, wenn wir bald aufspringen.

Sinowatz greift durch

Von Carl Gustaf Ströhm

Er werde Kontakte der Jungsozialisten zu Kommunisten nicht dulden. So scharf reagierte der österreichische Bundeskanzler und SPÖ-Vorsitzende Fred Sinowatz, sonst als ein eher gemütlicher Mann eingeschätzt, auf den jüngsten österreichischen Juso-Kongreß. Dort waren Gastdelegierte aus kommunistischen Jugendorganisationen des Ostblocks nicht nur zugelassen, sie waren auch noch mit kräftigem Beifall empfangen worden.

Das nahm Sinowatz nun zum Anlaß, um an die Eisenstädter Erklärung der SPÖ zu erinnern, die allen österreichischen Sozialisten die Zusammenarbeit mit Kommunisten verbietet. Allerdings haben Österreichs Jungsozialisten diese Trennwand gegenüber der KP längst durchlöchert.

Juso-Chef Gusenbauer – bekannt aLs Mitorganisator eines Anti-Papst-Festivals unter dem Motto „Papst hau ab!" während des Besuchs von Johannes Paul II. in Wien – greift jetzt zur Ausflucht, Jusos arbeiteten mit Kommunisten „nur" in Bürgerinitiativen und in der Friedensbewegung zusammen. Von letzterer ist allerdings bekannt, daß dort KP-Kader und Jusos gemeinsam alle katholischen und sonstigen gemäßigten und vor allem nicht-einäugigen Friedensfreunde niederzustimmen pflegen, wann immer es gegen die sowjetischen Interessen geht. Katholische Kreise haben kürzlich erst darüber Klage geführt.

Sinowatz weiß, warum es für ihn wichtig ist, gegen seine eigene Parteijugend so nachdrücklich durchzugreifen – er hat ihnen sogar das „Einfrieren der Beziehungen" angedroht, was wohl Abdrehen des Geldhahns heißen soll –: Der Trend in die Nachbarschaft der Kommunisten kann die SPÖ nur Wählerstimmen kosten. Das Juso-Problem ist wohl mehr als ein bloßer Generationenkonflikt. Hier werden nämlich Umrisse einer Partei innerhalb der Partei sichtbar. Kreisky hatte das durch die Kraft seiner Persönlichkeit lange verdecken können. Seinem Nachfolger bleibt es nicht erspart, falls er nicht Kreiskysche Härte anzuwenden weiß.

Beschränkter Horizont

Von Peter Dittmar

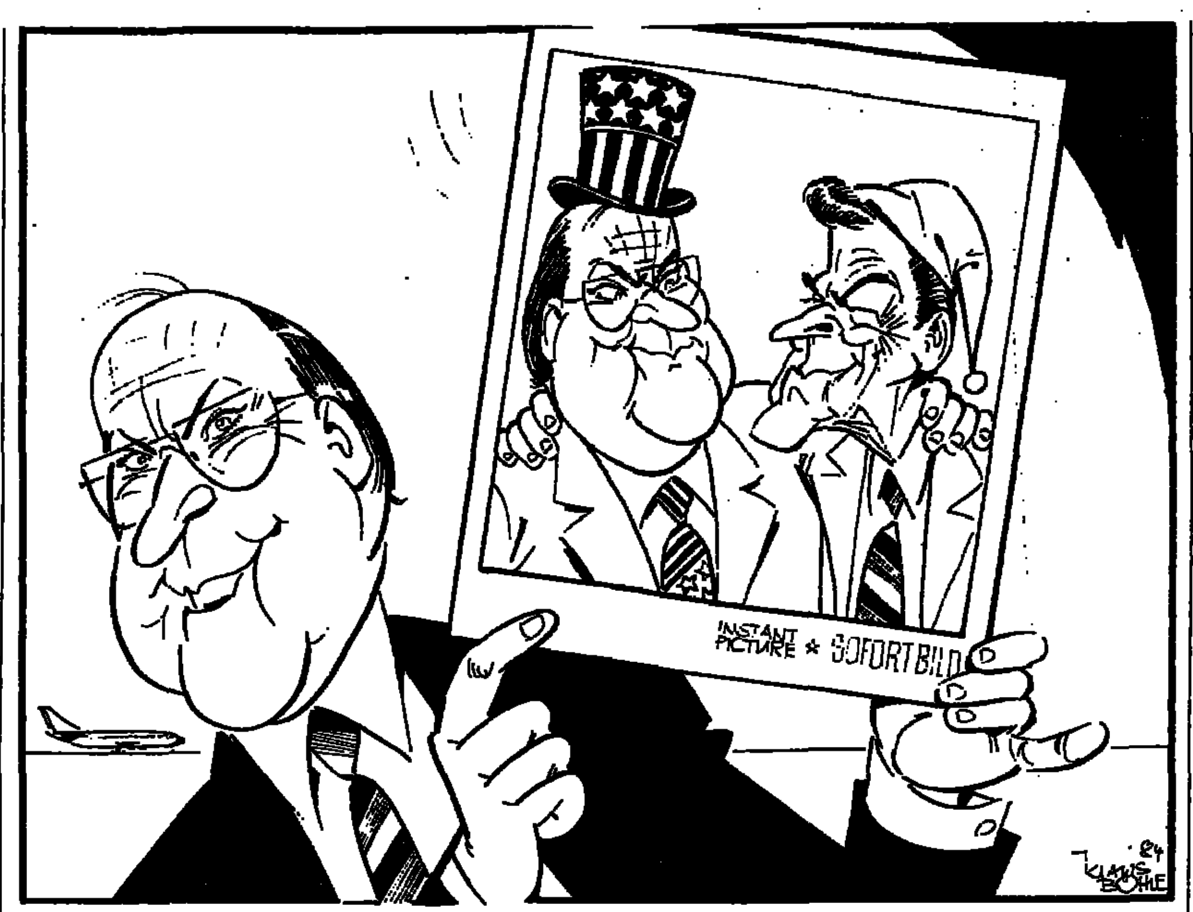
Horizont", die außenpolitische Monatszeitschrift aus Ost-Berlin, behandelt in ihrer jüngsten Ausgabe die Geschichte des Türkischen. Das liest sich gut, weil auf übertriebenen ideologischen Ballast verzichtet und die Entwickung der Sprache recht sachlich erzählt wird.

So erfährt man, daß 1928 das türkische Gesetz über die Schriftreform die Abschaffung der arabischen Schrift und die Einführung der in Europa üblichen Schrift anordnete, weil die „lateinische Schrift – modifiziert durch einige Zusatzzeichen – der türkischen Lautstruktur viel besser gerecht wird als die arabische Schrift". Auch daß dieser Schriftwechsel von großem Nutzen für die Alphabetisierungskampagne war, erfährt der Leser. Und dann wendet sich die Autorin einigen Wortschatzfragen zu.

Mit alledem hat sie nichts Falsches gesagt. Sie hat nur ein paar Fakten unerwähnt gelassen, die die Bürger eines Landes, das sich stets seiner „brüderlichen Verbundenheit mit den Völkern der sozialistischen Sowjetunion" rühmt, gewiß auch interessiert hätten. Sie hätte nämlich hervorheben könen, daß dem türkischen Gesetz die Empfehlung des turkologischen Kongresses von 1926 im (sowjetischen) Baku vorausging, an allen Schulen der Tataren und Türken statt des arabischen das lateinische Alphabet einzuführen.

Dieser Empfehlung folgten allerdings seinerzeit nicht nur die Türken, sondern auch die Turkvölker in den zentralasiatischen Republiken der Sowjetunion. Turkmenen, Tadschiken, Usbeken, Kirgisen und Kasachen wechselten ebenfalls 1928 zum Latein. Das war der Verbundenheit der Turkvölker über die nationalen Grenzen hinweg sehr zuträglich – und deshalb empfand es Stalin bald als sehr abträglich. „Bürgerlichen Nationalismus" und reaktionären „Pan-Turkismus" nannte er das. Also ordnete er 1937 an, daß die sowjetischen Turkvölker mit kyrillischen Buchstaben zu schreiben hätten. So mußten diese Völker innerhalb von zehn Jahren das dritte Alphabet lernen.

Sollte „Horizont" das nicht gewußt haben? Oder gibt es andere Gründe für diesen beschränkten Horizont?



„Wir haben mehr als nur Meinungen ausgetauscht!" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Brandt wider die Ungeduld

Von Herbert Kremp

Was immer man sachlich und schlagwortfrei unter „Wende" in der deutschen Politik verstehen mag – für die Sozialdemokratische Partei ist sie auf jeden Fall eingetreten. Die SPD zieht in dem Schatten dahin, den die Bundesregierung wirft. Mit dem Ende der Raketen-Diskussion, die in ihrer Hochzeit sichtlich oppositionelle Masse hervorrief, ist der élan vital entwichen. Die Bewegung war ohnehin mehr ein Hysterieerzeugnis als materiale Politik. Mit dem Engagement für die 35-Stunden-Woche ging die Partei von vornherein vorsichtig um. Die Sympathie-Adresse an die Gewerkschaften gründete nicht auf innerer Überzeugung. Es fehlte der Glaube.

Wo also ist der Baustoff, aus dem sich in raschen Arbeitsgängen das alternative Gebäude zur Regierungspolitik errichten ließe? Der Bundeskanzler und seine Koalition haben inzwischen alle Felder besetzt, denen das Interesse und die Sorgen der Bürger gelten. Man braucht sie nicht einzeln aufzuzählen, alles zentriert sich um die Brennpunkte Wirtschaft und Außenpolitik, wo die Regierung günstige Konditionen vorfindet beziehungsweise schafft und ihre Spielräume nutzt bis hin zum publikumswirksamen „Drängen" des Kanzlers in Washington. Nach allen Richtungen bläst Helmut Kohl Optimismus ab, was selbst den Karneval belebte, der sich mächtiger darbot als jede Friedensdemonstration. Das Unentwegte mit dem harten Kern des Unbeeindruckbaren ist es wohl, was dem Bürger an den Führungsfiguren imponiert. Selbst für Turnierspiele mit Ritter Strauß ist gesorgt. Wer schaut da auf die Opposition?

Bei ihr herrscht pessimistische Grundstimmung vor, was sich teils aus dem Verlust der Macht, teils aus der Zitronennatur ihres Kandidaten Vogel erklärt, der wie ein konservativer Geschichtsphilosoph jeden Morgen in den Abgrund blickt. Es fällt der SPD, deren pädagogische und soziologistische neue Basis vom Bürger weniger versteht als von dessen Reformverwertung, sichtlich schwer, die Volksstimmung zu begreifen. Warum schneidet die Regierung Kohl trotz Arbeitslosigkeit, trotz Affären, trotz gelegentlicher Ausrutscher auf dem internationalen Parkett in den Meinungsumfragen „immer noch ganz gut" ab, fragt Willy Brandt im neuesten „Sozialdemokrat Magazin" die Parteileser.

Eine gute Frage. Und es ist Willy Brandt, in seiner Wandlungsfähigkeit immer noch der politischste aller Sozialdemokraten, der eine ehrliche Antwort gibt. Sie besteht in großen Teilen zwar in einer Absage an den gesellschaftlichen New-Frontier-Kurs, den Brandt selbst eingeschlagen hatte – auf diesem schmalen Wege wurde Helmut Schmidt überfahren –, aber was soll das Nachtarocken, die beiden Altkanzler haben ja schon wieder miteinander gespeist. Entscheidend ist Brandts Einsicht (WELT vom 27. Februar), daß es falsch wäre, Bundeskanzler Kohl zu „unterschätzen", wie Schmidt es aus hanseokratischer Höhe tat. Nun fügt Brandt in seinem Leitartikel die Mahnung hinzu, nicht ungeduldig und nicht mißmutig zu werden, sich vor allem nicht „in die Rolle des Unglücksboten abdrängen" zu lassen. Da urteilt ein erfahrener Waldgänger aus sicherem Gespür.

Dabei ist für die Lage der Opposition eines bezeichnend: Nur ein Mann von der Autorität Brandts kann seiner kaum mehr homogenen Partei heute offen sagen, welchen Platz auf der Warteliste sie einnimmt. Nach ihm kommt nicht viel (Dohnanyi verschleißt sich in Hamburg, Ehmke trägt Bart), während hinter Kohl die Talente vergleichsweise drängen (dort wird wirklich gedrängt). Programmmäßig hat die Muse aber auch bei Brandt noch nicht zugeküßt. Über Außenpolitik, Ost- und Deutschlandpolitik verliert der Vorsitzende kein Wort, nachdem Kohl der Opposition alle einschlägigen Wörter buchstäblich aus dem Munde genommen hat. Auch über der Nachrüstung liegt Schweigen. Schon vor Monaten sagte uns Brandt, „dieses Thema müssen wir mal abhaken". Als Schwerpunkte der künftigen Arbeit macht er Wirtschaft und Beschäftigung aus, wobei er gegenüber der WELT „die zentrale Bedeutung der Marktorientierung" hervorhob.



Kohl nicht unterschätzen: Willy Brandt FOTO: POLY-PRESS

Semantisch fein dosiert, sozusagen mit einem Stips an den Volant, geht Brandt in die Gedankenkurve. Zwar noch Kokarde am Hut, aber zurück zur Mitte? Nun, nach allen Erfahrungen sollte man Willy Brandt nicht platte Eindeutigkeit unterstellen. Er hat die Grünen (wie die anderen „neuen" gesellschaftlichen Kräfte) schon abgetastet, aber offenbar für zu dünn befunden. Im übrigen schreckt auch ihn das geradezu Antikörperhafte an der Chlorophyll-Partei, so daß er in der Fuhrarbeit des Hessen Börner keine Vorarbeit für eine (spätere) Bonner Koalition erkennen will. Es bleibt beim Absaugen und Abzupfen der grünen Wählerschaft, was möglicherweise etwas bringt – auf jeden Fall Veränderungen im sozialdemokratischen Aggregat –, aber nicht genug für die Mehrheit zur Macht.

So bleibt am Ende eben doch die Rückwendung zum guten alten deutschen Bürger, dem Otto Normalverbraucher der Politik. Aber gerade nach seiner Seele greift mit langem Arm, durch das Gegengefinkel der elektronischen Medien hindurch, der Kanzler Helmut Kohl, den die erbitterten praeceptores Germaniae für furchtbar und furchtbar erfolgreich zugleich halten. Was Brandt, der zu Kohl immer ganz gut stand, an dem Kanzler bewundert, ist dessen zielsicheres Denken aus der Hüfte. Der Instinkt für Macht also und für die verbreiteten Gefühle, den der SPD-Vorsitzende in seiner Partei vermißt.

IM GESPRÄCH Prinz Bandar

Mann der Saudis in USA

Von Peter M. Ranke



Über-Flieger für das Königshaus: Prinz Bandar FOTO: AP

Ein Prinz zu sein, reicht nicht aus", hatte ihm sein Vater, der saudische Verteidigungsminister Prinz Sultan bin Abdel Aziz, erklärt. Und so trat sein Sohn Bandar, das siebente von zweiundzwanzig Kindern, mit siebzehn Jahren in die Luftwaffe ein. Er brachte es nach der Ausbildung in England und den USA zum Oberstleutnant und Staffelkapitän. Zuletzt flog er eine F-5. Sein Kommentar: „Ein Flugzeug ist neutral, ob du Prinz bist oder nicht. Entweder kannst du fliegen oder du stirbst."

Jetzt sitzt der vierunddreißigjährige Prinz Bandar bin Sultan im Schleudersitz eines Diplomaten. Er ist der Botschafter des Königreichs in Washington. Jüngst vermittelte er im Libanon-Konflikt; er hat den letzten Waffenstillstand ausgehandelt. Dabei geht es den Saudis darum, die syrische Herrschaft in Libanon in Grenzen zu halten und West-Beirut nicht zum Stützpunkt fanatischer Schiiten werden zu lassen. So haben die Saudis, um den Christen als Gegengewicht zu Syrern, Schiiten und Drusen Mut zu machen, Präsident Amin Gemayel darin bestärkt, das Präsidentenamt nicht aufzugeben.

Prinz Bandar ist mit einer Cousine, Prinzessin Haifa, verheiratet und hat vier Kinder. Er fliegt selbst den Privatjet der Botschaft in Washington, läuft Ski und liebt schnelle Sportwagen. Aber er gehört nicht zur Kalifornien-Mafia der Saudis, den Prinzen-Clans und den Söhnen millionenschwerer Geschäftsleute, die an kalifornischen Universitäten vor allem das süße Leben studieren. Er zählt zur jungen Garde national motivierter und für das Königshaus engagierter Saudis. Sein Vater, Prinz Sultan, wird nach Fahd und Kronprinz Abdallah einmal König sein.

Das halbe Dutzend Prinzen in der Saudi-Luftwaffe, unter ihnen ist auch Prinz Migrin, der zweiundvierzigjährige Sohn des Reichsgründers Ibn Saud, sowie die annähernd zwanzig Prinzen in der Armee und Nationalgarde sind eine viel zu kleine Elite, die „dient" und nicht nur Geschäfte macht wie ihre rund viertausend Vettern, Brüder und Neffen. Aber natürlich haben sie in den Streitkräften auch eine Aufpasserfunktion: sie sind Augen und Ohren des Hauses Saud.

Prinz Bandar mit seinem Kinnbart gehört zu einer Generation, die in europäischen Maßanzügen ebenso zu Hause ist wie in den arabischen Gewändern. Ihr fließendes Englisch verleitet westliche Diplomaten oft zu der falschen Annahme, der Gesprächspartner gehöre selber innerlich zum Westen. Dabei hat dieser Saudi-Prinz in Washington schon Meisterstücke orientalischer Basar-Politik aufgeführt, die ihm die Anerkennung der anderen arabischen Botschafter eintrugen.

Schon 1978 handelte er als Lobbyist des Königshauses in den USA die Lieferung der begehrten Kampfflugzeuge F-15 aus, zwei Jahre später die Awacs-Maschinen und andere Waffen-Lieferungen in Milliardenhöhe, die ihm hohe zusätzliche Einkommen sicherten – über Kommissionen sind auch „dienende" Prinzen nicht erhaben. Prinz Bandar wußte als Pilot und Militärexperte Bescheid, und er verstand es, Abgeordnete und Journalisten bei vertraulichen „Arbeitsessen" zu gewinnen. Ein Mann von Parties und Empfängen ist der Prinz nämlich nicht.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Neue Zürcher Zeitung

Zu den unverändert hohen Ausreisezahlen von „DDR"-Einwohnern heißt es hier:

Über die Hintergründe der steigenden Zahl der Genehmigungen zur Ausreise aus der DDR und die möglichen Zusammenhänge mit der gegenwärtigen Intensivphase deutsch-deutscher Kontaktpflege bleibt man mangels kohärenter offizieller Darstellungen weitgehend auf eigene Kombinationen und Vermutungen angewiesen. Viele Beobachter in Bonn rechnen damit, daß die merklich kulanter gewordene Haltung Ostberlins in Sachen Ausreisegenehmigungen nicht zuletzt mit wirtschaftlichen Beweggründen zu tun hat. Auch wenn sich die Bonner Regierung dazu noch in Schweigen hüllt, bezweifelt kaum noch jemand, daß die DDR sich auch die „gewöhnlichen" Übersiedlungen (im offiziellen Sprachgebrauch unter dem Stichwort „Familienzusammenführung" behandelt) von westlicher Seite in harten Devisen honorieren läßt.



Über die Gewerkschaften und die 35-Stunden-Woche meint die Massen-Zeitung:

Die Gewerkschaften beklagen, daß ihre Argumente für die 35-Stunden-Woche nicht richtig zur Kenntnis genommen werden, deshalb seien so viele Bürger dagegen. Nanu! 150 Publikationen geben die Gewerkschaften heraus – mit einer monatlichen Auflage von 15 Millionen. Allein „Metall", Organ der IG-Metall, kommt alle 14 Tage raus – mit 2,3 Millionen. Aber alle Blätter reißen die Leser nicht vom Stuhl. Sie sind langweilig, Worte ohne Melodie. Wer so viel Papier (und Geld) hat wie die Gewerkschaften, kann auch eine attraktive Presse haben – wenn er will, und dann wird er auch begriffen.

SÜDWEST PRESSE

Zu Kohls USA-Besuch bemerkt das Ulmer Blatt:

Eine Quelle atmosphärischer Störungen in Washington lag (neben wirtschaftspolitischen Differenzen) allenfalls im unbekümmerten Drängen Kohls zu einem baldigen Treffen Reagans mit KP-Chef Tschernenko. Doch die beiden fanden einen tröstlichen Nenner, nämlich, daß der Führungswechsel in Moskau eine Chance für einen wirklichen Fortschritt bietet und daß auch Reagan ein Gipfeltreffen wolle, wenn es „gut vorbereitet ist und fruchtbare Resultate verspricht". Damit ist alles und nichts gesagt.

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Das Blatt kommentiert den Leipzig-Reiseplan von Strauß:

Eines muß man der DDR-Führung zugestehen: Undankbar ist sie nicht, sie weiß erwiesene Dienste zu schätzen. Die überraschende Einladung an CSU-Chef Strauß, nach Leipzig einzufliegen, wird den bayerischen Reisenden zwischen den Welten mit größter Genugtuung erfüllen. Kein Zweifel, daß der Einfädler des Milliardenkredits nun auf der Messe die übrigen Besucher aus der Bundesrepublik in seinen mächtigen Schatten stellen wird.

Vom Ski-Fan, der seinen souveränen Richter fand

Zwischen den Stichwörtern Massenpsychose und Schadensersatz / Von Enno v. Loewenstern

Es war der Oberamtsrichter von Erding, der anfangs dieses Jahrhunderts einen Landstreicher zum Tode verurteilte. Richter Cantler berief sich auf die Constitutio Criminalis Carolina (CCC), das formal nie außer Kraft gesetzte Strafgesetzbuch Kaiser Karls V. In Wahrheit hatte die Sache einen tieferen Sinn. Der Oberamtsrichter wollte in Pension gehen; sein Justizministerium ließ ihn aber nicht. Und so dachte er sich, daß der Landstreicher Berufung einlegen, das Landgericht die Akten entsetzt nach München weitergeben und eine hohe Behörde ihn alsbald in den wohlverdienten vorzeitigen Ruhestand schikken werde.

Weit gefehlt. Der Landstreicher legte keine Berufung ein. Wohl hatte er verwirrt seine Zellengenossen angeredet: „Wos is jetz nachad dees – der Cantler hat gsogt, er verurteilt mi zum Tod?" Aber die hatten seine Sorgen abgetan: „Geh, du kennst eahm doch – der hod hoid an Spaß gmacht, weils d' so bleed bist und eahm ois glaubst!"

Nun war das Urteil rechtskräftig. Was tun? Der Oberamtsrichter ersuchte das Justizministerium, einen Scharfrichter zu entsenden und das Schafott auf dem Marktplatz von Erding zu errichten. Jetzt endlich durfte er sich verstanden fühlen. Das Urteil wurde im Gnadenwege kassiert und der Verfasser in den Ruhestand versetzt.

Manche Ministerialen werden dankbar gewesen sein. Cantler hat es seiner gottgewollten Obrigkeit nie leicht gemacht. Als das Ministerium einmal in seinen Faszikeln Männchen entdeckte, die er aus Langeweile gemalt hatte, sandte es die Bände zurück mit der Weisung: „Neuerliche Übersendung der Akten nach Entfernung der Männchen." Als sie dann nicht kamen und angemahnt wurden, schrieb Cantler: „Die Akten konnten bislang nicht übersandt werden, da die Männchen sich noch nicht entfernt haben."

Er stand mit seinem unabhängigen Stil nicht allein. In Passau wirkte ein kaum minder berühmter Richter, der Oberamtsrichter Anton Leutstetter, eingeschworener Junggeselle, Gründer des Bayerischen Waldvereins und Schöpfer von dessen Hymne (zu singen nach der Melodie von „Wohlauf, Kameraden, aufs Pferd, aufs Pferd"), die in dem unvergeßlich utilitaristischen Vers ausklang: „Gott schütze unsern Bayerwald ..." (usw.), „denn unser schöner Waldverein, er kann ja ohne Wald nicht sein!" Als er einst eine Dame des leichten Gewerbes einvernahm: „Wiavui host denn du vo dem Herrn valangt?" ward ihm die Antwort: „Aber das wissen der gnädige Herr Oberamtsrichter doch! So viel wie am Abend zuvor vom gnädigen Herrn Oberamtsrichter!" Daraufhin schloß dieser souveräne Mann die Akten und ging in Pension.

Ja, so waren die Richter damals. Und heute? Heute stößt man immer öfter auf Urteile wie das des Bielefelder Familienrichters Ostermeyer, der ein Elternpaar zur Unterhaltszahlung an ihre beim ältlichen Freund lebende Tochter verurteilte mit den Worten: „Wenn die Beklagten erklären, ... es sei ihnen nichts darüber bekannt, was die Klägerin zur Zeit tue, und die Behauptungen dazu müßten mit Nichtwissen bestritten werden, so ist darauf hinzuweisen, daß es gerichtsbekannt ist, daß der Bundeskanzler seine Zusage, jedem Schulabgänger eine Lehr- und Arbeitsstelle zu besorgen, nicht eingehalten hat. Daß die Bundesregierung das ihr bei der Bundestagswahl für einen wirtschaftlichen Aufschwung gegebene Wählervotum nicht zu diesem Zwecke, sondern zur Vorbereitung der Stationierung von Mittelstreckenraketen verwenden will, worin möglicherweise eine Beihilfe zur Vorbereitung eines Angriffskriegs zu sehen ist, kann nicht zu Lasten der Unterhaltsansprüche der Klägerin gehen".

Die alten Richter konnten auch skurril sein, aber sie waren nicht so geistlos; sie konnten schreiben und beherrschten ihr Metier. Sind sie ausgestorben? Da erreicht uns das Urteil des Münchner Amtsrichters und Schriftstellers Herbert Rosendorfer, der einem Ehepaar, das wegen eines Autounfalls nicht in den Skiurlaub fahren konnte, sondern in Bozen bleiben „mußte", nur zusammen 350 statt der gewünschten 1500 Mark Schadensersatz bewilligte. Denn: Bozen sei auch schön – Rosendorfer weiß das, weil er, Pech für die Kläger, der einzige aus Bozen stammende Münchner Richter ist –; überdies aber sei Skifahren kein Sport, sondern eine Massenpsychose, bei der sie sich, wer weiß, noch womöglich einen Beinbruch zugezogen hätten.

Die Fremdenverkehrsvereine werden Rosendorfers Bücher nicht mehr kaufen. Andere werden sich darauf stürzen. Nicht nur, weil die Zweifel an der Massenskimode um sich greifen. Sondern auch, weil man die Hintergründigkeit dieses liebenswerten süddeutschen Geistes versteht: nicht die Quasi-Verunglimpfung seiner Tiroler Heimat reizte seinen Zorn, sondern die grabschige Art von Leuten, bei jedem Anlaß um Schadensersatz zu streiten. Nun hat er's ihnen gesagt. Noch leben die Cantler, Leutstetter und anderen weiter. Hals- und Beinbruch, Herbert Rosendorfer!

Gießen – eine Hoffnung zwischen Gepäckbergen

Gießen, das ist die erste Station für viele Deutsche, die aus der „DDR" ausreisen dürfen. Gießen, ein Notaufnahmelager, in dem Deutsche ihre ersten Eindrücke über die Bundesrepublik Deutschland sammeln.

Von EBERHARD NITSCHKE

Feierlich zu werden ist nicht Oskar Brauners Sache. Aber jetzt und ausgerechnet am Karnevalsdienstag, während aus vielen Radios Schunkellieder zu hören sind, muß der „Abwicklungschef" des Notaufnahmelagers Gießen nun doch eine kleine Rede halten. Soeben ist der 3000. deutsch-deutsche Aussiedler im Lager eingetroffen, seit Erich Honekker am 18. Februar aus bisher nicht geklärten Gründen und völlig überraschend das Tor aufmachte, um Antragsteller herauszulassen, die oft schon viele Jahre auf diese Glücksminute gewartet haben.

Nummer 3000, eine Frau aus Reichenbach im Vogtland, nimmt gerührt ein Buchpräsent entgegen, und fällt in den allgemeinen und spontanen Beifall ein, als Brauner sagt: „Bitte Geduld – wir bringen Sie alle unter, wir nehmen hier jeden auf, nur einen nicht, den Honecker." Hier in der Lager-Kantine, die seit Jahren nicht mehr so überfüllt war und wo es nun kaum einen freien Stuhl gibt, warten mehrere hundert Menschen. Viele beugen sich über Formulare und Fragebögen, aus dem Lautsprecher zischen Nummern: „854, 855, 877 bitte zu 18." Gepäckberge von soeben Angekommenen wachsen, durchnumerierte Koffer sind dabei: „Familie Gerhard Mauchnik, Gießen, BRD-Aufnahmelager." Da sieht man Rucksäcke, Schlafsäcke, obendrauf die großen Teddys und Puppen der vielen mitgereisten Kinder, die artig dasitzen und der Dinge harren, die da kommen werden.

Längst reichen die Betten in dem Lager, das in den 50er Jahren in Form fester Wohnblocks dort gebaut wurden, wo früher nur Baracken standen, nicht mehr aus. Der Herr Brauner, 63 Jahre alt, ehrenamtlicher Stadtrat in Gießen und nach eigener Aussage „ein Stück lebenden Inventars" des Lagers, hat mit Lagerleiter Heinz Dörr andere Quartiere in der ganzen Gegend dazu organisiert. Je größer die Familie ist, desto eher schickt man die „Neuen" in Nebenlager von Bad Nauheim, Langen, Laubach oder anderswo. Am Abend werden sie aus Gießen mit Bussen weggebracht, am Morgen wieder abgeholt. Denn wegen des ungewöhnlichen Andrangs dauert die Aufnahmeprozedur, inklusive medizinischer Untersuchung, mit vielem Warten vor vielen Türen in dieser Zeit rund fünf Tage. An einem Tag kommen jetzt manchmal mehr Aussiedler an, als bisher in vier Wochen.

Niemand ist laut oder lustig, aber es herrscht eine energiegeladene Aufbruchsstimmung. Von Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland haben alle gehört, selbst dort, wo das West-Fernsehen nicht hinreicht, im Bezirk Dresden, aus dem bemerkenswert viele Familien kommen. Aber alle Männer sind bereit, „irgendwas" zu arbeiten, auch wenn es mit ihrer bisherigen Beschäftigung überhaupt nichts zu tun hat. Ein Tischler aus Heidenau bei Dresden, der zuletzt als Konstrukteur in einem volkseigenen Betrieb arbeitete, erzählt daß er fast fünf Jahre lang Ausreiseanträge gestellt hat, bis man ihn mit Frau und Kind plötzlich heraus ließ.

Als alles nichts half, die Anfeindungen des Parteiapparates in seiner Gemeinde zunahmen, ist er auch einmal zur Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin gefahren. „Da sagen sie Dir natürlich nur, wie Du Dich legal zu verhalten hast, aber es ist schon wohltuend, auch nur das zu hören." Beim Verlassen des Hauses wurde er gleich in die Ecke von der Volkspolizei gestellt. Noch ehe er zu Hause ankam, war der örtliche Staatssicherheitsdienst informiert: „Sie sagten zu mir: Du bist ein Spion. Schon meine Auskunft, mit welchem Material ich umginge, nämlich mit Holz, sei Spionage."

Der 23jährige Dreher Gerald Hartrich aus Zschopau bei Leipzig, der allein und nur mit kleinem Gepäck in die Bundesrepublik kam, hat nur 1½ Jahre auf seine antragsgemäße Ausbürgerung aus der „DDR" gewartet. „Man muß schon Mut haben", sagt er. Sobald es bekannt wird, daß man sich „fortmachen" will, wird es ungemütlich. Hartrich hat es geholfen, daß er zu seiner Braut will, die schon seit Jahren in Hamburg lebt, wohin sie mit ihrer Familie ausreisen durfte. Immerhin hat man ihm erzählt, daß es Leute gebe, die zwölf Jahre lang schon auf die Ausreise warten.

Daß es bei ihm vom Antrag bis zur Ausreise nur sechs Wochen dauerte, deutet der ehemalige Postbeamte Harald Rather aus Annaberg-Buchholz im Bezirk Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) als Zeichen, „daß ich den Honecker mit seinen eigenen Waffen geschlagen habe". Mit der Parole „Frieden schaffen ohne Waffen", die plötzlich in seiner ehemaligen Heimatstadt an sieben städtischen Omnibussen aufgemalt war, sei er wohl dem Arbeiter- und Bauernstaat ganz schnell unheimlich geworden, meint er.

Draußen auf dem Platz zwischen den Lagergebäuden, dem „Haus Mecklenburg" und dem „Haus Berlin-Brandenburg", sitzt man mittags nach dem Nudeleintopf in der Sonne auf den Bänken. Es ist einer der seltenen Augenblicke plötzlich ausbrechender Heiterkeit, als im ersten Stock jemand das Radio am offenen Fenster anstellt und eine rheinisch-karnevalistische Stimme gerade das Lied singt „Ich sitze hier und warte auf den Stasi ..." Das Absurde



Mit der Zahl der Aussiedler aus der „DDR" wachsen auch die Kofferberge im Notaufnahmelager Gießen. FOTO: DPA

der Situation wird allen deutlich, Spannung entlädt sich in Gelächter: „Mensch, daß wir mit dem Staatssicherheitsdienst nichts mehr zu tun haben. Stell' Dir vor, die fragen mich, woher ich diese Coca Cola habe!"

Die kleinen ersten Anschaffungen vom „Tagesgeld" (15 Mark je Familienvater, zehn Mark jedes weitere Familienmitglied) werden als Sensation empfunden. Obwohl das Lager weit vor der Stadt liegt, hat jeder schon einen Rundgang durch die City gemacht und abschätzen können, was die 150 Mark „Begrüßungsgeld" (75 Mark für jedes weitere Familienmitglied) bedeuten, mit denen man zu Verwandten oder Freunden als erstem Anlaufhafen entlassen wird.

Zunächst sind alle Neuankömmlinge arbeitslos, erhalten ab Ankunft am neuen Wohnort Arbeitslosengeld. Euphorie macht sich angesichts dieser Umstände nur sehr gedämpft bemerkbar. Ein junger Schauspieler mit blondem Kinnbart, der mit Frau und sechsjährigem Sohn aus Halle einreiste, kann westdeutsche Theaterleiter mit makellosem Hochdeutsch ohne jeden Hauch von Sächsisch überraschen. Er erzählt: „Wir sind über Frankfurt am Main eingereist und mußten dort umsteigen. Dieser bunte Bahnhof! Es ist alles so überwältigend. Wir haben dem Kind gesagt, daß wir in ein anderes Land ziehen, daß man da aber auch deutsch spricht. Alles fand der Junge gut und richtig. Das einzige, was ihn beschäftigte: daß er jetzt, mit sechs Jahren, nicht 'Junger Pionier' wird. Aber das ist auch schon vergessen."

Die ITB, „Juwel in der Krone des Berliner Bären"

Die Lust am Reisen ist wieder da. Die Veranstalter rechnen 1984 mit einem deutlich besseren Ergebnis als in den letzten Jahren. Der Optimismus hat sich auf der ITB in Berlin durchgesetzt.

Von HEINZ HORRMANN

Auch in der Zeit der stromlinienförmig gewordenen Pauschalangebote und des Massentourismus gibt es sie noch, die total ausgefallenen Sonderwünsche, die ganz persönlichen Urlaubsträume, die sich Besucher auf der Internationalen Tourismus-Börse (ITB) (bis zum 9. März geöffnet) erfüllen wollen. Anfragen, Bitten um Reisepläne und Kostenkalkulation belegen das. Ein Berliner Kaufmann zählt dazu, der unbedingt in Hongkong erleben will, wie man sein eigenes Wetter per Hand machen kann. In den Ruheräumen des Glas- und Marmorpalasts „The Regent" über dem schönsten Hafen der Welt scheint die Sonne auf Knopfdruck, regnet es auch mal auf Wunsch und bläst ein frischer Wind, wenn man ein Rädchen dreht. Die Studienrätin, die den Regenwald Borneos durchstreifen will, zählt dazu, oder der Kunde mit dem Wunsch, eine Reise zum afrikanischen Rift Valley zu machen, dessen Krater so riesig ist, daß man ihn vom Mond erkennen könnte.

Interessenten mit solchen Ziele bleiben ebenso auf der weltgrößten Branchenschau die Ausnahme, wie im Jahresgeschäft der Touristikunternehmen und Reisebüros.

In nackten Statistiken sind sie „Null-Komma-Größen", die sich von der Werbung mit faszinierenden Bildern direkt ansprechen lassen. Normalerweise wirkt die gezielte Berieselung mit Farbtafeln, Video- und Filmvorführungen und Prospekten indirekt. Glanzfotos von Tahiti-Atollen säen Fernweh, das den Nahzielen schließlich guttut. Mallorca profitiert davon oder Ibiza. Die Träume, die beispielsweise die TV-Serie „Traumschiff" weckte, füllen die Computer der Kreuzfahrtunternehmen, aber in der Billigklasse. Die Zahlen belegen, daß das Interesse im mittleren Preisbereich spürbar abnimmt.

Der fachliche Charakter dominiert in Berlin. Auch hier hat sich die Zeit gewandelt. Hinter der farbenfrohen Kulisse der Fernweh-Stände, hinter ausgestopften Bären und Elchen, zwischen Safarihütten afrikanischer Anbieter und deutscher Steinhöhlen-Kulisse werden in den Kojen und Sitzecken höchst sachliche und ernste Gespräche geführt. Hier fehlt die blumige Sprache der Werbetexte. Nicht „vom Wasser, klar wie geschmolzenes Glas" und nicht von „ewig tiefblauem Himmel" ist die Rede, sondern von nackten Zahlen, Statistiken und Buchungen. Zum ersten Mal seit Jahren sind sich der Studienkreis für Tourismus und das IPK-Institut für Planungskybernetik in Trends und Prognosen einig. Es gibt Anlaß, wieder optimistisch zu sein. Der Rückgang seit 1980 hatte sich bereits im letzten Jahr abgeflacht. In dieser Saison rechnen die Veranstalter mit einem ähnlich guten Ergebnis wie vor der Flaute.

Jeder zweite Deutsche hat bei Umfragen im Januar erklärt, daß er im Laufe des Jahres verreisen wolle. Die Zahl der Optimisten im Wirtschaftsbereich ist um 6,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die Mehrheit will es in diesem Jahr ähnlich wie '83 halten und einen Urlaub im Ausland verbringen. In den letzten zwölf Monaten gingen 60,1 Prozent aller Reisen über die Grenze. Des Deutschen liebste Urlaubsländer sind nach wie vor Italien, Österreich, Spanien und Frankreich, gefolgt von Jugoslawien, der Schweiz, Dänemark und Griechenland.

Nur wenn man einmal nicht in absoluten Zahlen denkt, sondern die prozentualen Zugewinne sieht, kommen die Exoten in's Bild. Die Seychellen machten da 65 Prozent Plus, Portugal 23, Mauritius 13 und Mexiko elf.

Die Karibik ist der Verlierer des Jahres (minus 29 Prozent) gefolgt von Ceylon, das nach den politischen Unruhen von vielen Deutschen als Reiseziel gestrichen wurde (minus 27 Prozent).

Mit Befriedigung registrieren die Luftfahrtunternehmen, daß der Anteil der Urlaubsreisenden, die das Flugzeug als Transportmittel benutzen, ständig steigt, 1982 jetteten 4,6 Millionen Deutsche zum Ferienort, '83 waren es 200 000 mehr und in diesem Jahr soll erstmals die Fünf-Millionengrenze überschritten werden. Dennoch bleibt das Urlaubsverkehrsmittel Nummer eins das eigene Auto. 58,8 Prozent aller Reisenden gelangten damit zum Zielort.

Eine spürbare Änderung ist in der Urlaubsaufteilung eingetreten. Nicht mehr 3–4 Wochen an einem Stück, sondern mehrmals acht bis zehn Tage ist der neue Trend, auf Wochenendreisen wird häufiger verzichtet.

Im Gegensatz zur deutlich angehobenen Schlagzahl im Ruderachter der Veranstalter paddeln die deutschen Heilbäder und Kurorte nach wie vor hinterher, ohne den alten Erfolgsrhythmus gefunden zu haben. Im Laufe dieses Jahres, – so hofft der Bäderverband – soll sich das ebenfalls ändern. Mit neuen Angeboten für Übergewichtige, für gestreßte Manager und Mütter mit Kindern soll die drastisch gesunkene Auslastung ausgeglichen werden. Im letzten Jahr mußte nach den Worten des Hauptgeschäftsführer des deutschen Bäderverbandes Gerhard Hüfner ein Rückgang der Badekuranträge um insgesamt 37,2 Prozent in Kauf genommen werden. Jetzt würden aber bei Bundesversicherungsanstalt für Angestellte wieder mehr Kuranträge eingereicht und aus diesem Grund reihen sich auch die Mannen dieses Teilbereichs in den allgemeinen Optimisten-Chor ein.

Insgesamt stand das Ferienland Deutschland auch in der Talsohle des Tourismus gar nicht so schlecht da. Die Deviseneinnahmen aus dem Ausländerbesucherverkehr stiegen im letzten Jahr um 7,5 Prozent auf 14,4 Milliarden Mark an. Die höchste Steigerungsrate erreichten nicht, wie allgemein angenommen, Amerikaner auf Stipvisite in „Old Germany", sondern die Israelis mit einem Plus von 35 Prozent.

Zufriedene Mienen zeigten auch die Organisatoren des Spektakeles in den 26 Hallen unter dem Funkturm. Sie verkündeten Superlative auf der ganzen Ebene. 1896 Aussteller aus 131 Ländern gab es noch nie und mehr als 50 000 Besucher an den ersten drei Tagen auch nicht. Im letzten Jahr waren es rund ein Drittel weniger.

Auch wenn die Infrastruktur noch nicht stimmt, versuchen etliche Neulinge, so Botswana, Djibuti und die Pazifikinsel Vanuatu auf die Schönheiten ihres Landes, auf Badestrand und Berge, Wüste und Wald aufmerksam zu machen. Sie bleiben erstmal nur eine Attraktion für Neugierige, wie die Sonderausstellung „Anderes Reisen" in Halle 9a. Hier wurde ein Forum für junge Leute geschaffen, die alternative, preiswerte Fernfahrten suchen, abseits der Trampelpfade des Massentourismus. Man zeigt sich in Berlin großzügig und tolerant.

Es ist schon etwas dran, an der Formulierung, die der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen zur Eröffnung der 18. ITB fand: „Ein Juwel in der Krone des Berliner Bären."

Aufbruch zu neuen Ufern oder Ende einer Epoche?

Peter Stein, künstlerischer Leiter der Berliner „Schaubühne", will das Haus nicht länger leiten, mit dem er ein Stück Theater-Geschichte geschrieben hat. Seine Erfolge machten die Truppe zur Institution – mit allen ihren Gefahren.

Von FRIEDRICH LUFT

Wie lange stehen die Könige des Theaters im Zenit? Wie viele Jahre währt ihr Ruhm und ihre Wirkung? Max Reinhardt hat drei Jahrzehnte regiert, aber nach einem Jahrzehnt wurde sein Ruhm mürbe. Für seine strengsten Kritiker hatte er sich vor dem Ersten Weltkrieg eigentlich schon überlebt. Sie wandten sich dem Expressionismus zu.

Leopold Jessners große expressionistische Bühnenwelle und Meisterschaft währte auch kaum ein kleines Jahrzehnt. Dann war seine Richtung abgetreten. Er selber wurde in die politische Wüste geschickt. Das Theater ist grausam. Es denkt nur in kurzen Intervallen des vollen Ruhms. Die Richtungen lösen sich ab wie Stafettenläufer.

Erwin Piscators Intendanten-Tätigkeit währte, wenn man genau hinsieht, nur anderthalb Spielzeiten. Dann brach die emphatish-politische Richtung seiner Art im „Theater am Nollendorfplatz" schon zusammen, längst ehe die Nazis kamen.

Jetzt zuckten die Anhänger Peter Steins, des künstlerischen Leiters der Berliner „Schaubühne", schon wieder zusammen, als Stein an sozusagen verborgener Stelle (in einer Schulfunkstunde) beiläufig verlautbarte, er wolle seine leitende Position an diesem Theater niederlegen. Er will nur noch, und immer noch an der „Schaubühne", inszenieren. Prompt war die Erregung groß.

Ist das nun schon das Ende einer wiederum ruhmreichen Epoche? Ist damit, nur drei Jahre nach der teuren Institutionalisierung der „Schaubühne" in ihrem 80-Millionen-Mark-Neubau am Kurfürstendamm, groteskerweise der Tod des Theaters eingeläutet? Das sicher nicht. Aber die Angst davor beschleicht den Zuschauer.

Peter Steins Truppe hatte sich in Bremen formiert. Kurt Hübner hatte dort als Magnet für die junge Außerordentlichkeit gewirkt. Peter Stein tauchte auf. Peter Zadek stellte sich ein. Rainer Werner Faßbinder stieß aus München immer wieder dazu. Wilfried Minks, der grandiose Bühnenbild-Erfinder, gehörte dazu.

Hier begannen gleichzeitig so verwegene und eindrucksvolle Schauspieler sich zu zeigen wie Bruno Ganz, Jutta Lampe, die blutjunge Clever und so viele andere. Sie wurden bald des eingefuchsten Stadttheaterdaseins müde. Sie zogen aus, gingen nach München, suchten als Gruppe in Zürich Fuß zu fassen, blieben ohne Heimstatt.

In Berlin öffnete sich dann ihnen die „Schaubühne", ein abseitig kleines Theater, das in einem Saal der Arbeiterwohlfahrt wacker fortschrittlich von sich Reden gemacht hatte. Dem damaligen Kultursenator Werner Stein bleibt es hoch anzurechnen, daß er mutig den gefährlich begabten, jungen Wilden endlich eine angemessene Heimstatt anbot. Teile der damaligen SPD waren dagegen, die CDU sowieso. Man hatte Angst, sich mit dieser offenbar aufsässigen Truppe eine dicke Laus in den Pelz zu setzen.

Schon nach zwei Spielzeiten aber war Berlin stolz auf die neue Unternehmung. Heute wird mit ihr längst Stadtwerbung getrieben. Die Truppe gebärdete sich tatsächlich radikal. In der Epoche der gerade abschwellenden „Studentenbewegung" machte sie mit ihren politischen Gefühlen kein Versteckspiel. Man leistete sich Rütlischwüre, nicht nach Stadttheater-Art sich unterbuttern zu lassen. Niemand sollte mehr als 2000 Mark verdienen dürfen. Alle schmählichen Nebenverdienste bei Funk, Synchronen, Fernsehen waren verachtet und offiziell streng verpönt.



Peter Stein
FOTO: FELICITAS TIMPE

Keiner sollte regieren, jeder, auch der kleinste Theaterbeschluß mußte gemeinsam „ausdiskutiert" und beschlossen werden. Hier sollte keiner herrschen, jeder dem Ganzen nur dienen. Erstaunlich bleibt, wie lange die Truppe diesen schier calvinistischen Grundsätzen treu geblieben ist.

Es kamen die großen Gesamtinszenierungen, der unvergeßliche „Peer Gynt", der kühne „Tasso", mit dem gleich die neue Phase einer „kritischen" Klassikerbeschäftigung eingeleitet wurde. Es kamen alle die phänomenalen Darstellungen der neuen Handtke-Stücke. Man spielte Brecht, aber man spielte auch Hofmannsthal. Man zeigte auf neue Weise sowjetische Revolutionsstücke.

Jetzt zog auch eine ganz frische, erstaunte Zuschauerschaft in das junge Theater ein. Leute, die man beispielsweise im Schillertheater nie sah: Hier waren sie zu finden. Jugend drängte, in Blue jeans, in Scharen herbei. Auch die Szene war ja jedesmal neu erbaut. Mal saß man wie im Zirkus um eine tiefe, weite Manege, mal war der Schauplatz in einer Ecke des Theatersaales gedrückt, mal wieder sah man von oben in ein tiefes Spielloch. Dann wieder waren gar keine Sitzgelegenheiten erlaubt. Die Leute hockten selig auf dem Boden.

Die „Schaubühnen"-Leute drängten aus ihrem Theaterschuppen immer wieder hinaus. Sie spielten an den ungewohntesten Orten, in Messehallen, alten Filmateliers, unter freiem Himmel oder gar (mitten im Winter und zu halber Nacht) im eisigen Olympiastadion.

Nach drei Jahren aber war der alte, starre Rütlischwur der totalen Enthaltsamkeit längst vergessen. Die Truppe war älter geworden. Alt war sie noch lange nicht. Sie erkämpfte sich das neue 80 Millionen Mark teure Haus am Ku'damm, das sie strikt nach ihrem neuen Theaterwillen selber errichten ließ.

Jetzt ging man auch auf Gastspiele. Man zeigte die phänomenale und wunderbar innige Meisterinszenierung Peter Steins von Gorkijs „Sommergästen" in fast allen Großstädten Europas, diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs. Die Truppe blieb, auch wenn die rigorosen Bindungen der Frühzeit längst gefallen waren, immer noch im Kern erstaunlich treu beisammen. Aber man ist keine radikal neue Theaterbewegung mehr. Man ist inzwischen satt subventioniert mit erklecklichen Millionen.

Wenn jetzt Angst vor der Sättigung sich zeigt, wenn Peter Stein sich genau den „Sachzwängen" ausgesetzt sieht, die die herkömmlichen Stadttheater oft so ungenießbar machen und immer wieder so steril, so ist das zu verstehen. Er stand immer im Glied. Er hat, fast verächtlich, alle Persönlichkeitswerbung weit von sich gewiesen. Er gab keine einzige eitle Pressekonferenz, ging, als Person, nie vor eine Fernsehkamera.

Jetzt, wenn er vorsichtig seine Angst vor möglichen Ermüdungserscheinungen seiner Truppe verlautbart, ist das Getöse groß. Einige munkeln schon vom Ende einer großen Theater-Epoche. Daß er sich Sorgen macht nach einem Dutzend Jahren ziemlich vergleichloser Erfolge, ist eher verständlich und ehrenvoll. Er sucht neue Ufer. Dabei sollte man ihm helfen.

Zeit bringt Geld – rund um die Uhr!

Nominalzins 7,50 %
Ausgabekurs 100,00 %
Rendite 7,50 %
Laufzeit 5 Jahre
heutiger Stand

Mit Bundesobligationen. Sie sind eine vorteilhafte Geldanlage. Ausgestattet mit guten festen Zinsen, marktgerechten Renditen und einer Laufzeit von 5 Jahren. Mit Bundesobligationen erwerben Sie ein ertragreiches, klar überschaubares Wertpapier. Bei Geldbedarf können Sie Bundesobligationen zum Tageskurs wieder verkaufen. Neuausgegebene Bundesobligationen bekommen Sie spesenfrei ab 100,– DM bei allen Banken, Sparkassen und Landeszentralbanken.
Übrigens können Sie Bundesobligationen auch verschenken. Hierfür gibt es einen besonderen Geschenkbrief.
Fragen Sie Ihr Kreditinstitut nach Bundesobligationen. Oder senden Sie den Coupon ein.

BUNDES OBLIGATIONEN

Wenn Sie an den Informationsdienst für Bundeswertpapiere, Postfach 23 28, 6000 Frankfurt 1, Tel. (06 11) 55 07 07, schreiben, erhalten Sie ausführliche Informationen über Bundeswertpapiere.

Name
Straße
PLZ/Ort

Giftgas: Iran wendet sich an Blockfreie

dpa, Teheran/Bagdad

Die Teheraner Führung hat die Vorsitzende der Blockfreien-Konferenz und indische Ministerpräsidentin Indira Gandhi, aufgefordert, wegen des Einsatzes chemischer Waffen durch den Kriegsgegner Irak aktiv zu werden. Der Einsatz chemischer Waffen verstoße gegen „die international akzeptierten Abkommen", heißt es in einem gestern von Radio Teheran veröffentlichten Brief des iranischen Staatspräsidenten Ali Khameney. Einige von mindestens 1000 durch chemische Waffen verletzte Iraner sollen, so Khameney, bereits gestorben sein.

In Wien erhärtete sich nach dem Tod eines Iraners der Verdacht, daß die zehn in Wiener Klinken behandelten iranischen Soldaten mit chemischen Kampfstoffen in Berühung gekommen sein könnten. Auch in Stockholm ist einer von fünf eingelieferten iranischen Soldaten gestorben.

Bonn hilft Peking bei Satellitenbau

HH. Bonn

Forschungsminister Heinz Riesenhuber und der chinesische Minister für Raumfahrtindustrie, Zhang Jun, haben gestern in Bonn ein Abkommen über die Zusammenarbeit in der zivilen Weltraumforschung und -technik unterzeichnet. Es hat unter anderem die industrielle Zusammenarbeit beider Staaten bei der Entwicklung und Verwirklichung von Satellitensystemen zum Ziel.

Die Zusammenarbeit umfaßt die Grundlagen- und angewandte Forschung sowie die Entwicklung und Herstellung von Ausrüstungen und Komponenten für Fernmelde-, Fernseh-, Rundfunk- und Wettersatellitensysteme wie auch für wissenschaftliche Satelliten. Als Land mit großer Ausdehnung forciere China den Ausbau eines modernen Satellitensystems. Zur Verwirklichung dieser Projekte, die zu den etwa 60 Vorhaben mit hoher Priorität gehören, werde die Zusammenarbeit mit dem Ausland, vor allem der Bundesrepublik Deutschland, gesucht.

Späth: Wahlkampf bisher „langweilig"

xhk. Stuttgart

Der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) rechnet bei der Landtagswahl am 25. März mit einer „knappen Mehrheit" für die CDU (1980: 53,4 Prozent). Vor der Presse in Stuttgart prognostizierte Späth für SPD und Grüne mögliche kleine Gewinne, während die FDP nach seiner Einschätzung eher stagnieren werde. Die genannten Parteien bekamen vor vier Jahren 32,5, 5,3 bzw. 8,3 Prozent aller Stimmen.

Der Regierungschef verwies darauf, daß die CDU im Lande jetzt erstmalig vor dem Hintergrund einer „neuen Konstellation in Bonn" ihre Position verteidigen müsse. Allerdings sehe er für die seit zwölf Jahren allein regierende Partei in Stuttgart eine „klare Chance", dieses Ziel zu erreichen. Späth bestätigte, daß der Wahlkampf bisher „ohne Polarisierung" und fast langweilig verlaufe. Dies liege daran, daß die Opposition „keine echte Alternative" zur CDU habe.

Lohnt sich für Bonn das Angebot der NASA?

Von ADALBERT BÄRWOLF

So alle 15 Jahre kommen die Amerikaner nach Bonn, um uns den Weltraum für einige Milliarden zu verkaufen. Sie kommen mit einer weißen Kiste von der Größe eines Überseekoffers. Auf die Kiste ist in roten Lettern der geschwungene Schriftzug Nasa aufgepinselt. Und in der Kiste liegen die Zukunftsträume – noch aus Holz geschnitzt.

Das letzte Mal waren die Amerikaner 1970 in Sachen Weltraum nach Bonn gekommen. In der Kiste war damals der Satellit mit Flügeln, der hundertmal wiederverwendbare Raumflieger Space Shuttle. Damals schmissen uns die Amerikaner die fettesten Köder einschließlich Mitarbeit bei der Konzeption des Raumflugzeugs zu. Doch Europa wollte nicht anbeißen. Schließlich fuhr der Raumfahrt-Shuttle-Zug ohne die Europäer ab, die dann aber doch 1973 noch auf den letzten Packwagen aufsprangen. Das Ergebnis war Spacelab mit einer finanziellen Beteiligung Europas von einer Milliarde Dollar und einem freien Mitflug des Westdeutschen Merbold fünf Jahre nach dem Weltraumflug des Mitteldeutschen Siegmund Jähn. Im Rückblick auf das Shuttle-Spacelab-Programm fühlen sich viele Europäer heute von den Amerikanern „übers Ohr gehauen".

Diesmal hatten die Amerikaner kleine Zylinder in der Kiste, die James Montgomery Beggs, Chef der amerikanischen Weltraumbehörde, in einem Bonner Hotel auspacken ließ. Diese Zylinder oder Module lassen sich mit einem unaerodynamischen und unirdischen Gebilde zusammenschrauben, das den Namen Erdaußenstation trägt. Beggs ließ das weiße Modul mit der schwarz-rot-goldenen Flagge an die Raumstation anschrauben, die schon über fünf Module mit der Aufschrift USA verfügte. Die Zylinder mit der italienischen, französischen, englischen und auch der japanischen Flagge blieben im Kasten.

Nach seinem Gespräch mit Bundesminister Riesenhuber ließ der Chef der zivilen amerikanischen Raumfahrt keinen Zweifel: Diesmal wollen uns die Amerikaner als Gegenleistung für eine europäische Beteiligung von rund 25 Prozent an der Raumstation volle Rechte als Partner einräumen und uns das auch vertraglich verbürgen. Im Klartext heißt das: Die Europäer bringen über einen Zeitraum von zehn Jahren von den erwarteten Gesamtkosten von 10 Milliarden Dollar rund 2,5 Milliarden Dollar auf und erhalten dafür als vollwertige Partner auch den Schlüssel zu dem kosmischen Haus, in dem sie

DIE ● ANALYSE

ihre bezahlte Kammer auch bewohnen dürfen. Ob sie die Reisekosten zu dem Bauwerk im All noch extra bezahlen müssen, das wird vorläufig noch nicht diskutiert. Die Bundesrepublik müßte bei einer Beteiligung der Europäer von rund sechs Milliarden Mark etwa drei Milliarden Mark aufbringen.

Lohnt sich das? Darüber werden sich in den nächsten 18 Monaten noch die Gemüter erhitzen. Doch James Beggs hat in der Vorfront des Kampfes um das Geld schon am Dienstag in Bonn ganz klargemacht: „Die Wissenschaft allein ist keine Rechtfertigung für die Konstruktion einer Raumstation." Nach den Vorstellungen der Vereinigten Staaten ist die permanent bemannte Raumstation ein Mehrzweckgebilde, das zunächst mit sechs bis acht Mann besetzt werden soll, die in Abständen von drei bis sechs Monaten abgelöst werden sollen.

Neben der rein wissenschaftlichen Forschung führen die Amerikaner die technologische Entwicklung auf, die sowohl vom Staat als auch von der Industrie genutzt werden könnte. Weitere Aspekte, die der Nasa-Chef herausstellte: die kommerzielle Nutzung des Weltraums durch den Bau einer Raumstation auf den Gebieten Materialherstellung oder Produktion pharmazeutischer Substanzen, die auf der Erde nicht gewonnen werden können. Zusammenbau größerer Strukturen im Weltraum, Bedienung und Reparatur von Satelliten und Startbasis für bemannte Flüge zu anderen Planeten sind weitere Punkte, die die Amerikaner als Rechfertigung für den Bau einer ständigen Erdaußenstation anführen. Erhaltung der amerikanischen Führungsposition im Weltraum zählt auch als Rechtfertigungspunkt.

Bei ihrer Präsentation in Bonn verschwiegen die amerikanischen Vertreter nicht, daß die Mehrzweck-Raumstation auch einem militärischen Zweck dienen könnte. Zwar würde der Bau der Station nicht mit Mitteln aus dem Verteidigungsbudget finanziert werden, aber die Raumstation sei eine „nationale Einrichtung", genau wie das Raumflugzeug Space Shuttle ein nationales Transportsystem ist. Deswegen könnten militärische Stellen auch die Dienste der Raumstation mieten.

USA-Weltraumchef Beggs rief die Deutschen auf, bei der internationalen Beteiligung an dem amerikanischen Projekt die Führung zu übernehmen. Er drängte die Bundesregierung, bis zum Jahresende zu einer Entscheidung zu kommen. Der Amerikaner ließ keinen Zweifel daran, daß die USA auch ohne eine internationale Beteiligung das Projekt einer permanent bemannten Erdaußenstation verwirklichen würden.

Seite 2: All-Macht für Bonn

Breit auf der Linie Steinkühlers

hs. Hamburg

Der DGB-Vorsitzende Ernst Breit hat sich in einem Gespräch mit der WELT zu der Kompromißbereitschaft bekannt, die der IG-Metall-Vorsitzende Franz Steinkühler in der Frage der 35-Stunden-Woche bekundet hat. Steinkühler hatte in der jüngsten Ausgabe des „Spiegel" signalisiert, daß sich die Gewerkschafter auch mit einer weniger drastischen Wochenarbeitszeitverkürzung einverstanden erklären könnten.

Breit bezeichnete die Haltung Steinkühlers als Kompromißhaltung, „die in Verhandlungen immer vorhanden sein muß, wenn sie überhaupt zu einem Ergebnis führen sollen". Das Problem liege darin, daß die Arbeitgeber bis heute nicht wirklich verhandlungsbereit seien. „Wer sagt: ‚Jede Minute unter 40 Stunden ist zuviel', der versucht, dem anderen seine Position aufzudiktieren." Eine solche Haltung müsse auf die Dauer zu Kampfmaßnahmen führen. Der DGB-Vorsitzende beschuldigte die Arbeitgeber, schon informelle Gespräche im Vorfeld der Verhandlungen unmöglich gemacht zu haben.

Eine klare Absage an die Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche durch die Gewerkschaften haben gestern Vertreter des deutschen Handwerks ausgesprochen. Der Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Klaus-Joachim Kübler, nannte die Verkürzung der Wochenarbeitszeit gestern für das Handwerk „unzumutbar". Kollektive Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich sei ein „gefährliches, weil existenzbedrohendes Experiment". Auch der Präsident des Bayerischen Handwerktages, Heribert Späth, bezeichnete die Gewerkschaftforderungen als „Damoklesschwert" für das Handwerk.

Martin Niemöller, ein Leben wider den Strom

Der einzige Bürger der Bundesrepublik Deutschland, der gleichzeitig Träger des Großkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik und der Goldenen Lenin-Medaille war, ist tot: Im Alter von 92 Jahren starb der protestantische Theologe Martin Niemöller.

Umstritten und gefeiert, spiegelt sich in dem Leben des westfälischen Pastorensohns das Schicksal Deutschlands mit allen seinen Höhepunkten und Irrungen wider. Seekadett der kaiserlichen Marine und bei Ende des Ersten Weltkriegs als Oberleutnant Kommandant von „U 67", Bauernknecht und Kommandeur eines Studentenbataillons bei der Niederwerfung kommunistischer Aufstände, 1933 Gründer des gegen den nationalsozialistischen Totalitätsanspruch gerichteten „Pfarrernotbundes" und von 1937 bis 1945 Insasse von Konzentrationslagern, dann Kirchenpräsident und einer der schärfsten Kritiker der Bundesrepublik, Präsident der deutschen Sektion der Internationale der Kriegsdienstgegner – das sind einige der Stationen seines wechselvollen Lebens.

Niemöller ist ohne Rücksicht auf das Urteil seiner Zeitgenossen und möglicherweise damit verbundenen Gefahren immer konsequent den Weg gegangen, den er für richtig hielt. Als Pfarrer in Berlin-Dahlem vertrat er auf der Kanzel den Gedanken der Freiheit – und unter seinen Zuhörern waren Menschen, die sich später am Befreiungsversuch des 20. Juli 1944 beteiligten. Maßgeblich trug er 1945 zum „Stuttgarter Schuldbekenntnis" bei, der Auseinandersetzung des deutschen Protestantismus mit seiner Rolle während der Diktatur. Bis zu seinem Lebensende hat der blendende Redner mit Vehemenz und Leidenschaft die Wiederbewaffnung, die Atombewaffnung und die Einbin-



Martin Niemöller starb im Alter von 92 Jahren FOTO: AP

dung der Bundesrepublik in den Westen bekämpft und einem Neutralismus das Wort geredet, ohne Rücksicht darauf, daß seine politische Betätigung und seine Ansichten nicht nur innerhalb der Kirche, sondern auch in der Öffentlichkeit auf scharfe Kritik stießen. Mit dem gleichen Engagement hat er sich über viele Jahre in führenden Positionen des Ökumenischen Rats eingesetzt.

„Ich kritisiere Sie oft, aber ich bewundere Sie immer", sagte ihm einmal André François-Poncet, der Hohe Kommissar und spätere französische Botschafter in Bonn. „Es ist nicht immer leicht, die heftig zugreifende, nervöse, gelegentlich herrische Person als Träger dieser Sache gelten zu lassen", charakterisierte ihn der Schweizer Theologe Karl Barth.

HENK OHNESORGE

Vor Initiativen gegen chemische Waffen

Washington und Moskau kommen sich näher / Deutsche Vorschläge zur Überwachung

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Bundeskanzler Kohl ist von seinem USA-Besuch mit dem sicheren Eindruck zurückgekehrt, daß die amerikanische Regierung auf allen Gebieten der Rüstungskontrolle auf bessere und friedenssichernde Ergebnisse dringen will. Auf einem Sektor steht mit Gewißheit in Kürze eine neue amerikanische Initiative bevor. Es geht dabei um die Reduzierung der chemischen Kampfmittel, unter anderem der sogenannten Nervengase, woran auch die Sowjetunion als die Eigentümerin mit den größten Beständen in jüngster Zeit ein größer werdendes Interesse zu entwickeln scheint.

Beispiel Völkerbund

Dies ist nicht erst am 21. Februar dieses Jahres deutlich geworden, als der sowjetische Chefdelegierte im Ausschuß der vierzig Staaten in Genf, Israelian, die Bereitschaft seines Landes zur kontinuierlichen Überwachung der Vernichtung chemischer Waffen durch internationale Inspektionen am Ort des Geschehens bekundete. Ähnliche Töne des Entgegenkommens hatte die Sowjetunion auch bereits im Verlaufe des letzten Jahres bei den Genfer Verhandlungen im UN-Ausschuß der Vierzig vernehmen lassen. Ihr Vertreter hatte bislang allerdings vermieden, konkret zu werden. Erstmals wurde er das am 21. Februar, allerdings in einer Weise, die nicht ausreicht, um zu einem haltbaren Vertrag über die Nichtproduktion und die Vernichtung von C-Waffen zu gelangen.

Der amerikanische Außenminister Shultz kündigte zum Auftakt der Stockholmer Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung (KVAE) schon im Januar einen entsprechenden amerikanischen Entwurf eines Vertragstextes an. Auch wenn er gegenwärtig noch nicht bekannt ist, so ist damit zu rechnen, daß er eine Reihe von Grundsätzen enthalten wird, ohne die er das Ziel einer allgemeinen und zuverlässigen Vernichtung und Ächtung von C-Waffen nicht erreichen würde.

Zu diesen Grundsätzen gehören die folgenden:

– Ein Vertrag zum Bann von chemischen Waffen muß weltweit gelten.

– Ein Vertrag zur Rüstungskontrolle von C-Waffen ist nicht ohne genau definierte Maßnahmen der Verifikation denkbar.

Vor rund sechzig Jahren, 1925, wurde nach den schrecklichen Erfahrungen der Giftgas-Einsätze des Ersten Weltkrieges das Genfer Protokoll zum Einsatz-Verbot chemischer Waffen unterzeichnet. Damals aber unterließen es die Mitglieder des Völkerbundes, auch die Herstellung und Lagerung chemischer Waffen zu verbieten. Auch verlangt das Genfer Protokoll nicht die Nachprüfbarkeit der Vertragserfüllung. Erst sie aber schafft die Grundlage zum Entstehen von Vertrauen der Vertragspartner untereinander. Darum ist in den heute laufenden Verhandlungen die Frage der Nachprüfbarkeit eines Vertrages zum Verbot von C-Waffen zur zentralen überhaupt geworden.

Auf diesem Sektor hat sich die Bundesrepublik einige Verdienste erworben. In den siebziger Jahren entwickelten die Rüstungskontrollfachleute der Bundesregierung, allen voran Botschafter Ruth, gemeinsam mit Fachleuten der chemischen Industrie ein Verfahren, das die Überwachung der Produktion chemischer Fabriken ermöglicht. Bei mehreren sogenannten „workshops" haben sich ausländische Vertreter von der Zuverlässigkeit dieses Verfahrens überzeugt. Obwohl bei solchen Konferenzen bisher ein sowjetischer Vertreter nicht dabei war, hat es sich dennoch bis Moskau herumgesprochen, daß das in der Bundesrepublikk entwickelte Verfahren der Schlüssel zur Entwicklung eines entsprechenden Verbots-Vertrages werden dürfte.

Die Verifikation bezieht sich auf zwei Aufgaben: einmal nachzuweisen, daß alle auf der Welt vorhandenen chemischen Kampfmittel vernichtet werden und schließlich vernichtet worden sind, und zum zweiten den Beweis zu führen, daß keine neuen Bestände als Ersatz für die alten produziert werden.

Wie wird kontrolliert?

Die Bereitschaft, an der ersten Zielsetzung mitzuarbeiten, hat die Sowjetunion inzwischen erkennen lassen. Die Bereitschaft, auch an der Beweisführung mitzuwirken, daß keine neuen Bestände an C-Waffen hergestellt werden, hat die Sowjetunion allerdings noch nicht erklärt.

Das in der Bundesrepublik zur Überwachung chemischer Produktionsprozesse entwickelte Verfahren hat für Fachleute erwiesen, daß es einerseits die Inspektion einer Fabrik durch Inspektoren unabdingbar macht, andererseits aber durch die Inspektion keine Produktionsgeheimnisse (zugunsten der Konkurrenz bei nichtmilitärischen Produkten auf dem Weltmarkt) enthüllt werden. Westliche Regierungen sind sich einig, derartige Inspektionen könnten als sogenannte „Routinechecks" von internationalen Vertretern vorgenommen werden oder auch als „Inspektion durch Herausforderung". Der zweite Fall träte ein, wenn ein Verdacht auf Nichteinhaltung der Bedingungen zur Nichtproduktion wachgeworden sein sollte.

In Vermont siegte Hart über Mondale

rtr, Washington

Im Kampf um die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten der Demokratischen Partei hat Senator Gary Hart den bisherigen Favoriten, Walter Mondale, ein weiteres Mal geschlagen. Bei den Vorwahlen im US-Bundesstaat Vermont erhielt Hart, Senator von Colorado, am Dienstag 71 Prozent der abgegebenen Stimmen. Auf den früheren Vizepräsidenten Mondale, der in Vermont auf eine aktive Kampagne verzichtet hatte, entfielen lediglich 20 Prozent, und der farbige Bürgerrechtler Jesse Jackson erreichte acht Prozent. Allerdings wurden bei dieser reinen Popularitätswahl noch keine Delegierten für den demokratischen Konvent in San Francisco bestimmt, der den Kandidaten fürs Weiße Haus wählt.

Hart hat bereits die Vorwahlen in den Bundesstaaten Maine und New Hampshire gewonnen. Lediglich zu Beginn des Vorwahlkampfes siegte Mondale in Ohio.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.





Helmut Schmidt warnt.

Anmerkungen zu Kissingers glanzvoller Analyse in der ZEIT Nr. 10 vom 2. März 1984

Die – unverzichtbare – nordatlantische Allianz ist gefährdet. In den Vereinigten Staaten regiert eine neue Generation, die Europa nur noch teilweise versteht und immer wieder durch Kurswechsel irritiert.
Die Europäer verlassen sich zu sehr auf die amerikanischen nuklearen Waffen. Sie müssen (müssen!) mehr für ihre konventionelle Verteidigung tun. Nukleare Waffen schrecken nur noch bedingt ab.
Schmidt verlangt:
1. Diplomatie wird wieder gebraucht, besonders die Abrüstungsdiplomatie muß in die Gesamtstrategie einbezogen werden.
2. Ebenso das weltwirtschaftliche Verhalten des Westens. Die amerikanischen Defizite in Haushalt und Zahlungsbilanz werden unerträglich. Sie treiben den amerikanischen Zins. Das gefährdet die Weltwirtschaft.
3. Reform der militärischen Strategie: Nicht Verzicht auf nukleare Waffen, wohl aber besseres konventionelles Gleichgewicht mit dem Osten. Abzug von US-Truppen aus Europa ist möglich, wenn Europa konventionell stärker geworden ist.
4. Ende des ewigen Zanks. Politische und wirtschaftliche Solidarität innerhalb des Westens.

Mehr darüber bringt heute



Deutschlands große Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft, Handel und Kultur.

Kohl: Wir mußten mit heißer Nadel nähen

DW. Bonn

Als „möglicherweise zu harten Kahlschlag" hat Bundeskanzler Kohl die Kürzungen beim Schüler- und Studenten-BAföG bezeichnet. In einem Interview mit der „Bild"-Zeitung begründete Kohl dies mit dem Zeitdruck, unter dem seine Regierung in der Zeit von Oktober 1982 bis zu den Wahlen vom 6. März 1983 gestanden habe. „Wir haben damals mit heißer Nadel nähen müssen." Die Gesetzesarbeit brauche jedoch „Muße im Sinne von Überlegung". In dem genannten Zeitraum würde er aus der Rückschau manches anders machen wollen, so zum Beispiel den Nachtragshaushalt, gab der Kanzler zu verstehen.

Zufrieden zeigte sich Kohl, daß die Inflationsrate auf niedrigem Niveau stabilisiert werden konnte und die Konjunktur wieder anziehe. Als einen besonders wichtigen Punkt bezeichnete er, daß es der Regierung gelungen sei, mehr als 700 000 jungen Leuten Ausbildungsplätze zu verschaffen.

Anzeige

Lesen mit Gewinn



M. Hirzel
Managementeffizienz
– Managementinstrumentarien kennen, können und anwenden –
1984, 220 S., geb., DM 69,–
Verbessern Sie Ihre Arbeitstechnik und gewinnen Sie mindestens 1 Stunde täglich! Das Arbeitsbuch zum Selbsttraining.

W. Saaman
Alternatives Führen
– Mitarbeiter qualifizieren –
1984, 256 S., geb., DM 54,–
Machen Sie Ihre Mitarbeiter zu „Gewinnern" – und gewinnen Sie selbst dabei! Effektive Mitarbeiterführung, jenseits von Zuckerbrot und Peitsche!

Jetzt erhältlich bei Ihrem Buchhändler!

GABLER

Paris bemüht sich um Aufwertung der WEU

Vertraglicher Ansatz für eine europäische Verteidigung

A. GRAF KAGENECK, Paris

Keine gemeinsame Verteidigung ohne gemeinsame Politik. Das war schon seit den Tagen General de Gaulles ein französisches Postulat. Es ist im Begriff, ein europäisches zu werden. Jüngste Entwicklungen – die Nachrüstungsdebatte, der deutsche Pazifismus, nebelhafte deutsch-französische Bemühungen um eine „politische Union", die Kissinger-Vorschläge zu einer grundlegenden Umstrukturierung der NATO – sie haben die Debatte vorangetrieben. Und man erinnert sich allenthalben eines Instruments, das sich zur Realisierung anbietet, aber bisher ein kümmerliches Dasein im Bewußtsein der europäischen Öffentlichkeit führte: die Westeuropäische Union (WEU).

Die WEU feiert in diesem Jahr ihr 30jähriges Bestehen. Ihr gehören die sechs festländischen Gründerstaaten der Europäischen Gemeinschaft plus Großbritannien an. In der ersten Nachkriegszeit parallel zur NATO von England, Frankreich und den Benelux-Staaten als Bündnis gegen das dräuende Rußland, aber auch gegen alle eventuellen deutschen Überraschungen gegründet, wurde die Union 1954 auf Deutschland und Italien erweitert. Beide neu aufgenommenen Staaten mußten sich – und müssen sich teilweise bis heute – gewissen Rüstungskontrollen dieses Bündnisses unterwerfen. Aber diese Diskriminierung wurde stufenweise aufgehoben (zum Beispiel hinsichtlich der Tonnage deutscher U-Boote) und soll im Zuge der geplanten Reaktivierung der Union ganz wegfallen.

In einer wichtigen Hinsicht unterscheidet sich die WEU wesentlich von der NATO: Ihre in Paragraph 5 enthaltene Beistandsklausel ist sehr viel bindender als die des Atlantischen Bündnisses. Im Falle eines Angriffs auf einen der Verbündeten müssen alle anderen ihm „mit militärischen Mitteln" (nicht wie bei der NATO mit „angebracht erscheinenden") zu Hilfe kommen. Allein dieser Unterschied hebt die WEU für die Europäer in eine Dimension, die ihr eine größere als die bisherige Beachtung zukommen lassen sollte.

Die WEU ist aber auch das einzige Forum, auf dem Europäer über ihre eigene Verteidigung sprechen können. Das tun sie seit 30 Jahren; und zwar zweimal im Jahr. Der Ministerrat ignorierte meist die Anregungen der Parlamentarier. Versuche vor allem deutscher Vertreter, wie etwa des früheren Verteidigungsministers von Hassel, die WEU durch Verkoppelung mit dem Straßburger Parlament zu einem verteidigungspolitischen Instrument der EG zu machen, scheiterten an formalrechtlichen und politischen Einwänden dieser oder jener Regierung.

Das auf J. F. Kennedy und Franz Josef Strauß zurückgehende Wort vom „europäischen Pfeiler" des Bündnisses ist plötzlich wieder in aller Munde. Paris, Bonn und Rom treten seit einiger Zeit als engagierte Befürworter dieser Formel ein. Zwischen Paris und Bonn spricht man auf höchster Ebene (Mitterrand und Kohl) über eine engere strategische und taktische Zusammenarbeit auf konventionellem Gebiet. Rom hat die verblüffende Initiative ergriffen, zum erstenmal seit Bestehen der WEU die sieben Verteidigungsminister zu einer Tagung einzuladen. Diese soll im Oktober als Ergänzung zur routinemäßigen Außenminister-Sitzung am 24. Mai stattfinden. Die belgische Regierung schließt sich dieser Initiative mit Nachdruck an. Wie immer zögern Großbritannien und die Niederlande bei allen Unternehmungen, die auf einen Alleingang Europas im Atlantischen Bündnis hinauslaufen könnten. Aber das will niemand. Vor allem Bonn und Paris haben immer auf der „Stärkung der NATO durch größeres europäisches Engagement" bestanden.

Ausgeschlossen bleibt bei allen Überlegungen vorläufig indes die Frage einer nuklearen eigenständigen Verteidigung Europas. Aber auch diese könnte im Lichte der künftigen Entwicklung eine Änderung erfahren. In Paris und London wird – sobald das Thema zur Sprache kommt – immer wieder darauf hingewiesen, daß die bisherigen beiden nationalen Atomstreitmächte (England und Frankreich) durch Vergrößerung der Sprengköpfe auf ihren Atomraketen eine wesentlich größere Dimension bis zum Ende dieses Jahrzehnts erhalten würden und dann eine Nuklearmacht darstellten, die auch für eine Verteidigung Europas interessant werden könnte.

Genscher warnt vor Fingerhakeln in der Koalition

STEFAN HEYDECK/AP, Bayerbach

Als „frohe Botschaft" hat es der FDP-Vorsitzende und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher gestern bezeichnet, daß sich CDU-Chef Franz-Josef Strauß einen „Anhänger der Bonner Koalition aus CDU/CSU und FDP" genannt habe. Auf dem politischen Aschermittwoch der Liberalen, der in diesem Jahr erstmals als „Gegenveranstaltung" zu dem traditionellen Auftritt von Strauß in Passau stattfand, kritisierte Genscher sowohl den CSU-Vorsitzenden als auch Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel und Teile der Gewerkschaften.

In Bayerbach meinte Genscher vor 1200 Zuhörern, die Wähler wollten keine Fingerhakeleien. Er wies die Kritik der SPD an der Bonner Wirtschafts- und Finanzpolitik zurück und versprach, die FDP werde für eine Senkung der Steuerlast sorgen. Leistungsbereitschaft müsse sich wieder lohnen. Auch für die Familien müsse bei der Steuerreform etwas getan werden. Die Reform solle nach Auffassung der FDP möglichst schon 1986, spätestens aber 1988 kommen, keinesfalls jedoch als Wahlgeschenk im Jahre 1987. Als „Gift" für die Wirtschaftspolitik bezeichnete er die Forderung der Gewerkschaften nach Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Zu der Rede von Oppositionsführer Vogel in Landshut bemerkte der FDP-Vorsitzende, die SPD hätte bei der Wende die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung kritisiert. Dabei habe die derzeitige Koalition „in Wahrheit" das durchgesetzt, was jeder verantwortungsvolle Familienvater tun würde: Schulden abbauen und sparen. Auch ihre Vorwürfe, soziale Leistungen würden abgebaut und der wirtschaftliche Aufschwung gefährdet, seien widerlegt.

Genscher beschuldigte die SPD, über Jahre eine Friedenspolitik „verkauft" zu haben, von der sie auf ihrem Kölner Parteitag im vergangenen Herbst vollkommen abgerückt sei. Eine solche Politik „würde unser Land erneut in den Geruch der Schaukelpolitik zwischen Ost und West bringen". Genscher bekannte sich erneut zur Einbindung in die EG und in die NATO. Er kündigte an, die Bonner Regierung werde sich auf der KVAE in Stockholm für einen Abbau der konventionellen und eine Ächtung der chemischen Waffen einsetzen.

„Die Koalition kritisch fördern"

CSU-Chef beim Aschermittwoch-Treffen in Passau / Seitenhiebe auf Genscher

PETER SCHMALZ, Passau

Im zweiten Jahr der neuen Regierungskoalition hat der Aschermittwochs-Auftritt des bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß seine Funktion als Podium der saftigen Kritik an der Bonner Regierungsarbeit verloren, als Ort der kritischen Mahnung aber blieb auch gestern die mit über 7000 Besuchern gefüllte Nibelungenhalle in Passau erhalten. Als „kritischer Förderer" der Koalition, wie sich Strauß selbst während seiner knapp dreistündigen Rede bezeichnete, adressierte er einen Forderungskatalog an Bonn, an dessen Erfüllung er die Qualität der politischen Arbeit von CDU/CSU und FDP in zwölf Monaten am selben Ort messen wird.

Zentraler Punkt ist eine einschneidende Steuerreform, die „im Interesse des ganzen Volkes" die Wirtschaft nicht weiter belasten und zugleich Mittel freimachen muß für „die soziale Frage unserer Zeit", die junge Familie. Mit dieser Reform müsse die Regierung ihre Solidität beweisen, meinte Strauß; es sei deshalb um so besser, je eher sie durchgeführt werde. Einige „läßliche Sünden" habe die Koalition bereits begangen, als sie Sonderzahlungen in die Sozialbeitragspflicht genommen habe.

Die Tugend des Sparens müsse mit Augenmaß vorgenommen werden, forderte Strauß und wiederholte seine These vom sterbenden Volk: „Was nützt uns die schönste Stabilität, wenn wir in zwei Generationen auf die Hälfte unserer jetzigen Bevölkerungszahl gesunken sind?" Der CSU-Vorsitzende kündigte an, die Familienpolitik werde seine „ständige Mahnung" bleiben. Und er forderte konkret: Steuerliche Kinderfreibeträge, Umschichtung des Kindergeldes zu Gunsten der ersten Jahre nach der Geburt und ein Mutterschaftsgeld nach bayerischem Muster.

Dem Lob, die Bundesregierung habe den Zuwachs der Verschuldung abbauen können, stellte Strauß unter dem Beifall der Zuhörer drei weitere Forderungen gegenüber: Ein neues Demonstrationsrecht, damit „Polizei und Justiz bei Landfriedensbruch wieder ihrer Aufgabe gerecht werden können"; ein neues Familienrecht, damit bei einer Scheidung nicht ein Partner den anderen bis ans Lebensende ruinieren könne; schließlich eine Korrektur der „Fehler in der Afrikapolitik". Ohne den Außenminister und FDP-Vorsitzenden Genscher, der gestern in dem wenige Kilometer entfernten niederbayerischen Bayerbach zu seiner ersten Aschermittwochs-Rede angetreten ist zu erwähnen, nannte Strauß dessen Politik „blind und naiv".

Doch – um Mißverständnissen vorzubeugen – sieht er sich selbst nicht in der Rolle eines Feindes dieser Koalition, nein, „ich bin ein kritischer Förderer". Er sei nicht da, „schöne Lieder zu singen und Weihrauch zu streuen", sondern wohl eher, um einige Selbstverständlichkeiten zu sagen. Zum Beispiel, daß „der Hund mit dem Schwanz wedeln muß und nicht umgekehrt". Dem, was er da mit Schwanz umschreibt, mißt er ohnehin keine große Bedeutung in dieser Koalition bei: „Was an liberalen Gedanken gut ist, haben wir längst übernommen, aber was an liberalen Gedanken entartet ist, werden wir nie übernehmen."

Die SPD kommt bei ihm nur in wenigen Worten vor. Selbst sein früherer Lieblingskonkurrent Helmut Schmidt ist nur noch eines spöttischen Satzes wert: „Er darf heute Vorträge halten und Klavier spielen."

Die Europäer forderte Strauß auf, gegenüber den Amerikanern selbstbewußter zu werden und ihre Verteidigung in größerem Maße in die eigene Hand zu nehmen („Wir dürfen nicht dauernd an den Rockschößen Amerikas hängen"), die politische Einheit des deutschen Volkes zählt für ihn weiterhin zum „griffigen Ziel" und die kommunistische Wirtschaft ist für ihn weiterhin kein Schreckgespenst: „Den Glauben an die Überlegenheit des Westens gebe ich erst dann auf, wenn wir in Ost-Berlin um die Vermittlung eines Kredits von Moskau nachsuchen."

Vogel stahl Rothemund die Schau

WERNER ZWICK, Landshut

Während sich Helmut Rothemund am Aschermittwoch im entlegenen Vilshofen bemühte, der bayerischen SPD neues Leben einzuhauchen, stahl ihm Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel in Landshut die Schau.

Im braunen Trachtenanzug adressierte Vogel seine rund 400 Zuhörer im überfüllten Leiderersaal als „ihr Leut'" und forderte sie auf, der CSU bei den Kommunalwahlen am 18. März einen „Denkzettel" zu verpassen.

„Über den Franz Josef da sag' i net viel. Aber der könnt' jeden Tag einen Denkzettel brauchen", frotzelte der Oppositionschef im Edelbayerisch in Abweichung von seinem Redemanuskript. Vogel warf dem bayerischen Ministerpräsidenten vor, sich in die Außenpolitik einzumischen und dauernd „in der Gegend herumzusausen", zuletzt in Syrien. „Das ist gegen die Kleiderordnung."

„Aber wo der Strauß recht hat, da hat er recht", räumte Vogel großmütig ein und stimmte mit seinem politischen Dauergegner darin überein, daß man die Syrer in eine Friedenslösung im Nahen Osten mit einbeziehen müsse. „Also hat der Strauß mit seiner Reise noch ein Zweites bezweckt, nämlich denen in Bonn zu zeigen, daß sie überhaupt nichts von dem Geschäft verstehen. Er hat ihnen halt zeigen wollen – und am Aschermittwoch darf man das wohl so formulieren –, daß sie rechte Deppen sind, da oben." Daraus mache Strauß auch gar keinen Hehl. Auch sein Urteil über Helmut Kohl, daß er „unfähig" und „völlig ungeeignet" sei, habe Strauß noch nicht korrigiert. Ihn habe er einmal einen „Spießbürger" genannt, aber das sei – verglichen mit dem, was er über Kohl geäußert habe – ja fast eine „verkappte Liebeserklärung", für die er sich bedanken müsse.

Dem Kanzler warf Vogel vor, eine „Gesellschaft mit menschlichem Gesicht" versprochen zu haben, im Bundestag aber ununterbrochen „ein fast gefrorenes Lächeln" zur Schau zu stellen. Man könne fast den Eindruck haben, daß Kohl einen „Lachmuskelschließkrampf" habe, witzelte Vogel unter dem Gelächter des versammelten SPD-Ortsverbandes. Er wünsche sich, daß der Kanzler bei Themen, die unter die Haut gingen, auch einmal einen Ausdruck der Betroffenheit und der Nachdenklichkeit aufsetze.



Ich entschied mich für die SE 1041 von Triumph-Adler.

Natürlich verstehen wir viel von Mikroelektronik!

Warum?

Für meine Entscheidung zählt die richtige Ergonomie beim Schreiben – die geschickte Teilung von Tastatur und Drucker. Denn wir legen großen Wert auf Arbeitserleichterungen für unsere Mitarbeiter. Angenehmes Arbeiten heißt für uns, die Vorteile moderner Mikroelektronik sinnvoll zu nutzen. Zum Beispiel das 40-Zeichen-Display als Hilfe für die Sekretärin, damit eventuelle Fehler schon hier korrigiert werden können und so gar nicht erst geschrieben werden. Und natürlich der praktische Arbeitsspeicher zur Textbe- und verarbeitung. Mit dem externen Diskettenspeicher können leicht 150 DIN A 4 Seiten (300.000 Zeichen) pro Diskette gespeichert und archiviert werden. Gerade die Speichereinrichtungen, auch für abrufbare Kurztexte und schnelle Korrekturen, haben dem Schreibmaschineschreiben viel von seinem Streß genommen. Für mich und viele japanische Unternehmer ist künftig auch die Teletex-Kommunikation mit elektronischen Schreibmaschinen von Triumph-Adler ein entscheidender Vorteil.

TA Die ganze Welt der Bürokommunikation



Yoshiro Kobayashi, 36, Exportleiter

Aber meine Lösung kommt von TA

Ziel ist die irische Wiedervereinigung

Drei Entwürfe für ein gewaltfreies Irland / Größte gesellschaftspolitische Bestandsaufnahme seit Beginn der Republik

FRITZ WIRTH, London

Zum St.-Patrick's-Tag ist es Tradition geworden, daß irische Premierminister dorthin fahren, wo im Augenblick die meisten Iren in der Welt anzutreffen sind, nach Amerika. In diesem Jahr hatte – so war es seit Monaten geplant – Premierminister FitzGerald die Absicht, mit einem Dokument der Hoffnung und einem Fleißzeugnis neu erwachter irischer politischer Vernunft zu seinen Gesprächen mit Ronald Reagan ins Weiße Haus zu fahren. Er wollte dem amerikanischen Präsidenten – 15 Jahre nach dem Ausbruch der Unruhen in Nordirland – den Entwurf für ein neues gewaltfreies Irland vorlegen.

An diesem ehrgeizigen Projekt haben in den letzten neun Monaten im „Dublin Castle", der einstigen Trutzburg britischer Herrschaft über die irische Insel, führende Politiker aller irischen Parteien, katholische Bischöfe, Wissenschaftler, Wirtschaftler, Pädagogen und Staatsrechtler gearbeitet. Es ist seit Bestehen der irischen Republik die größte und bedeutendste gesellschaftspolitische Bestandsaufnahme dieses Landes.

Zwei Haupthindernisse

Eigentlich sollte sie im Januar dieses Jahres abgeschlossen sein. Heute jedoch sieht es so aus, als würde das Schlußprodukt nicht vor April fertig. Der Grund für die Verzögerung: Die Männer, die seit neun Monaten zusammenkommen, um die Einigkeit Irlands zu planen, können sich über Form und Ausmaß dieser Einigkeit nicht einigen.

Ziel dieses ganzen Unternehmens ist es, die 250 Kilometer lange Grenze zwischen dem Norden und Süden Irlands auf gewaltfreie Weise zu überwinden, ist die irische Wiedervereinigung. Beide Teile Irlands haben sich in den letzten Jahrzehnten politisch, wirtschaftlich und religiös auseinandergelebt. Einer Wiedervereinigung stehen neben vielen, über die Jahrzehnte verhärteten, Vorurteilen diese beiden Haupthürden entgegen: auf der einen Seite die besondere gesellschaftspolitische Entwicklung der Republik unter dem dominierenden Einfluß der katholischen Kirche (der 94 Prozent der Bürger der Republik angehören) und auf der anderen, der nordirischen, Seite die Garantie der britischen Regierung, „daß unter keinen Umständen Nordirland aufhören wird, Teil des britischen Königreichs zu sein, solange es die Mehrheit der Bürger nicht anders will". Diese sogenannte „Downing-Street-Erklärung", von Harold Wilson 1969 formuliert, ist von allen folgenden britischen Premierministern bestätigt und beachtet worden. Da in Nordirland zwei Drittel der Bürger protestantisch sind und politisch den pro-britischen Parteien nahestehen, ist es auf lange Sicht schwer vorstellbar, daß die feste britische Hand über Nordirland von innen her gelockert wird.

Zwei irischen Institutionen fällt daher bei der Überwindung der Grenze eine Schlüsselrolle zu, einmal den bisher so unflexiblen Unionisten und Protestanten des Nordens und zum anderen der katholischen Kirche.

Um das Ausmaß der Gegensätze, vor allem aber die Möglichkeiten ihrer Überwindung deutlich zu machen, rief FitzGerald im Mai des letzten Jahres das sogenannte „Irische Forum" ein. Er lud dazu alle irischen und nordirischen politischen Parteien mit Ausnahme der der Terror-Organisation IRA nahestehenden Sinn-Fein-Partei ein, die nach wie vor die Anwendung von Gewalt bei der Wiederherstellung der irischen Einheit nicht ausschließt.

Beharren auf „Rome Rule"

Den ersten Rückschlag erlebte FitzGerald gleich beim Start dieses Wiedervereinigungs-Exerzitiums, als die protestantischen Unionsparteien des Nordens den Boykott dieses Forums bekannt gaben. Seither ist die SDLP, die den Katholiken Ulsters nahesteht, die einzige nordirische Partei in diesem Forum.

Der zweite Rückschlag kam gegen Ende des Forums, als die katholischen Bischöfe ihr gesellschaftspolitisches Konzept für ein vereinigtes Irland vorlegten. Die Bischöfe betonten erst, daß sie keinen katholischen Konfessionsstaat wollen, trugen dann jedoch Forderungen vor, die alle Vorurteile der nordirischen Protestanten über „Rome Rule", also die Herrschaft Roms in der Republik Irland bestätigen mußten. Also: Beibehaltung des Verbots der Abtreibung, Festhalten am Scheidungsverbot, Beibehaltung von Konfessionsschulen und Verpflichtung aller Eltern in religiösen Mischehen, ihre Kinder katholisch zu erziehen. „Die Rechte einer Minderheit sind nicht heiliger als die Rechte einer Mehrheit", begründeten die Bischöfe ihren Standpunkt. Im Norden Irlands aber sind Ehescheidung, Abtreibung und Gemeinschaftsschulen schon lange keine Themen mehr.

Am Ende schälten sich nach neunmonatigen Beratungen und Anhörungen des Forums drei Konzepte für eine irische Wiedervereinigung heraus:

1. ein irischer Einheitsstaat unter einer geänderten Form der gegenwärtigen irischen Verfassung, der von Dublin regiert wird,

2. ein irischer Bundesstaat mit besonderen verfassungsrechtlichen Garantien für die nördliche Provinz,

3. eine gemeinsame Verwaltung Nordirlands durch die Regierungen in Dublin und London, wobei es allen Bürgern Nordirlands freisteht, ihre eigene Nationalität zu wählen.

Das Problem: Charles Haughey, der Chef der größten irischen Partei Fianna Fail, besteht auf dem ersten Konzept, die übrigen irischen Parteien und die nordirische SDLP befürworten die zweite Lösung.

Eine Einigung ist zur Stunde noch nicht in Sicht. So ist zu fürchten, daß man am Ende nicht ein klares Wiedervereinigungskonzept, sondern lediglich drei Optionen vorlegt. Das würde bedeuten, daß Garret FitzGerald zum „Patrick's Day" nicht mit einem heißen Dokument, sondern mit sehr viel heißer Luft im Reisegepäck nach Washington reisen müßte.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

„DDR"-Realität

Aus aktuellem Anlaß möchten wir darauf hinweisen, daß jeder in der DDR lebende Deutsche dem DDR-Strafgesetzbuch zufolge strafrechtlich belangt werden kann, der die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Berlin (Ost) oder auch die Botschaft der Bundesrepublik in einem Drittstaat besucht. So legte das Bezirksgericht Rostock beispielsweise dem Warnemünder Ingenieur Helmut Weckschmied seinen Besuch in der Ständigen Vertretung Bonns in Berlin (Ost) als „landesverräterische Agententätigkeit" gemäß Paragraph 100 StGB/DDR zur Last und verurteilte ihn zu drei Jahren Freiheitsstrafe, die Weckschmied derzeit im Zuchthaus Cottbus verbüßt. (Weckschmied hatte die Ständige Vertretung einer Ausreise-Angelegenheit wegen aufgesucht.) Die mögliche Höchststrafe für derartige Besuche liegt nach derzeitiger DDR-Strafrechtspraxis bei zehn Jahren Freiheitsentzug.

Die Bundesregierung darf unseres Erachtens in der jetzigen Situation nicht darauf hinwirken, daß der Strom von Rat- und Hilfesuchenden aus der DDR in Vertretungen und Botschaften Bonns abebbt. Aufgabe der Bundesregierung muß es vielmehr sein, mit allen ihr in der Ostpolitik zur Verfügung stehenden Mitteln darauf zu drängen, daß die entsprechenden Paragraphen des Strafgesetzbuches der DDR geändert werden. Nur so ist dem Beschluß der Madrider KSZE-Folgekonferenz über Aufgaben und Rolle der Botschaften und Vertretungen gerecht zu werden.

Jörn Ziegler, Vorstandssprecher, Deutsche Sektion der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte, Frankfurt

Grenzschutz

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter der Überschrift „Überalterter BGS" bringen Sie in der Ausgabe vom 28. Februar 1984 einen Leserbrief von Herrn Bienert, stellv. Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, Hilden. Herr Bienert behauptet darin, es sei sachlich falsch, daß im Bundesgrenzschutz die Einstellungsquote auf 700 pro Jahr und die Einsatzstärke insgesamt gesenkt würden.

Diese Erklärung erfolgt wider besseres Wissen. In der Anhörung mit dem Bundesminister des Innern am 2. Februar 1984 wurde von dienstlicher Seite erklärt, daß die Einstellungen von 1985–1989 im Bundesgrenzschutz nur noch 700 Polizeivollzugsbeamte betragen. Dies hat ein schrittweises Absinken der Personal-Ist-Stärke im Polizeivollzugsdienst des Bundesgrenzschutzes von derzeit 20 508 auf 19 000 zur Folge. Dies ist aus der Gesprächsdarstellung des Bundesministers des Innern ersichtlich. Da schon an diesen Ausführungen des Hamburger Polizeioberrates Bienert nichts stimmt, erübrigt es sich, auf die weiteren Punkte einzugehen.

Mit freundlichen Grüßen
Helmut Pfeffer, Bundesvorsitzender, Bundesgrenzschutzverband, Bonn

*

Hiermit beenden wir die Diskussion. Die Redaktion.

Warum so spät?

Sehr geehrte Damen und Herren,

das „Wort zum Sonntag" wird an den Sonnabenden nach den Tages- und Sportnachrichten um etwa 22.30 Uhr ausgestrahlt.

Warum so spät? Ältere Bürger schlafen um diese Tageszeit meistens, oder halten sich, wenn sie – an dem Wort am Sonntag – interessiert sind, mühsam aufrecht.

Auch würden sich manche Insassen von Altersheimen über eine frühere Sendezeit wahrscheinlich freuen.

Mit freundlichen Grüßen
Carl Bähr, Braunlage

Sehr gefährdet

„Marko Veselica braucht dringend Hilfe"; WELT vom 24. Februar

Es stimmt nicht, daß Dr. Marko Veselica zur Zeit „zusätzlich 20 Tage Isolierhaft in einer nicht geheizten Zelle" zugesprochen wurden. Das war im Winter 1982/83. Richtig ist, daß Dr. Marko Veselica seit längeren Wochen, beginnend schon im letzten Halbjahr 1983, schwer krank im Krankenhaus seines Gefängnisses in Lepoglava liegt und an sehr hohem Blutdruck leidet. Sein Leben ist nach wie vor sehr gefährdet.

Rhea Schlickum, Leiterin der Aktion Mihajlo Mihajlov, Hamburg

Wort des Tages

» Alle gewöhnliche Kraft beschränkt sich selber. Denn sie erzeugt Gegengewalt, die ihr früher oder später ebenbürtig oder überlegen wird. Die Gütigkeit aber wirkt einfach und stetig. Mißtrauen und Mißverständnisse bringt sie zur Verflüchtigung, sie verstärkt sich selber, indem sie Gütigkeit hervorruft. Darum ist sie die zweckmäßigste und intensivste Kraft. «

Albert Schweitzer, elsäss. Theologe, Arzt und Musiker (1875–1965)

Personalien

EHRUNGEN

Im Namen von Papst **Johannes Paul II.** zeichnete Bischof Dr. **Josef Stimpfle** Ministerialrat **Theodor Rolle** mit dem Komturkreuz des päpstlichen Silvesterordens aus. In seiner Laudatio würdigte Augsburgs Bischof die besonderen Verdienste von Rolle um Glauben und Kirche. Ministerialrat Rolle war fast 13 Jahre der Referent für den Religionsunterricht im Bayrischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus und geht jetzt in Pension.

Dr. **Hans Richard Purschke**, einer der engagierten Wegbereiter des Puppentheaters in der Bundesrepublik Deutschland, wurde mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland in Frankfurt am Main ausgezeichnet. Purschke kommt aus dem Sudetenland und brachte von dort die alte Tradition des böhmischen Puppenspiels mit. In seiner neuen Heimat in Frankfurt am Main hat er eine hoch beachtliche Fachbibliothek aufgebaut und ist Herausgeber einer Fachzeitschrift für Puppenspiel.

Der Gründer und Direktor des Instituts für Pharmazeutische Technologie an der Universität Marburg, Professor Dr. **Paul Heinz List**, wurde in einem akademischen Festakt aus Anlaß seines 60. Geburtstages zum Ehrenmitglied der Ungarischen Pharmazeutischen Gesellschaft ernannt. Der Tübinger Wissenschaftler Professor Dr. **Engelbert Graf** hob in seiner Laudatio vor allem die Untersuchungen Lists zu mehreren Pilzinhaltsstoffen hervor.

ERNENNUNGEN

Bundespräsident **Karl Carstens** hat dem neuen koreanischen Botschafter **Chung Soon-Kun** das Agrément erteilt. Der Diplomat war seit 1981 Botschafter in Athen. Chung Soon-Kun, Jahrgang 1931, studierte in Seoul politische Wissenschaften. 1954 ging er in den auswärtigen Dienst seines Landes. Erster Auslandsposten wurde das Generalkonsulat in San Francisco. Nach weiteren Posten in Genf und Brüssel wurde er 1971 Leiter der Politischen Abteilung im Außenministerium. Im Range eines Botschafters übernahm er 1974 die Leitung der Handelsvertretung von Korea in Beirut. 1976 wurde er Gesandter in Tokio.

Zum neuen Geschäftsführer und wissenschaftlichen Leiter des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) in Berlin wurde **Lutz Erich Worch** (45) berufen. Der gebürtige Rheinländer war von 1963 bis 1977 für das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung in Berlin tätig. Zuletzt leitete er das Presse- und Sammlungswesen im Diakonischen Werk Berlin. Das mehr als 90jährige DZI ist zugleich Forschungsstätte und Archiv für Probleme der Sozialarbeit, der Sozialhilfe und betreibt Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Sozialgeschichte.

Assad läßt Regierung in Syrien umbilden

DW./rtr/AFP, Damaskus

Der syrische Staatspräsident Hafiz el-Assad hat am Dienstag den Rücktritt des Kabinetts Abdel Rauf el-Kassem angenommen und den Ministerpräsidenten aufgefordert, eine neue Regierung zu bilden. Wie die syrische Nachrichtenagentur Sana mitteilte, ist die Entscheidung für den Rücktritt in der vergangenen Woche bei einem Treffen der regierenden Baath-Partei gefallen. Gründe hierfür wurden nicht bekannt.

Die Regierung in Syrien führt traditionell lediglich die Beschlüsse des Politischen Büros der Baath-Partei aus, deren Generalsekretär Präsident Assad ist. Ministerpräsident el-Kassem gehört der Führung der Baath-Partei an und ist seit Beginn 1980 syrischer Regierungschef. Er hat im Dezember 1981 eine erste Regierungsumbildung vorgenommen. Von den insgesamt 37 Ministerien sollen derzeit vier Ressorts unbesetzt sein. Vier Minister waren in den vergangenen beiden Jahren gestorben.

Die Agentur Sana unterstrich, daß keinerlei Kursänderung in der Politik Syriens zu erwarten sei.

Indiens Interesse gilt Sowjet-Waffen

Ustinow lockt in Neu-Delhi mit niedrigen Preisen und günstigen Krediten

PETER DIENEMANN, Neu-Delhi

Der Besuch des sowjetischen Verteidigungsministers Ustinow, der am Montag mit 55köpfiger Delegation in der indischen Hauptstadt eingetroffen ist, hat in Neu-Delhi die Spekulationen über neue indische Rüstungskäufe in der UdSSR angeheizt. Ustinow besucht jetzt das Land nicht mehr, wie ursprünglich geplant, als „Politiker und Vertrauter Andropows", sondern als sowjetischer Verteidigungsminister und „Waffenhändler", wie westliche diplomatische Beobachter meinen.

„Wir wollen", so erklärte Ustinow in seinem Gespräch mit der indischen Ministerpräsidentin, „daß Indien ein starkes, blockfreies Land ist", das sich gegen eine Bedrohung von außen – im indischen Klartext von Pakistan – schützen kann.

Trotz aller Bemühungen Indiens um Diversifikation bei den Rüstungskäufen hängen die indischen Streitkräfte weitgehend von Waffen „Made in UdSSR" ab. Nicht nur, daß Moskau Preise unter Weltmarkt-Niveau bieten kann, es bietet Neu-Delhi auch günstige Kredite und Zahlung in Rupien an, was dem stets an harter Währung und Devisen knappen Indien hochwillkommen ist. So hat die Sowjetunion im letzten Jahrzehnt Indien bisher rund 1000 Kampfpanzer vom Typ T 55 sowie 300 modernere T 72, zahlreiche Schützenpanzer BNP 1, Flugabwehr-Raketen SA 2 und SA 3, Flugabwehrgeschütze ZSU 24-4 und verschiedene Typen von Artillerie-Kanonen geliefert. Sowjetisches Gerät auch in der indischen Marine: Drei Zerstörer der Kaschin-Klasse. Der letzte traf, mit einiger Verspätung, im Dezember letzten Jahres ein. Ferner acht „Foxtrott"-U-Boote, mehrere Minenräum- und Raketenboote. Die Luftwaffe Indiens verfügt über mindestens 300 Mig-21 und 60 Mig-23-Kampfflugzeuge und mehr als ein halbes Dutzend Mig-25-Aufklärer.

Eine Lösung aus der Abhängigkeitsmisere sieht Indien in der Lizenzfertigung sowjetischer Waffen in indischen Fabriken. So werden seit geraumer Zeit Mig-21-Kampfflugzeuge in indischer Produktion hergestellt. Andere Vorhaben jedoch, wie zum Beispiel die im Dezember 1980 zwischen Leonid Breschnew und Indira Gandhi besiegelte Produktion von Mig 27 und Kampfpanzern T 72, wurden bislang nicht realisiert. Das Manko im indischen Lizenzbau ist offensichtlich die Qualität, die bei den transferierten Fertigungsmethoden allzu oft auf der Strecke bleibt.

Die Lizenz-Nachbauprobleme werden sich erneut bei indischen Waffenkäufen aus der Sowjetunion stellen, die in einem Umfang von fünf Milliarden auf einen Zeitraum von zehn Jahren vorgesehen sind. Unter anderem spekuliert Waffenkäufer Indien mit dem Erwerb einer verbesserten Version des T-72-Kampfpanzers beziehungsweise mit dem neuesten sowjetischen Modell T 80. Die Luftwaffe hat Interesse an Mig-29-Kampfflugzeugen gezeigt, will sich aber per Expertenkommission erst von den Flugeigenschaften des unlängst bei der sowjetischen Luftwaffe eingeführten Flugzeugtyps überzeugen lassen. Den zehn bereits nach Indien gelieferten Panzerhubschraubern MI 24, die die sowjetische Besatzungsarmee in Afghanistan einsetzt, sollen weitere folgen.

Indische Rüstungskäufe im Westen spiegeln Bemühungen um eine Diversifikation wider: Es sind dies Mirage 2000 in Frankreich, U-Boote in der Bundesrepublik, Hubschrauber und Schiffsraketen in Großbritannien.

FORTBILDUNG

INSTITUT FÜR FREMDSPRACHEN UND AUSLANDSKUNDE BEI DER UNIVERSITÄT ERLANGEN-NÜRNBERG
Schulträger: gemeinnütziger e. V.
Staatl. anerkannte Fachakademie für Fremdsprachenberufe Abschluß: Staatsprüfung für Übersetzer/Dolmetscher
Staatl. anerkannte Berufsfachschule für Fremdsprachenberufe Abschluß: Staatl. gepr. Fremdsprachenkorrespondent(in)



Vollzeit-Berufsausbildung in Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch als Haupt- und Nebensprache sowie Italienisch als Nebensprache.
Schillerstraße 3, 8520 Erlangen, Ruf (0 91 31) 2 70 63

Wir nehmen auf in unsere Berufsfachschule mit Internat
ernährungswirtschaftliche Fachrichtung
Friederike-Fliedner-Schule
am Königsberger Diakonissen-Mutterhaus der Barmherzigkeit
Robert-Koch-Weg 4 – 6330 Wetzlar
Telefon (0 64 41) 2 30 14 und 2 30 18

Der gefragte Beruf zukunftssicher



Pharm.techn. Assistent/in, rechte Hand d. Apothekers
Beginn: April + Okt. – Mensa – Wohnheim – Beihilfen
Staatl. anerk. Pharmazieschule Dr. K. Blindow
3062 Bückeburg, Obertorstr. 10, Tel. (0 57 22) 40 91

Für alle Freunde des Lateins
erscheint die Zeitschrift VOX LATINA. Mit vielen Beiträgen von der Gegenwart bis zur Antike. Verlangen Sie ein Gratisheft vom Sekretariat VL, Universität FB 8.3, 6600 Saarbrücken.

6. 6., 12. 9. 1984
sind die weiteren Termine für Sonderveröffentlichungen zum Thema
Fortbildung
Informationen über Anzeigen erhalten Sie bei
DIE WELT
Anzeigenabteilung,
Kaiser-Wilhelm-Str. 1
2000 Hamburg 36, Tel. 0 40 / 3 47 43 90

Baden-Baden
Fremdsprachen-Seminar
Engl., Franz., Span., Ital.
BBS Baden-Badener Sprachschule GmbH
Lange Str. 84, 7570 Baden-Baden
Tel. 0 72 21 / 2 28 61



INTERNATE PINDL
3x in Bayern
Realschule Gymnasium | Wirtschaftsschule Volksschulabteilung
Aufnahme jederzeit
Regensburg – Straubing – Passau

AUFSTIEG
mit den bewährten GABLER FERNKURSEN
Staatl. gepr. Betriebswirt
Handelsfachwirt
Industriefachwirt
Finanz-/Kreditfachmann
Vermögensberater
Versicherungsfachwirt
Bilanzbuchhalter
Personalfachkaufmann
Fachkaufmann Einkauf/Materialwirtschaft
Betriebswirtschaft für Techn./Ingenieure



GABLER
Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler GmbH

KUNSTSCHULE ALSTERDAMM HAMBURG
Graphik-Design Berufsausbildung
Ferdinandstraße 17
2 Hamburg 1

Schulungszentrum Münster
Die sympathische Alternative für Ihre Ausbildung zum
wirtschaftlichen Fremdsprachenkorrespondent
staatl. anerkannten Übersetzer/Dolmetscher
geprüften Informatikassistent
Auskunft, Anmeldung und Beratung:
Windthorststraße 13–15
4400 Münster · Telefon (02 51) 4 00 16



BM
Brillantmont
Internationale Mädchenschule von 13–18 Jahren
Avenue Secrétan 12–18
1005 Lausanne / dp 1
Suisse
SOMMERKURS
für 16–18jährige Mädchen
8. Juli – 18. August 1984

Schulen Dr. W. Blindow, Huttenstr. 5, 3060 Stadthagen
●Technikerschule
●Hotelfachschule
●Fachschule Betriebswirtschaft

Hotelberufsfachschule 8100 Garmisch-Partenkirchen

Staatl. anerk. priv. Realschule mit Internat für Mädchen und Jungen
Elisabeth-Engels-Stiftung

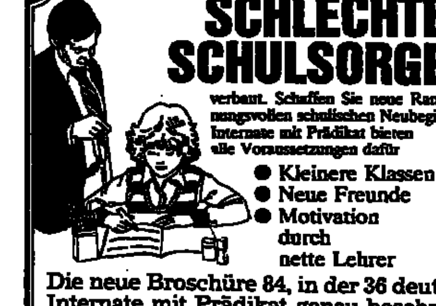


Ganztagsschule
Ausbildung zum/zur:
Staatl. geprüft. Masseur/in und med. Bademeister/in
TEWIFA-Lehranstalt · Obere Walke
7768 Stockach · Tel.: 07771/2572

Arzthelferin

25 Jahre Sprachreisen
test Europa-Sprachclub GUT
4000 Düsseldorf

SCHLECHTE NOTEN – SCHULSORGEN?



Kleinere Klassen
Neue Freunde
Motivation durch nette Lehrer
Interessante Freizeitangebote
Gründliche Aufgabenbetreuung
Erfolg in der Schule
Die neue Broschüre 84, in der 36 deutsche und Schweizer Internate mit Prädikat genau beschrieben sind, erhalten Sie durch Zusendung (gegen Schutzgebühr von DM 20,–) von der EURO-INTERNATSBERATUNG.
EURO-INTERNATSBERATUNG
München, Telefon 0 89 / 4 48 72, Max-Weber-Platz 3, 8000 München 80

B.-Blindow-Schulen
staatlich geprüfte Berufe mit Zukunft
Med.-techn. Assistent(in) MTA
Pharm.-techn. Assistent(in) PTA
Bio.-techn. Assistent(in) BTA
Chem.-techn. Assistent(in) CTA
Diätassistent(in)
Krankengymnast(in)
Masseur(in) und med. Bademeister(in)
Beschäftigungstherapeut(in) BT/AT
Logopäde(in)

Führen zu:
ABITUR
MITTLERE REIFE



HEBO PRIVATSCHULEN
Ganztagsschulen
Kleine Klassen
Förderkurse
Aufgabenbetreuung



Hotelberufsfachschule 3060 Stadthagen Tel. 0 57 21/30 61

Fortbildung

Auf die Betriebe kommen in diesem Jahr noch gewaltigere Anfordrungen zu als 1983. Der Berufsbildungsbericht geht von 715 000 bis 735 000 jungen Menschen aus, die einen Ausbildungsplatz suchen werden. Dieses enorme Potential, dessen gute Ausbildung zugleich eine enorme Investition der Wirtschaft in die Zukunft darstellen wird, kann nur bewältigt werden, wenn jede Möglichkeit von den Unternehmen genutzt wird.

Dabei wird dann hoffentlich auch ein Modell stärker zum Tragen kommen, das bisher nur ein bescheidenes Dasein fristet, genannt „Ausbildung im Verbund". Es geht darum, daß es viele Betriebe gibt, die gerne junge Menschen ausbilden würden, denen es aber auf Grund ihres Zuschnitts nur möglich ist, das erforderliche Wissen in Teilbereichen zu vermitteln. Aber wenn sich mehrere Unternehmen zusammentun und im Ausbildungsbereich kooperieren, dann können sich die Teile zu einer kompletten Ausbildung ergänzen.

Im Hinblick auf den „Lehrlings-Berg" in diesem Jahr hatte die für die Berufsausbildung zuständige Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms jetzt Experten zu einer ersten Gesprächsrunde über Erfahrungen im Ausbildungsverbund eingeladen. Dabei kamen nur positive Berichte zusammen. Einer davon wurde vom Bundesinstitut für Berufsbildung in Berlin beigesteuert: Dort haben sich Bundes- und Landesbehörden sowie eine Wohnungsbaugesellschaft zu einem Ausbildungsverbund für Verwaltungsfachangestellte zusammengetan. 39 zusätzliche Ausbildungsplätze entstanden auf diese Weise.

Diese Zahl ist natürlich nur mit dem berühmten Tropfen auf dem heißen Stein zu vergleichen. Aber hier sollte ja auch nur auftragsgemäß ein „Modell" erprobt werden. Dieses zeigt, und das ist das Entscheidende, daß durch den Verbund mit relativ geringem finanziellen Aufwand schnell neue Lehrstellen geschaffen und „nebenbei" die Ausbildung qualitativ verbessert werden kann.

PETER PHILIPPS

Beim Beruf den Urlaub im Blick

Aus einem Vortrag vor dem Arbeitgeberverband der Metallindustrie Köln

Das Kommentieren einer angeblich veränderten Arbeitsmoral der Deutschen hat Konjunktur bekommen. Schlagworte wie Wertewandel und Postmaterialismus sind in Mode. In einem Vortrag vor dem Arbeitgeberverband der Metallindustrie Köln, einem fulminanten Feuerwerk aufblitzender Ideen, hat Hermann Lübbe sich jetzt des „Wertewandels und der Arbeitsmoral" aus wissenschaftliche Sicht angenommen.

Dabei kam er schnell zu einer „pragmatischen Plausibilität", wenn man einmal von der Stereotype des Werteverfalls abgeht. Denn, so Lübbe: „Je mehr jene Dispositionsfreiheit, die sich in Zeit ausdrücken läßt, temporal sich in Relation zur Berufsarbeitszeit ausdehnt, um so mehr verstärkt sich die Neigung, diese Berufsarbeitszeit zur disponibel gewordenen Zeit in ein instrumentelles Verhältnis zu setzen." Das Arbeitsjahr werde inzwischen folgerichtig auf die „kostbarste Zeit des Jahres, den Urlaub, hin mediatisiert", und analog die Woche vom Montag bis zum Freitagmittag aufs verlängerte Wochenende hin.

Im Schatten der Zeiträume

Je mehr die Berufsarbeit abnehme – und dies ist gerade angesichts der verschärften Diskussion um eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit von Bedeutung –, „um so tiefer sinkt sie in den Schatten der expandierenden Zeiträume autonom geregelter Tätigkeiten hinab", sagte Lübbe, „und zwar gerade auch dann, wenn diese Tätigkeiten ihrerseits den Charakter kräftefordernder Arbeit annehmen". Die Eignung der Berufsarbeit, kulturell als Element der Lebenserfüllung zu gelten, könne man zusammenfassend sagen, nehme mit dem Maß der Berufsarbeitszeit ab, „das zur Lebensfristung sowie zur Erhaltung und Steigerung des materiellen Lebensfristungsniveaus nötig ist".

Der Zürcher Philosoph verwies auf die Umfragen, nach denen 16- bis 24jährige Bürger der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1966 in der Technik noch zu 83 Prozent einen „Segen" gesehen hatten, während dieser Sicht im Jahre 1980 nur noch 38 Prozent zustimmen wollten. Dies sei ohne Frage ein Anzeichen dafür, daß der „zunehmenden Komplexität unserer zivilisatorischen Lebensbedingungen Kompetenzverluste des common-sense entsprechen". Die Neigung, die Technologieplanungen öffentlicher und privater Instanzen mit dem politisch benötigten Vertrauenskredit auszustatten, nehme ab.

Dies bedeute, so Lübbe, daß sich „in den technologiepolitischen Debatten auf Dauer nur wird behaupten können, wer bereit ist – unbeschadet fälliger Abwehr einschießender Irrationalitäten –, vorweg die guten Gründe anzuerkennen, die jene Debatten haben lebhafter werden lassen". Wo die Penetranz unvorhergesehener oder sogar unvermeidlicher Schädlichkeitsnebenfolgen des Industrialisierungsprozesses zunehme und zugleich die Kosten ihrer Minderung oder Beseitigung schließlich sogar rascher als ihre „wohlfahrtsmehrenden Leistungen" wüchsen, „werden in Teilbereichen der Zivilisation Erfahrungen eines abnehmenden Grenznutzens des zivilisatorischen Fortschritts kulturspezifisch und die Begründungslasten erhöhen sich, die zu tragen hat, wer sich technologiepolitisch um öffentliche Zustimmung zu anstehenden Neuerungen bemühen muß".

Was in der Bundesrepublik Deutschland nach Ansicht des Wissenschaftlers vor sich zu gehen scheint, ist „ein sich schärfender Sinn für externe Kosten des Fortschritts, eine Ausbildung konservativer Verhaltensweisen als rationale Formen des Umgangs mit naturalen, psychischen und kulturellen Ressourcen". Und die Industriegesellschaften seien reich genug, „um randgruppenhafte Alternativ-Kulturen sogar in erheblichem Umfang kulturell aushalten zu können". Gefahren eines Aussteigertums existierten wirklich nur „randgruppenhaft".

Die „Krise der Industriekultur", die wir zur Zeit auch in der Bundesrepublik Deutschland erlebten, habe nicht die Natur einer Krise „durch Desorientierung darüber, wofür sie uns gut zu sein hätte". In Wirklichkeit gehe es um eine Krise „unter dem Druck sektoral rasch näherrückender Kostengrenzen ihrer Lebensvorzüge". Zwar gehörten zu den praktischen Antrieben, denen unsere Gesellschaft ihre „historisch beispiellose Dynamik" verdanke, auch prometheischer Ungehorsam, simple Profitinteressen, technokratische Macher-Attitüden oder „puritanische Suche nach irdischen Indikatoren begünstigender himmlischer Prädestination".

Gewinn und Steigerung

Doch, so Lübbe, man begreife die „kulturelle Durchsetzungskraft" der Industriegesellschaft nicht, solange man, common-sense näher, „diese Durchsetzungskraft nicht mit der überwältigenden Evidenz elementarer Lebensvorzüge in Zusammenhang bringt, die uns über die Industrialisierungsprozesse zufallen konnten". Krisenhaft sei nur der rasche Anstieg der Kosten, der Gewinn und Steigerung dieser Lebensvorzüge uns heute abverlangten.

Aber wer sich heute aus guten Gründen um die Zukunft der wissenschaftlich-technischen Zivilisation Sorgen mache, müsse sich für und nicht gegen sie engagieren. Insoweit sei denn auch, sagte der Wissenschaftler vor den Arbeitgebern, „die Rehabilitierung der Geltung des Sachverstands gegenwärtig kulturell dringender als die publizistische Verstärkung des moralisierenden Tons unserer zeitgenössischen Zivilisationskritik". (Der vollständige Vortrag ist vom Arbeitgeberverband der Metallindustrie in Köln in einer Broschüre veröffentlicht worden.)

PETER PHILIPPS

Einst Mangel, heute Überhang

Aus dem zeitweiligen Mangel ist zwar inzwischen ein „Bewerberüberhang" geworden, aber dennoch gehören Elektroingenieure – ebenso wie ihre Kollegen vom Maschinenbau – immer noch zu den Berufsgruppen, die „vergleichsweise geringen Beschäftigungsrisiken" ausgesetzt sind. Dies geht aus einer umfassenden Untersuchung der Zentralstelle für Arbeitsvermittlung der Bundesanstalt für Arbeit hervor.

Die relativ freundliche Großwetterlage für Elektroingenieure macht sich schon bei den Berufsanfängern bemerkbar: Jährlich verlassen im Schnitt 6 500 bis 7 000 mit einem Examen die Fachhochschulen bzw. Universitäten und finden fast alle Aufnahme bei einem Arbeitgeber. Insgesamt gibt es heute in der Bundesrepublik Deutschland nach den Schätzungen der Bundesanstalt rund 120 000 Elektroingenieure, von denen „nur" etwa knapp 3000 ohne Anstellung sind. In Zukunft würden die Wettbewerbsbedingungen auch in diesem Berufsfeld härter werden und der reibungslose Berufseinstieg mit unaufhaltsamen Aufstieg nicht mehr programmiert sein, aber für „düstere Prognosen" bestehe kein Grund. Um den weltwirtschaftlichen und technologischen Herausforderungen gewachsen zu sein, werde die deutsche Wirtschaft weiterhin gut ausgebildete Elektroingenieure nachfragen.

Der Einsatz reicht heute schon vom öffentlich Dienst über medizinische und physikalische Technik bis zur Unterhaltungselektronik. Dabei gewinnt nach den Erkenntnissen der Bundesanstalt das noch nicht ausgeformte Berufsbild des „Software-Ingenieurs" immer stärkere Bedeutung. Die Zahl der offenen Stellen, die praktische Fertigkeiten in der Benutzung von Computern und EDV-Software erforderten, erhöhe sich ständig. Da der Computer nicht nur als Hilfsmittel bei der Problemlösung wachsende Bedeutung erlange, sondern auch, weil programmierbare mikroelektronische Bauelemente neue technische Möglichkeiten eröffnen, verschöben sich die Anforderungen vom Umgang mit der Hardware hin zur Software. „Software-Tätigkeiten werden in allen Ingenieuraufgaben zunehmend an Bedeutung gewinnen."

An wissenschaftlichen Hochschulen wird das Studium der Elektrotechnik heute durchschnittlich nach zwölf Semestern, an den Fachhochschulen nach durchschnittlich acht Fachsemestern beendet. Die Absolventen sind also 20 bis 26, bzw. 27 bis 28 Jahre alt, wenn sie sich für ihre erste Anstellung bewerben. Aus den gewonnenen Erkenntnissen haben die Experten der Zentralstelle für Arbeitsvermittlung die Warnung an alle Betroffenen formuliert: „Ein gravierendes Überziehen der Studienzeit um mehrere Fachsemester oder gar Jahre fällt negativ auf und bedarf schon überzeugender und auch aus den Bewerbungsunterlagen sofort erkennbarer Sachverhalte, um dies wettzumachen."

J. R.

Der Fernunterricht soll aufgewertet werden

Bundesinstitut für Berufsbildung in Berlin geht voran

Die Vorteile des Fernunterrichts für die betriebliche Weiterbildung sind auch heute noch bei weitem nicht in dem Umfang nutzbar gemacht worden, wie sie sich anbieten. Insbesondere kleine und mittlere Betriebe lassen Chancen noch ungenutzt, obwohl gerade auch für sie die Flexibilität und relative Preisgünstigkeit von Fernlehrgängen überaus reizvoll sind.

Auf dem Weg, Vorurteile gegenüber Fernlehrgängen abzubauen, ist das Bundesinstitut für Berufsbildung in Berlin einen Schritt vorangegangen, indem es Theoretiker und betriebliche Weiterbildungs-Experten zu einem Werkstattgespräch einlud. Dort demonstrierte u.a. Albert Westerholt von der Firma SEL am Beispiel der Einführung des Farbfernsehens in der Bundesrepublik Deutschland vor 17 Jahren, wie der Fachhandel durch entsprechende Fernlehrgänge qulifiziert wurde.

Eine ganz andere Zielsetzung hat das „99-Tage-Training", das die Firma Reemtsma nach ersten Erfolgen im eigenen Unternehmen inzwischen auch externen Nachfragen anbietet: Hier geht es um eine allgemeine Stabilisierung der Persönlichkeit, eine Förderung von Selbstbewußtsein und Eigeninitiative. Rund 3000 Arbeitnehmer haben diesen Lehrgang inzwischen absolviert, wie Ulrike Koch von Reemtsma berichtete.

Mehr als 25 Prozent der Teilnehmer kommen aus dem Bereich Außendienst, Auslieferung – einem Sektor, in dem es traditionell schwierig ist, eine betriebliche Weiterbildung in Form von Seminaren oder Trainingsprogrammen anzubieten. Die dezentrale Tätigkeit und die Erfordernisse des Marktes wirken hier besonders hinderlich.

Am Anfang des Reemtma-Trainings stand der Grundsatz, daß man Mitarbeiter nicht auch noch mit automatisierten Lernprozessen konfrontieren könne, die ohnehin schon an Arbeitsplätzen mit hochtechnisierter und automatisierter Fertigung beschäftigt sind. Es galt, so Ulrike Koch, „im Sinne der Chancengleichheit Wege zu finden, mit denen alle, die an Weiterbildung interessiert sind, erreicht werden können". Als Ergebnis entstand das 99-Tage-Training, das den Teilnehmern „eigene Fähigkeiten bewußt machen, Eigeninitiative wecken, Wissen und Können fördern, Selbstbewußtsein und Selbstsicherheit entwickeln und unterstützen, zu Engagement, Loyalität und Solidarität ermuntern sowie Kreativität, Teamgeist und Toleranz aktivieren" soll. Das Lernpensum liegt bei täglich 20 Minuten.

Das Programm wird angenommen: Mehr als 90 Prozent der Absolventen senden ihre Aufgaben termingemäß an das Betreuungsinstitut. 40 bis 50 Prozent schließen den Kurs auch tatsächlich ab. 91 Prozent gaben bei einer Befragung an, den Kurs auch Kollegen empfehlen zu wollen.

Die praktischen Erfahrungen bei Reemtsma haben auch andere überzeugt: Ganze Unternehmen haben inzwischen ihre Mitarbeiter zum 99-Tage-Training angemeldet. Zu den Fernlernenden gehören Mitarbeiter von Versicherungs-Gesellschaften und kommunalen Betrieben, von Handelsunternehmen und Behörden, aus dem Konsumgüterbereich aber auch Apotheker, Ärzte und Zahnärzte.

p.p.

Mehr Realitätsbezogenheit tut not

Antisemitische Ausschreitungen, die Schändungen des jüdischen Friedhofs in Freiburg und der Synagoge in Köln lösten vor 25 Jahren einen Denkprozeß unter Pädagogen und Politikern aus, an deren Ende ein neues Schulfach stand: Gemeinschaftskunde, politische Bildung o.ä. heißt es seitdem. Selbst in der Namensgebung demonstriert sich die Kulturhoheit der Länder. Doch das, was die Initiatoren damals mit dieser pädagogischen Geburt erreichen wollten, scheint vielen Kritikern bis heute nicht gelungen zu sein.

Der Deutsche Philologenverband hat jetzt in einer Bilanz der 25 Jahre Politik-Unterricht hervorgehoben, daß die Jugend ohne Frage „kritikfreudiger" geworden sei und sich stärker als früher engagiere, wenn es „um die Verwirklichung von Idealen geht". Aber auf der anderen Seite hätten die Übernahme von oft strittigen wissenschaftlichen Ergebnissen und die Orientierung an „vielfach konstruierten Modellen" in der Lernzielsetzung des Fachs zu einer Theoretisierung geführt, die den Schüler leicht „in eine Scheinwelt" führe und damit eher Orientierungsprobleme als Orientierungshilfe bewirke.

Der Philologenverband fordert deshalb eine Reform des Gemeinschaftskunde- bzw. Politik-Unterrichts in Richtung auf mehr Realitätsbezogenheit. Zur Sicherung der Orientierungsaufgabe, die dieses Fach zu erfüllen habe, müßten „Untersuchungen von Gesellschaft, Gruppen und Individuen vorurteilsfrei und ohne Vorgaben" behandelt werden. Wissenschaftliche Theorien und Modelle seien als Interpretation „gesehener Wirklichkeit" kenntlich zu machen, deren Aussage abhängig ist von der Anzahl und der Auswahl des untersuchten Materials.

Mit diesem Punkt steht auch die zentrale Forderung der Philologen an eine Verbesserung des Unterrichts in engem Zusammenhang: „Die Urteilsbildung in politischen, sozialwissenschaftlichen und ökonomischen Fragen ist für den Schüler nur nachvollziehbar, wenn sie sich stützen kann auf soliden Unterricht in Zeitgeschichte, Erdkunde und Wirtschaftskunde." Nicht zufällig erinnerten die Verbandsvertreter in diesem Zusammenhang an das Problem der Friedenserziehung, für die sich die Länder-Kultusminister trotz monatelangen Ringens nicht auf gemeinsame Richtlinien einigen konnten.

JAMES ROVER

Nach dem Abschluß entfallen Gebühren

L. M. Isny

Der gemeinnützige „Verein der Freunde und Förderer der NTA Prof. Dr. Grübler" vergibt Stipendien für Studenten der Fachhochschule Grübler in Isny: Diejenigen Schüler, die am Berufskolleg der privaten Einrichtung die Ausbildung zum Chemisch-technischen oder Physikalisch-technischen Assistenten mit der Fachhochschulreife erfolgreich abschließen, brauchen für das anschließende achtsemestrige Studium zum Dipl.-Ing. (FH) keine Studiengebühren zu bezahlen. Darüber hinaus werden durch ein verbilligtes Mensa-Essen und preisgünstige Wohnräume die Lebenshaltungskosten niedrig gehalten.

An der Akademie in Isny werden Lehrgangsteilnehmer aus der gesamten Bundesrepublik praxisnah ausgebildet. Nach Beendigung der 12. Klasse des Berufskollegs haben sie nicht nur die Fachhochschulreife, sondern auch einen Beruf. Unter bestimmten Umständen kann die Assistentenausbildung als erstes Praxissemester anerkannt werden.

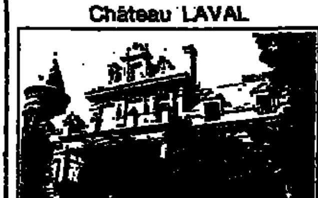
Abschluß für den Textilkaufmann

N. O. Münchberg

Die Entwicklung des Textilmarktes hat inzwischen das Konzept bestätigt, mit dem die Textilfachschule Münchberg ihren zweijährigen Fortbildungskurs für Kaufleute vor einigen Jahren eingerichtet hatte. Nur Kaufleute mit textiltechnischen Fachkenntnissen sind heute in der Lage, ihren Beruf auf Dauer erfolgreich auszuüben. Der zweijährige, jeweils Mitte September in Münchberg beginnende Fortbildungskurs vermittelt die Kenntnisse der textiltechnischen Variablen, die von den Kaufleuten bei der Kosten- und Preiskalkulation erfaßt werden müssen.

Dazu gehört auch eine breite warenkundliche sowie betriebs- und textiltechnische Spezialausbildung. Neuerdings können die Teilnehmer in Münchberg neben ihrem Abschluß als „Staatlich geprüfter Technischer Textilkaufmann" auch die Ausbildereignung mit der entsprechenden IHK-Prüfung ohne zusätzliche Gebühren erwerben. Nähere Auskünfte: Arbeitsämter und die Schule in Münchberg.

INSTITUT Anglo-Suisse LE MANOIR LA NEUVEVILLE
Ein seriöses internationales Töchterinstitut am Bielersee.
Gründliche Ausbildung in Französisch, Englisch und anderen Sprachen (offizielle Abschlußprüfungen). Audiovisuelle Lehrmethode. Sprachlabor. Sekretärinnen-Diplom, Haushaltsfortbildungskurs, Allgemeinbildung.
Diplom der Alliance Française + EDV-Kurs.
Jahreskurs: April und September Intensiv-Sprachkurse (6 Stufen) im Juli + Aug. Sommer- und Winteraufenthalt in Wengen. Schwimmhalle, Sauna, Tennis, Reiten, Windsurfen und Sportplätze.
Direktion: J. Voumard-Rodrigues
16-23, r. de Neuchâtel, 2520 La Neuveville, Tel. 00 41 38 / 51 36 36

Château LAVAL

14, Route de la Badine 06600 Antibes
Lernen Sie Französisch sprechen an der Côte d'Azur
SOMMERFERIENKURSE für Studenten und Erwachsene. 3 Wochen vom 8. 4. bis 13. 10. Unterkunft in einem kleinen Schloß oder Familie. Vollpens. 3 oder 5 Std. Unterricht täglich.
Prospekte und Auskunft: Club Linguistique International Kurbrunnenstraße 26 5100 Aachen - Tel. 02 41/51 15 82

INTERNAT FREDEBURG
Jungen und Mädchen
Haupt- u. Grundschule, Realschule, Gymnasium. Keine Vermittlung durch Agenturen und Beratungsfirmen.
Informationsmaterial bitte direkt anfordern: 5948 Schmallenberg 2, ☎ (0 29 74) 3 48

COLLEGE CHAMPITTET
PULLY (Schweiz)
Internat – Externat
MIXT AB SEPTEMBER 1984
Latine, wissenschaftliche, moderne und soziowirtschaftliche Abschnitte.
Eidgenössische Matura B Aufnahme ab 10 Jahre.
Französisch-Kurse für Ausländer.
Tel. 00 41 – 21 – 28 66 44 oder 28 00 86

Ausbildung zu staatl. geprüften TECHNISCHEN ASSISTENTEN
Chemisch-, pharmazeutisch-, medizinisch- und physikalisch-technische Assistenten
- auf Wunsch mit Fachhochschulreifeausbildung
DIPLOM-INGENIEURE (FH)
Chemie, Lebensmittel-Chemie, Pharmazeutische Chemie, Physik, Physikalische Elektronik
Ausbildungsförd. Stipendien Vorsemester Wohnh./Mensa Prospekt anford.

NATURWISS.-TECHNISCHE AKADEMIE
PROF. DR. GRÜBLER 7972 ISNY ALLGÄU TEL. 0 75 62 24 27

„So lerne ich besser und lieber"
Schülerseminare mit den Themen:
Keine Angst vor Klassenarbeiten
Vokabeln schneller lernen/besser behalten
Durchblick bei Textaufgaben
Das Wesentliche erkennen.
Bitte fordern Sie den ausführlichen Prospekt an (kostenlos und unverbindlich):

Studienhaus St. Blasien
Hans-Thoma-Weg 4 7822 St. Blasien Tel. 0 76 72 / 22 89

Superlearning für Heilpraktikeranwärter
Cassettenprogramm
Ein spielerischer und angenehmer Weg zum Erlernen sämtlicher meldepflichtigen Infektions- und Geschlechtskrankheiten. Wir informieren Sie gerne: Gratis-Info H1 bei:
Gesellschaft für ganzheitliches Lernen Basler Str. 25, 78 Freiburg. Tel. 07 61 - 7 51 07

Berufe in der Werbung: Werbeassistent (in)
nach Mittlerer Reife oder Abitur ohne und mit Berufsvorbildung Tages-Studium 6 Semester
Graphik • Werbung • Marketing
Berufsfachschule BAföG anerkannt Drucksache bitte anfordern!
Priv. Werbefachliches Lehrinstitut Marquardt
D 4600 Dortmund 1
Post-Str. 1 / Tel: 0231 / 14 14 83

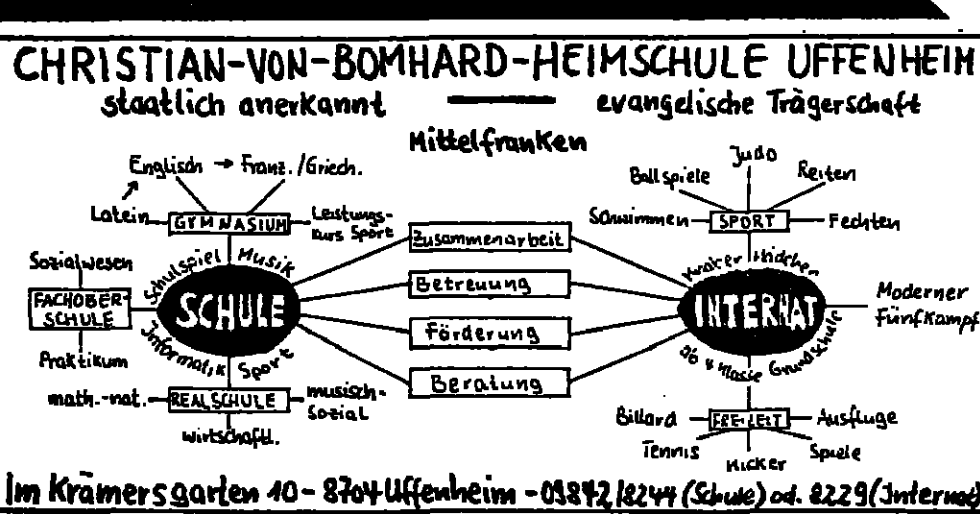
Fröhliche und harmonische Reiterfamilie
nimmt in ihr Landhaus (Löneb. Heide) zu eigenen Kindern einige Schulkinder ganzjährig in den Familienkreis auf. Alle Schulformen. Nachhilfe im Hause möglich, reiterliche Förderung (Halle 20 x 40 m), rundum Staatsforsten. Pferd kann mitgebracht werden.
Tel. 0 58 07 / 482

Mangel an qualifizierten Bilanzbuchhaltern
Sichern Sie sich jetzt Ihren beruflichen Erfolg. Mit unserem Seminar:
● Bilanzbuchhalter (Vollzeit) Beginn: 5. Mai 1984, Dauer: 4½ Monate
Mit überdurchschn. Erfolgsquote bei der IHK-Prüfung! Förderung nach den AFG durch das Arbeitsamt.
Verlangen Sie unser ausführliches Programm!
Taylorix-Institut für berufliche Bildung e.V.
7000 Stuttgart 1 · Mönchstraße 29
Telefon 0711/25 03-2 21


FRANZÖSISCH AN DER CÔTE D'AZUR
Verbinden Sie praktische Sprachstudien im INSTITUT FRANCO-EUROPÉEN mit Erholung im Badeort Antibes/Juan-les-Pins.
4 Std. Unterricht tägl. Vollpens. alles inkl.
2-Wo.-Kurse DM 815,–, v. 15. 4.–27. 4./28. 4.–11. 5./13. 5.–25. 5. / 27. 5.–8. 6. usw.
3-Wo.-Kurse DM 1285,–, vom 24. 6.–13. 7./15. 7.–3. 8./5. 8.–24. 8./26. 8.–14. 9./16. 9.–5. 10.
Prospekte und Auskunft: DR. EISENRITH TOURS, Abt. WL 6 Amalienburgstr. 19, 8000 München 60, Tel. (0 89) 8 11 37 73

FORTBILDUNG LOHNT SICH!
Fachschule für Betriebswirtschaft
Abschluß: „Staatlich geprüfter Betriebswirt" Erwerb der Fachhochschulreife möglich.
Fachschule für Textverarbeitung
Abschluß: „Geprüfte Sekretärin" und „Staatlich geprüfter Assistent für Textverarbeitung" (Zugleich 1. Ausbildungsabschnitt für Lehrer/innen für Kurzschrift und Maschinenschreiben.)
Fordern Sie Unterlagen an bei den
Kaufm. Schulen, Keplerstraße 2, 7990 Friedrichshafen Telefon (0 75 41) 2 50 08





eurovac
Feriensprachkurse für Schüler
England · Frankreich
Malta · Irland · Spanien · USA
Spezialkurse für Erwachsene
Katalog unverb. anfordern
Eurovac Stuttgart Neckarstr. 226
Beratung 07 11 28 20 53


SCHULMÜDE
ABER NOCH OHNE ZIEL UND BERUF?
... dann vertrauen Sie unserer langjährigen Erfahrung und nutzen Sie die Chance, mit jungen Menschen im Alter von 15–22 in anregender internationaler Gemeinschaft bei einem BERUFSVORBEREITENDEN STUDIEN-ÜBERGANGSJAHR neue Ziele zu setzen. Unsere Anliegen sind Interessenerweiterung und Förderung des Selbstvertrauens; sie bringen neue Lebensimpulse und Studienfreude. Unsere Schüler praktizieren Englisch, Französisch und Deutsch im Internat. Sie erlangen grösstenteils die staatl. Diplome (Englisch: «Cambridge»; Französisch: «Alliance Française»; Deutsch: «Goethe-Institut»). Ein vielseitiges allgemeinbildendes Programm (Handel, Kunsthandwerk, Kochen, «Savoir-Vivre», Berufsberatung) und viel Sport in bestem Klima machen den Aufenthalt erfreulich und wegweisend. Verlangen Sie unsere Referenzen – besuchen Sie uns
SOMMERFERIEN-SPRACHKURSE IM JULI (Knaben und Mädchen)
Sunny Dale, Internationales SprachenInternat, Irene Gaugler (Inh./Leit.).
Tel. 0 36 22 17 18
3812 Interlaken-Wilderswil, Berner Oberland (Schweiz), Tel. 00 41 / 36 22 17 18

Ausbildung zum/zur: Staatl. geprüft. Altenpfleger/in
Nächster Kurs: April 1984
TEWIFA-Lehranstalt • Obere Walke
7768 Stockach • Tel.: 0 77 71/2572

Fortbildg. in Tages- u. Abendkursen ● Beihilfen ● Beginn: Apr./Okt. ● Tel. 0231/528375
▶ Staatl. gepr. Techniker - Masch/Kfz/Elektr/Bau - FOS-Reife Ausbildereign.
▶ Staatl. gepr. Betriebswirt ▶ Techn. Betriebswirt (WA)
▶ Bilanzbuchhalter (IHK) ▶ Betriebsw. Seminar-Grlg Unternehmenst.
● Sekretärin nach Rechtsverordg ● BASIC-Programmier- u. Praxiskurse. eig Computer
WESTFALEN-AKADEMIE · Körnebachstr. 52 · 46 Dortmund

Fahrer von Deutrans vor Gericht

WERNER KAHL, Celle

Sie haben den Ruf der PS-stärksten Spione auf Europas Landstraßen. Am Lenkrad staatseigener „Deutrans"-Speditionslastzüge erfüllen sie laut Spionageabwehr eine doppelte Aufgabe: mit Dumping-Preisen Devisen für die Ostberliner Staatskasse einfahren und zugleich für den Militärischen Geheimdienst spionieren. Verdächtige „DDR"-Fahrer konnten jedoch immer wieder entwischen. Seit gestern verhandelt nun der Staatsschutzsenat des Celler Oberlandesgerichtes gegen zwei „Deutrans"-Fahrer, die ihre Unschuld beteuern.

Die Staatsanwaltschaft wirft den aus Thüringen stammenden Angeklagten Spionage beim größten Panzer-Herbstmanöver der Bundeswehr im vergangenen Jahr vor. Bei den Übungen der Streitkräfte waren die Transportfahrer aus der „DDR" plötzlich mittendrin: zwischen Panzerrudeln, die mit modernsten elektronischen Ausrüstungen bestückt waren. Wie kamen sie überhaupt in das Manövergebiet im Raum Göttingen–Hameln? Beifahrer Klaus Heinemann: „Wir hätten in Hameln eigentlich links rum gemußt und sind rechts rum gefahren." Nach Angaben eines Bundeswehrangehörigen, der mit einem Kübelwagen am 6. September 1983 den „DDR"-Lastzug mit einer Möbelladung passiert hatte, fotografierte Heinemann in diesem Moment mit einem Teleobjektiv die durch die Gegend fahrenden Panzer. Der 44jährige Angeklagte versicherte dagegen: „Ich habe in meinen 26 Jahren als Kraftfahrer niemals eine Kamera in der Hand gehabt."

Die Anklageerhebung hat nach Mitteilung der Staatsanwaltschaft inzwischen zu mehreren Demarchen seitens der Bonner Ständigen „DDR"-Vertretung im Bundeskanzleramt geführt. Die Ostberliner Vertretung in der Bundeshauptstadt wurde vor wenigen Tagen erneut vorstellig und entsandte ihren Ersten Sekretär als Prozeßbobachter zum Celler Oberlandesgericht.

Das Staatsunternehmen „Deutrans" ist die international operierende Spedition der „DDR". In den vergangenen Jahren stellten sowohl amerikanische wie deutsche Abwehrbeamte fest: Ob NATO-Manöver oder andere Truppenbewegungen – „Deutrans"-Lastwagen waren immer dabei.

Schmidt unterstützt Kissingers Vorschläge

Teilabzug der USA „nicht notwendigerweise ein Unglück"

rtr/DW. Hamburg

Ein Teilabzug amerikanischer Truppen aus Europa wäre nach Ansicht des früheren Bundeskanzlers Helmut Schmidt „nicht notwendigerweise ein Unglück". Allerdings würde vorher im Rahmen einer neuformulierten Gesamtstrategie des Nordatlantischen Bündnisses, wie sie der frühere amerikanische Außenminister Henry Kissinger vorgeschlagen habe, auch eine Reform der Militärstrategie notwendig, schrieb Schmidt in der Wochenzeitung „Die Zeit".

Eine solche Reform könne nicht den Verzicht auf nukleare Waffen, müsse aber ein besseres konventionelles Gleichgewicht zum Ziel haben. An „qualitativ und quantitativ verbesserten Bedingungen" nannte Schmidt eine bessere militärische Ausstattung britischer Personalreserven. Dabei kritisierte er den Verzicht der Briten auf die allgemeine Wehrpflicht als „kaum zu ertragen". Außerdem brauche das Bündnis eine Stärkung der konventionell einzusetzenden deutschen Luftwaffe und mehr konventionelle Munition für das deutsche Heer.

Die von der Bundesregierung kritisierten Vorschläge Kissingers zu einer Reform und Neustrukturierung des Bündnisses mit einer eigenständigen Rolle Europas unterstützte Schmidt ausdrücklich. Die europäischen Regierungen sollten Kissingers Anstöße aufgreifen, „nicht aber Gesundbeterei betreiben und in Amerika um besseres Wetter betteln". Die Allianz brauche eine neue Gesamtstrategie.

Die weitere politische Entfaltung Europas hängt nach Schmidts Worten in erster Linie vom Vertrauen und der Zusammenarbeit zwischen Franzosen und Deutschen ab. Ohne eine höhere politische und militärische Qualität dieser Zusammenarbeit sei eine eigenständige „europäische Säule" des Bündnisses nicht vorstellbar. Als Kanzler habe er gemeinsam mit dem damaligen französischen Präsidenten Giscard d'Estaing erwogen, Nuklear-Macht und konventionelle Armee Frankreichs mit den konventionellen deutschen Streitkräften und der deutschen Wirtschaftskraft enger zu verbinden. Dieses Prinzip liege jetzt als Aufgabe vor Präsident Mitterrand und Bundeskanzler Kohl.

Genscher sagt Ankara Hilfe zu

Konflikt um Auslegung der Freizügigkeit für türkische Arbeitnehmer entschärft

BERNT CONRAD, Ankara

Außenminister Hans-Dietrich Genscher hat in Ankara zugesagt, daß Bonn sich auch künftig für die Interessen der Türkei in der Europäischen Gemeinschaft einsetzen und gleichzeitig bilateral zur wirtschaftlichen Stabilität des südöstlichen NATO-Partners beitragen wolle. Im Gegenzug erklärte sich die türkische Regierung bereit, die im Assoziierungsvertrag mit der EG zugesagte Freizügigkeit von 1986 an für türkische Arbeitnehmer innerhalb Westeuropas so zu handhaben, daß nicht die Tore für einen ungezügelten Zustrom in die Bundesrepublik Deutschland geöffnet werden.

Mit diesem Ergebnis konnte ein Konfliktstoff, der das traditionell freundschaftliche deutsch-türkische Verhältnis zu belasten drohte, noch vor Beginn wichtiger Verhandlungen zwischen Ankara und der EG-Kommission entschärft werden. Genscher, der sich auch nachdrücklich für eine konsequente Fortsetzung des Demokratisierungsprozesses in der Türkei einsetzte, zeigte sich gestern vor seinem Rückflug nach Bonn befriedigt darüber, daß die wesentlichen Ziele seines 24stündigen Besuches erreicht worden seien.

Die Aussichten für einen Erfolg schienen zunächst nicht sehr günstig. Denn die neue türkische Zivilregierung hatte zu erkennen gegeben, daß sie nicht daran denke, auf die mit Wirkung von 1986 an im EG-Assoziierungsvertrag zugesagte Freizügigkeit zu verzichten. Dabei spielten auch Prestige-Erwägungen eine Rolle: Der gewählte Ministerpräsident Turgut Özal wollte nicht „nachgiebiger" erscheinen als die von ihm abgelöste Militärregierung.

Genscher, der mit Außenminister Vahit Halefoglu sowie später mit Ministerpräsident Özal und Staatspräsident Kenan Evren konferierte, konnte seinen Gesprächspartnern jedoch verdeutlichen, daß es Bonn keineswegs darum gehe, den Assoziierungsvertrag mit der Türkei zu ändern. Es stehe nur die mit der EG zu vereinbarende Handhabung der Freizügigkeit zur Diskussion. Hier müsse es im beiderseitigen Interesse liegen, einen ungehemmten Zustrom weiterer türkischer Arbeitnehmer in die Bundesrepublik zu verhindern. Nicht zuletzt aufgrund der von Bonn erwarteten weiteren Unterstützung zeigte Özal, der sich die Entscheidung dieses Themas selbst vorbehalten hatte, Verständnis für Genschers Argumentation.

Am Ende bekräftigten beide Partner eine am 20. November 1982 zwischen dem Bundesaußenminister und der damaligen Militärregierung vereinbarte Erklärung, in der es hieß: „Es wurde Einigkeit darüber erzielt, daß in der Anwendung der Bestimmungen über Freizügigkeit diese den wirtschaftlichen Bedingungen angepaßt werden muß. Die türkische Seite hat dies mit Verständnis zur Kenntnis genommen. Beide Seiten teilten die Auffassung, daß bei der Anwendung des Assoziierungsabkommens und der Zusatzprotokolle hinsichtlich der Freizügigkeit abträgliche Auswirkungen zu vermeiden sind."

Mit der Bekräftigung dieser Grundsätze durch die türkische Zivilregierung glaubt Genscher, die Weichen für die bevorstehenden EG-Verhandlungen mit Ankara in einem für die Bundesrepublik günstigen Sinne gestellt zu haben. Allerdings rechnet Ankara offensichtlich mit deutschen Gegenleistungen, beispielsweise im wirtschaftlichen Bereich und beim Nachzugsalter für Kinder von in Deutschland lebenden Türken.

Tschernenko rückt Partei in den Vordergrund

● Fortsetzung von Seite 1

aber auch „rechtzeitig und feinfühlig" erkennen müßten, was in Wirtschaft und Kultur vor sich gehe. Auf diese Tendenzen sollten sie mit „gut durchdachten Vorschlägen und Empfehlungen" an die Partei reagieren.

Tschernenko, der sich auf der ZK-Veranstaltung von den jüngeren Führungsmitgliedern Gorbatschow und Romanow sowie vom Leiter der Parteikontrolle, Solomenzew, begleiten ließ, sparte ein besonders heikles Problem nicht aus: Stets müßten die Funktionäre davon ausgehen, daß sie politische Organe zu vertreten und folglich auch politische Mittel anzuwenden hätten. Der Generalsekretär warnte also davor, sich allein auf die Macht zu verlassen. Auch im Verhältnis zu den Staats- und Wirtschaftsorganen, so Tschernenko mahnend, dürfe die Partei nicht aus einer Position der Stärke operieren: „Die Parteikomitees organisieren ihre Aufgaben mit Hilfe dieser Organe, nicht ohne sie."

Im übrigen wiederholte der Parteichef die Schwerpunkte seiner früheren Äußerungen: Jeder Funktionär habe die Klagen und Wünsche der Werktätigen „in bester Leninscher Tradition" äußerst aufmerksam zu beachten; ihre Briefe seien eine wichtige Quelle der „gesellschaftlichen Information". Tschernenko verlangte, daß die Ausführung von Parteibeschlüssen bis ins letzte zu überprüfen sei und wandte sich gegen Aktenfleiß und Sitzungsinflation. Die richtige Auswahl der Kader und deren Erziehung bezeichnete er als „Schlüsselaufgaben" der Partei. Die Anforderungen an das Parteipersonal erhöhten sich ständig.

rtr, Moskau

Der stellvertretende sowjetische Minister für Traktor- und Landmaschinenbau, Viktor Wischnjakow, ist entlassen und aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen worden. Die amtliche Nachrichtenagentur Tass meldete gestern Wischnjakow werde sich wegen Korruption vor Gericht verantworten müssen. Er habe sein Amt für eigennützige Zwecke mißbraucht. Wie die Agentur weiter berichtete, ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen Wischnjakow und eine Reihe von Komplizen. Weitere Einzelheiten wurden nicht genannt.

„Keine Einbahnstraße"

■ Fortsetzung von Seite 1

nen Pkw ab. Den Luxusstempel, gemessen am Preis, trugen 860 000 Wagen. Der begrenzten Abschreibung unterliegen würden Buick Electra und Riviera, Cadillac ohne Cimarron, Corvette, Chrysler LeBaron, New Yorker 5th Ave., Lincoln sowie Oldsmobile 98 und Toronado.

Auch wenn sich die Liste bei Anhebung des Abschreibungslimits verkürzt, ist die Zahl der betroffenen amerikanischen Pkw groß genug, um die Konformität mit dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (Gatt) sicherzustellen. Die Senatoren und Abgeordneten sind von ihren Stäben denn auch schon unterrichtet worden, daß Diskriminierungsverfahren der Europäer und Japaner nach Gatt-Artikel 19 nicht zu befürchten seien, die Ampel also auf grün steht.

Um Schlimmes zu verhüten, haben die ausländischen Autokonzerne zusammen mit den Importeuren eine Kampagne gestartet. Als Ausweg propagieren sie strengere Mißbrauchsklauseln im US-Steuerrecht. Die Treasury soll bereits positiv reagiert haben, das Wort hat jedoch der Kongreß. Verfängt diese Strategie nicht, ist die Schlacht verloren. In dieser kritischen Situation muß Kohl seinen Einfluß auch von Bonn aus geltend machen.

Wenn Gatt keine Rettung durch Retorsionsmaßstäbe bietet, zahlen die deutschen Unternehmer unter den Exporteuren den größten Teil der Zeche. Am Potomac wird die Lage als ähnlich brisant beschrieben wie nach dem 15. August 1971, als Präsident Nixon einen zehnprozentigen Importsteuerzuschlag verfügte. Es sei im wesentlichen dieser Sonderzoll gewesen, der die Talfahrt der Volkswagen AG auf dem US-Markt eingeleitet habe, betonen Autofachleute.

Hussein geht auf Distanz zu den USA

Für Nahost-Konferenz unter Teilnahme Moskaus / Radikale Forderungen der PLO

RS./AFP, Bonn/Amman

Das Unvermögen Washingtons, die Sicherheit der Regierung Gemayel zu garantieren und die sich daraus ergebende Annullierung des israelisch-libanesischen Truppenabzugsabkommens durch Beirut hat zu einer deutlichen Distanzierung Jordaniens gegenüber den Vereinigten Staaten geführt. Politische Beobachter befürchten, daß auf diese Weise der sowjetische Einfluß im Nahen Osten erheblich zunehmen wird. Die PLO versucht, die gemäßigten arabischen Staaten auf einen radikalen antiisraelischen Kurs zu bringen.

König Hussein von Jordanien soll nach Informationen aus Amman nunmehr eine internationale Nahost-Konferenz mit sowjetischer Teilnahme befürworten. Der Monarch ziehe damit die Konsequenz aus den Rückschlägen der amerikanischen Nahost-Politik, heißt es dazu aus diplomatischen Kreisen in der jordanischen Hauptstadt. In den kommenden Monaten wollen Jordanien und die PLO in mehreren Ländern, darunter in der Sowjetunion, für eine internationale „Nahost-Friedenskonferenz" werben, hieß es in Amman.

Damit verringern sich die Aussichten für eine von den Vereinigten Staaten ins Auge gefaßte Friedenslösung unter Beteiligung Ägyptens und Jordaniens, wie sie Präsident Reagan beispielsweise bei seinem Treffen mit König Hussein von Jordanien und Ägyptens Präsident Mubarak Mitte Februar in Washington angeregt hatte. Jordanien, das gemeinsam mit PLO-Chef Arafat in Abstimmung mit Ägypten eine Initiative zur Rückgewinnung der von Israel besetzten Gebiete gestartet hatte, sieht sich offenbar gezwungen, der wieder radikalisierten PLO entgegenzukommen.

So forderte der Sicherheitschef der PLO und Stellvertreter von Yassir Arafat, Abu Iyad gestern Ägypten auf, dem Beispiel Beiruts zu folgen und seinen Friedensvertrag mit Israel zu kündigen. In einem Zeitungs-Interview sagte Abu Iyad, die Kündigung des libanesisch-israelischen Abkommens sei „eine Antwort auf alle amerikanischen Machenschaften und ein Anreiz für die ägyptischen Massen, sich von den Folgen von Camp David freizumachen".

Diese Politik der PLO und die Zunahme von Terroranschlägen in Israel zwingen Jerusalem zu erhöhter politischer und militärischer Wachsamkeit. Weitere Kompromisse in Sicherheitsfragen könne der jüdische Staat aus diesen Gründen nicht mehr eingehen, sagte der israelische Minister Meridor der WELT. Diese Haltung Israels sei auch den Vereinigten Staaten bekannt, meinte Meridor.

Tief bewegt geben wir davon Kenntnis, daß unser ehemaliger Werksleiter unseres Werkes Berlin, Herr

Theodor Lemm

am 3. März 1984 verstorben ist.

Herr Lemm gehörte unserem Unternehmen über 30 Jahre an. In dieser Zeit hat er in Kleve, Delmenhorst und Berlin in unterschiedlichen und bedeutsamen Positionen am Erfolg des Unternehmens maßgebend mitgewirkt.

Die Ausstrahlung seiner Persönlichkeit und seine Fähigkeit, Mitarbeiter zu führen und zu begeistern, haben in seinem persönlichen Arbeitsbereich ganz besondere Wirkung gehabt. Voll Trauer nehmen wir Abschied von einem Mann, dessen Persönlichkeit uns immer unvergessen bleibt.

Hamburg, 7. März 1984

Union
Deutsche Lebensmittelwerke GmbH
Hamburg
Geschäftsleitung

Die Trauerfeier hat im engsten Familienkreis in Kleve stattgefunden.

Mit tiefem Bedauern geben wir bekannt, daß Herr

Dipl.-Kfm. Dr. rer. pol.

Bence v. Farkas

Generalbevollmächtigter Direktor der Siemens Aktiengesellschaft
Kaufmännischer Leiter des Unternehmensbereichs Datentechnik

am 6. März 1984 nach schwerer Krankheit im 55. Lebensjahr verstorben ist.

Herr Dr. v. Farkas hat unserem Hause 29 Jahre angehört.

Wir verlieren in Herrn Dr. v. Farkas einen hervorragenden Fachmann, der durch sein Können und seinen vorbildlichen Einsatz bedeutende berufliche Erfolge erreicht hat. In seiner ausgeglichenen Persönlichkeit waren Zielstrebigkeit, Verantwortungsbewußtsein und ein aufrechter Charakter in hohem Maße vereinigt. Sein Andenken werden wir in Ehren halten.

Berlin/München, den 8. März 1984

SIEMENS AKTIENGESELLSCHAFT
Kaske Kessler

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden

Telefon:
Hamburg
(0 40) 3 47-43 80,
-39 42 oder -42 30

Berlin
(0 30) 25 91-29 31

Kettwig
(0 20 54) 1 01-5 18
und 5 24

Telex:
Hamburg
2 17 001 777 as d

Berlin 1 84 611

Kettwig 8 579 104

Sie wohnen in
SPANIEN
und wollen in der WELT inserieren?

Dann wenden Sie sich bitte an folgende Anschrift:

Juan A. González
c/Antonio Casero, 30-1°
Madrid–30
Tel.: 274 36 67

DIE ● WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

W 1856

Diese Formel brachte die Menschheit hinter den Mond.

$$G_{\mu\nu} = \frac{8\pi G}{c^4} T_{\mu\nu}$$

Sie ist die von Albert Einstein*) entwickelte Gravitationsgleichung, seine Allgemeine Relativitätstheorie von 1915. Die Gleichung besagt, wie Materie und Energie Schwerkraft erzeugen. Mit Einsteins Theorie bekam die klassische Physik eine neue Dimension. Sie bereitete den Aufbruch des Menschen in das Weltraum-Zeitalter vor, mit seinen Mondraketen, seinen Raumfähren, nicht zuletzt: den Fernmelde- und Wettersatelliten. Sie machen das Telefonieren über Kontinente zum Kinderspiel.

Als Gemeinschaftsaktion der deutschen Wirtschaft für die Wissenschaft fördert der Stifterverband Wissenschaft und Forschung in unserem Land. Da Spitzenleistungen in der Forschung eine konsequente und wirksame Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses voraussetzen, kümmern wir uns darum ganz besonders. Nicht ohne Erfolg.

So erweist sich der von uns jährlich veranstaltete bundesweite Schülerwettbewerb Mathematik als ein Musterbeispiel gelungener Hochbegabtenförderung: von 31 Bundessiegern dieses Wettbewerbs haben inzwischen 29 ihr Studium mit den Examensnoten „sehr gut" oder „mit Auszeichnung" abgeschlossen.

Der Stifterverband arbeitet unabhängig vom Staat. Wir halten auch in der Forschung viel vom Mut zum Risiko. Und auch davon, daß sich Wissenschaft möglichst frei von administrativen Zwängen entfalten kann.

Alles, war wir tun, dient einem Ziel: mit dazu beizutragen, daß unser Land auch in Zukunft zu den führenden Wissenschaftsnationen zählt. Deshalb gehören die internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit, die medizinische Forschung, die Förderung der Natur- und Geisteswissenschaften ebenso zu unserem Programm wie die Förderung des Dialogs zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit.

Schreiben Sie uns, wenn Sie gemeinsam mit uns etwas für die geistige Zukunft unseres Landes tun wollen. Wir informieren Sie gern über alle Möglichkeiten, sich an einer der wichtigsten Gemeinschaftsaktionen unserer Zeit zu beteiligen. Damit wissenschaftlicher Fortschritt unsere Wettbewerbschancen auf den Märkten von morgen sichert.

*) * 14. 3. 1879, Ulm; † 18. 4. 1955, Princeton/USA.

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V.
Die Gemeinschaftsaktion der Wirtschaft
Brucker Holt 56–60 · 4300 Essen 1 · Telefon 0201/71 10 51

Trauerspiel oder Posse?

dos – Das Trauerspiel um die Hannoversche Hanomag ist in den letzten Tagen um einige Varianten bereichert worden, die – wären nicht Menschenschicksale damit verbunden – einige Heiterkeit auslösen. Da werden Mitarbeiter entlassen und wenig später wieder eingestellt, weil ohne sie die Fertigung nicht aufrechterhalten werden kann. Lohnkürzungen werden zurückgenommen, nachdem die Restbelegschaft mit Arbeitsniederlegung reagierte.

Daß es nicht einfach sein würde, eine Alternative zum endgültigen Aus bei Hanomag zu entwickeln, lag auf der Hand, trotz der markigen Worte des Konkursverwalters und des von ihm berufenen Managements. Nunmehr scheinen Skeptiker recht zu behalten, die meinen, daß ein mit allen Vollmachten ausgestatteter Konkursverwalter noch längst nicht ein erfolgreicher Unternehmer sein muß. Konnten für die fehlgeschlagenen Übernahmeverhandlungen Schuldzuweisungen nicht konkretisiert werden, so werden jetzt Fehler sichtbar, die in den Verantwortungsbereich des Konkursverwalters fallen.

Unmöglich scheint derzeit bei Hanomag kaum etwas zu sein, wie die zwischenzeitliche Nicht-Anwesenheit des Konkursverwalters zeigt. Der nämlich verabschiedete sich kurzerhand in den Urlaub und überläßt es seinem „Schoßhund" (so der Betriebsratsvorsitzende Kassubowski), die Fehlentscheidungen zu korrigieren. Zusätzlicher Schaden allerdings dürfte dadurch der Hanomag kaum noch zugefügt werden.

Leeres Stroh

Ha (Brüssel) – Überschüsse gibt es in der EG nicht nur bei Butter. Auch die Beseitigung leeren Strohs scheint zu einem immer größeren Problem zu werden. Gleich zwei Anfragen mußte die EG-Kommission kürzlich beantworten. So sorgte sich der konservative Europa-Abgeordnete Robert Jackson mit der britischen Öffentlichkeit über die „Auswirkungen des Abbrennens von Stroh und Stoppelfeldern nach der Ernte". Es muß am knappen Personalbestand der Behörde liegen, daß ihr bisher keine Informationen über die dafür bestehenden nationalen Regelungen zugegangen sind. Immerhin konnte sie dem Parlamentarier einige nützliche Hinweise geben: Danach wird Stroh am häufigsten „als Streu für Stallvieh verwendet, je nach Qualität kann es auch mitverfüttert werden". Bekannt ist den Technokraten auch, daß Stroh „unter anderem in den Boden eingearbeitet, einer chemischen Behandlung zur besseren Verwendung als Tierfutter unterzogen und schließlich einigen industriellen Verwendungszwecken zugeführt wird". Da sage noch einer, in Brüssel werde nur leeres Stroh gedroschen.

WIRTSCHAFTSLAGE / Bruttosozialprodukt erhöhte sich 1983 um 1,3 Prozent

Aufträge aus dem In- und Ausland sind um zwei Prozent gestiegen

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Der Aufschwung in der Bundesrepublik verstärkt sich. Die Nachfrage bei der Industrie hat zum Jahresbeginn weiter zugenommen. Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden hat seine Sozialproduktsberechnungen vom Januar nachträglich nach oben korrigiert. Danach stieg das deutsche Sozialprodukt 1983 im Jahresdurchschnitt bereits um 1,3 Prozent. Das Hamburger Institut für Wirtschaftsforschung HWWA sagt für dieses Jahr einen kräftigen Anstieg der realen Ausrüstungsinvestitionen voraus.

Von Dezember 1983 auf Januar 1984 registrierte das verarbeitende Gewerbe preis- und saisonbereinigt nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums einen Anstieg der Bestellungen um zwei Prozent. Dabei erhöhten sich sowohl die Inlands- als auch die Auslandsaufträge.

Ein ähnliches Bild zeigt der Zwei-Monats-Vergleich (Dezember/Januar gegenüber Oktober/November), der die konjunkturelle Grundtendenz im allgemeinen besser widerspiegelt. Danach stieg die Nachfrage beim verarbeitenden Gewerbe um 2,5 Prozent. Von inländischen Auftraggebern kamen dabei drei Prozent mehr Aufträge herein. Die Auslandsnachfrage zog um 1,5 Prozent an.

Die kräftigste Steigerung der Ordertätigkeit verzeichnete das Verbrauchsgütergewerbe mit plus vier Prozent. Die Nachfrage bei den Herstellern von Investitionsgütern nahm um zwei Prozent zu. Das Bundeswirtschaftsministerium geht dabei davon aus, daß hier auch größere Aufträge eine Rolle gespielt haben. Das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe meldet eine Steigerung des Auftragseingangs um ein Prozent.

Den entsprechenden Vorjahreszeitraum übertrafen die Auftragseingänge dem Volumen nach um zwei Prozent. Diesen relativ geringen Zuwachs erklärt das Bundeswirtschaftsministerium ausschließlich mit Sondereinflüssen im vergangenen Jahr: Wegen des Endtermins der Bestellfrist zur Erlangung der Investitionszulage war das Orderniveau an der Jahreswende 1982/83 kurzfristig stark nach oben geschnellt. Dieser Basiseffekt macht sich nunmehr bei den Inlandsbestellungen bemerkbar. Die Aufträge an das Investitionsgütergewerbe sanken im Januar unter das Vorjahresniveau. Bereits im Februar dürfte sich dieser Effekt nicht mehr bemerkbar machen.

Im Dezember/Januar wurden aus dem Inland dem Volumen nach 3,5 Prozent weniger Aufträge verbucht als ein Jahr zuvor. Dagegen kamen aus dem Ausland 14,5 Prozent mehr Order herein. Beim Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe wurde ein Plus von 16 und bei den Herstellern von Verbrauchsgütern von sieben Prozent registriert. Der Rückgang beim Investitionsgütergewerbe wird mit fünf Prozent angegeben.

Nachdem das Bruttosozialprodukt 1981 und 1982 um 0,3 und um 1,1 Prozent gesunken war, errechnet das Statistische Bundesamt für 1983 wieder einen Anstieg um 1,3 Prozent. Im Januar hatten die Statistiker die Wachstumsrate noch mit 1,2 Prozent angegeben. Im Aufschwungjahr 1976 war das Sozialprodukt noch um 5,6 Prozent gestiegen, nachdem es im Jahr zuvor um 1,6 Prozent gesunken war. Die gesamtwirtschaftliche Produktivität nahm um rund 2,5 Prozent zu.

Die verbesserte wirtschaftliche Lage wurde 1983 ausschließlich von der Inlandsnachfrage getragen, während die Exporte real um 0,9 Prozent sanken. Der private Verbrauch stieg um ein Prozent, nachdem sich die Haushalte in den beiden Vorjahren um 1,2 und 2,2 Prozent eingeschränkt hatten. Die Ausrüstungsinvestitionen nahmen preisbereinigt um 5,7 und die Bauinvestitionen um 0,9 Prozent zu.

Nach Angaben des Bundesamtes hat sich die wirtschaftliche Entwicklung vor allem im vierten Quartal beschleunigt. Dieses wird vor allem auf die stark gestiegenen Ausrüstungsinvestitionen zurückgeführt, die in den letzten drei Monaten real um 10,2 Prozent gestiegen waren. Für dieses Jahr sagt das Hamburger Institut für Wirtschaftsforschung HWWA einen weiteren Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen von fünf bis sechs Prozent voraus.

TRANSPORT UND VERKEHR

Deutliche Belebung wird sich 1984 durchsetzen

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Auf den Transportmärkten wird sich in diesem Jahr eine deutliche Belebung durchsetzen. Im Güterverkehr wird die Eisenbahn gegenüber dem Lkw weiter an Bedeutung verlieren. Im Personenverkehr wird vor allem mehr mit dem privaten Wagen gefahren werden. Zu diesem Ergebnis kommt das Münchner Ifo-Institut in einer Prognose für das Bundesverkehrsministerium.

Erstmals seit 1980 schrumpfte bereits 1983 das Transportaufkommen des gewerblichen Güterverkehrs nicht mehr. Mit 889,3 Millionen Tonnen lag es geringfügig über dem Vorjahresniveau. Allerdings mußten in der Seeschiffahrt mit minus 7,2 Prozent nochmals starke Transporteinbußen hingenommen werden. Der Straßengüternahverkehr, der einen Anteil von rund zwei Drittel am gesamten Transportvolumen aufweist, wuchs um 0,4 Prozent. Im Straßengüterfernverkehr (plus 4,8 Prozent) wurden 1983 erstmals mehr Güter als im Schienenverkehr befördert.

Nach dieser Prognose wird das Transportvolumen des gewerblichen Güterverkehrs in diesem Jahr um 2,5 Prozent steigen. Dabei dürfte vor allem der Straßengüterverkehr Transportgewinne verzeichnen, während die Eisenbahnen nur mit einem unterproportionalen Zuwachs rechnen können. Für die Eisenbahnen rechnet Ifo mit einem Plus von 1,6 Prozent, da sie bei Getreide und Futtermitteln sowie bei Mineralölerzeugnissen auch 1984 noch mit Verlusten rechnen müssen. Der Binnenverkehr bleibt im Wachstum etwas zurück.

Die Binnenschiffahrt profitiert 1984 weniger von der sich belebenden Bautätigkeit als von der sich abzeichnenden Besserung in der Stahlindustrie, von der gut laufenden Konjunktur in der chemischen Industrie und von der Entwicklung bei den Mineralölerzeugnissen. Für die Binnenschiffstransporte prognostiziert Ifo einen Zuwachs von 2,7 Prozent.

Überdurchschnittlich dürfte der Straßengüterfernverkehr mit einem Wachstum von 3,8 Prozent abschneiden. Dabei wird für den grenzüberschreitenden Verkehr ein Zuwachs von 5,4 Prozent vorausgesagt. Dabei dürfte der Werksverkehr von der in der Frühphase der konjunkturellen Erholung an den Tag gelegten Dynamik etwas einbüßen. Der Anteil des Werksverkehrs ist seit 1981 immerhin von 41,9 auf 43,1 Prozent gestiegen. Der Güternahverkehr dürfte um 2,8 Prozent zulegen.

Der Luftfrachtverkehr bleibt ebenfalls im Aufwind (plus 3,9 Prozent). Dagegen wird der Seeverkehr allenfalls stagnieren. Im Personenverkehr wird noch eine leichte Steigerung erwartet, allerdings nur, weil mehr mit dem Pkw gefahren wird. Der öffentliche Personenverkehr dürfte weiter sinken. Im Schienenverkehr wird das Beförderungsaufkommen um 2,2 Prozent abnehmen. Dabei könnte es der Bundesbahn gelingen, im Fernverkehr wieder leicht zuzulegen.

Der Dollar wankt

Von CLAUS DERTINGER

Der Gleitflug des Dollar, der in den letzten acht Wochen von fast 2,85 D-Mark, dem höchsten Stand seit zehn Jahren, um rund acht Prozent unter die Marke von 2,54 D-Mark sank, signalisiert eine deutliche Veränderung in der seit mehr als zwei Jahren an den internationalen Devisenmärkten herrschenden Einschätzung der amerikanischen Währung.

Zwar waren während der vierjährigen Hausse-Periode, in welcher der Anfang 1980 auf nur noch 1,70 D-Mark verfallene Dollarkurs gegenüber der D-Mark gut 67 Prozent zurückgewann, besonders im letzten Jahr in Expertenkreisen zunehmende Irritationen wegen des mit den Lehrbuchregeln nicht mehr im Einklang stehenden, immer rasanteren Dollar-Höhenflugs entstanden. Doch man hatte sich schließlich damit abgefunden, daß nicht fundamentale Daten wie die Entwicklung der Leistungsbilanzen und Inflationsraten die Wechselkurstendenz der wichtigsten Währungen, nämlich des Dollar und der D-Mark, bestimmen, sondern vor allem die von Zinsdifferenzen diktierten internationalen Kapitalströme.

Der Zinsvorteil, den Dollaranlagen gegenüber Anlagen in anderen Währungen bieten – gegenüber der Mark schwankte dieser Vorteil in den letzten Jahren zwischen drei und sechs Prozent – galt als Magnet, der internationales Kapital in die USA zieht und den Dollar an den Devisenmärkten verteuert.

Die gleiche Wirkung hatte die das weltweite Dollarangebot verknappende drastische Drosselung der Kreditvergabe vor allem amerikanischer Banken an Entwicklungsländer besonders in Lateinamerika. Zu seiner Spitzenstellung als internationale Anlagewährung, ein weiterer Grund für den Kursanstieg, verhalf dem Dollar schließlich die politische und wirtschaftliche Wiedererstarkung der USA und ihre Rolle als „sicherer Hafen" für internationales Kapital gerade in politisch spannungsgeladenen Zeiten.

An alledem, was in den beiden letzten Jahren für einen festen Dollar gesprochen hatte, hat sich auch heute nichts geändert. Dennoch wird der greenback inzwischen durch eine andere Brille betrachtet. Die Hausse-Momente verdecken nicht mehr wie bisher den Blick auf fundamentale Daten, die für den Dollar weniger günstig sind.

Das riesige Leistungsbilanzdefizit der USA, das in diesem Jahr wohl von 40 auf über 60 Milliarden Dollar steigen wird, rückt mehr in das Blickfeld der Märkte; vor allem die Angst, daß der Dollarkurs einbricht, wenn die internationalen Kapitalströme in die USA zur Finanzierung dieses Defizits abreißen sollten und wenn als Folge davon die US-Zinsen hochschießen und am amerikanischen Anleihemarkt, wo viele Ausländer engagiert sind, Kursverluste eintreten.

Hinzu kommt eine wachsende Angst vor einer Beschleunigung der Inflation, welche die von den riesigen Haushaltsdefiziten ausgehenden Zinssteigerungsbefürchtungen zusätzlich nährt. Derartige Warnungen aus den USA werden immer lauter. Sie beginnen internationale Anleger nervös zu machen. Das sind erste Schritte in Richtung einer Realisierung solcher Prognosen und Befürchtungen.

Nun werden Tendenzumschwünge an den Devisenmärkten erfahrungsgemäß oft schon von marginalen Richtungsänderungen internationaler Kapitalströme ausgelöst, auch wenn nicht sicher ist, ob diese sich als nachhaltig erweisen. Deswegen wäre es leichtfertig, nun einen Dollarrückgang auf 2,40 oder 2,20 D-Mark zu prognostizieren.

Nachdem lang Zeit weltweit – die USA eingeschlossen – die schädliche Überbewertung des Dollar beklagt worden war, sollte man zufrieden sein, daß sich jetzt eine Normalisierung bei der Dollarbewertung angebahnt hat, die besonders der Bundesrepublik sehr gelegen kommt. Die D-Mark wächst – auch im EWS – wieder in ökonomisch fundierte Bewertungsrelationen hinein. Das Nachlassen des importierten Preisauftriebs wird sich wohltuend auf das deutsche Preisklima auswirken und seiner konjunkturbedingten leichten Erwärmung entgegenwirken.

Und was nicht minder wichtig ist, vor allem auch für die Konjunktur, und was auch die Häuslebauer zu schätzen wissen: Die Zinsen am deutschen Kapitalmarkt sinken, seit die D-Mark infolge des Sturzes des Dollar von seinem Thron wieder mehr internationales Renomeé gewinnt.

AUF EIN WORT



„Wenn der Staat Geld gibt, dann will er auch mitreden."

Dr. Alfred Voßschulte, Präsident der IHK Dortmund FOTO:BOHM

Bonn ist gegen Ruhrkohle-Transfer

dpa/VWD, Bonn

Das Wirtschaftsministerium hat den Standpunkt der Bundesregierung bekräftigt, daß eine Übernahme von Aktien der Ruhrkohle AG (RAG), Essen, durch die Westdeutsche Landesbank (WestLB) nicht in Frage kommt. Wie ein Sprecher erklärte, sehe sich Minister Lambsdorff nicht in der Lage, dem Verkauf von RAG-Aktien aus dem Eigentum der Krupp Stahl AG (6,2 Prozent Anteil) und der Harpen AG, Dortmund (4,8 Prozent), an die WestLB zuzustimmen.

Bei einem Verkauf von RAG-Aktien an die WestLB und damit praktisch an das Land Nordrhein-Westfalen wäre zu befürchten, daß andere Bundesländer das Thema Kohle auf ein regionalpolitisches Problem reduzieren könnten. Eine indirekte Übernahme der Anteile durch ein Bundesland würde auch den Privatisierungsbestrebungen dieser Bundesregierung zuwiderlaufen.

INTERNATIONALE HANDWERKSMESSE

Das gute Konjunkturklima stimmt zuversichtlich

DANKWARD SEITZ, München

In vollem Umfang konnte das deutsche Handwerk 1983 an der konjunkturellen Erholung teilnehmen und den empfindlichen Rückschlag des Jahres 1982 weitgehend wieder wettmachen. Und alle Konjunkturindikatoren deuten darauf hin, so der Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH), daß die Unternehmen dieses zweitgrößten Wirtschaftsbereichs der Bundesrepublik auch im laufenden Jahr mit weiter verbesserten Absatzchancen rechnen können. Entsprechend zuversichtlich seien daher auch die Erwartungen vor der 36. Internationalen Handwerksmesse 1984 in München (10. bis 18. März).

Der Umsatz des Handwerks (ohne handwerksähnliche Betriebe) wuchs 1983 nach Schätzungen des ZDH nominal um fünf (real: 2,5) Prozent auf etwa 385 Milliarden Mark. Die größten Impulse gingen dabei von der verbesserten Auftragslage im Hochbau aus, namentlich dem privaten Wohnungsbau und dem Ausbaugewerbe. Insgesamt habe man aber noch starke sektorale und regionale Unterschiede verzeichnen müssen, „wie das bei 125 Handwerksbereichen nicht anders sein kann". Für 1984 wird mit einem Umsatzplus von rund sechs Prozent gerechnet.

Mit großer Sorge sieht das Handwerk, so Kübler, sowohl der Verkürzung der Lebensarbeitszeit als auch der 35-Stunden-Woche entgegen. Vor allem mittelständische Betriebe seien außerstande, solche enormen Belastungen zu verkraften. Was das Handwerk brauche, sei eine Stärkung der Ertragskraft und der Investitionsfähigkeit sowie eine Verbesserung der Kapitalausstattung.

BUND DER STEUERZAHLER

Bundestag sollte die Leitung des Rechnungshofes wählen

HEINZ HECK, Bonn

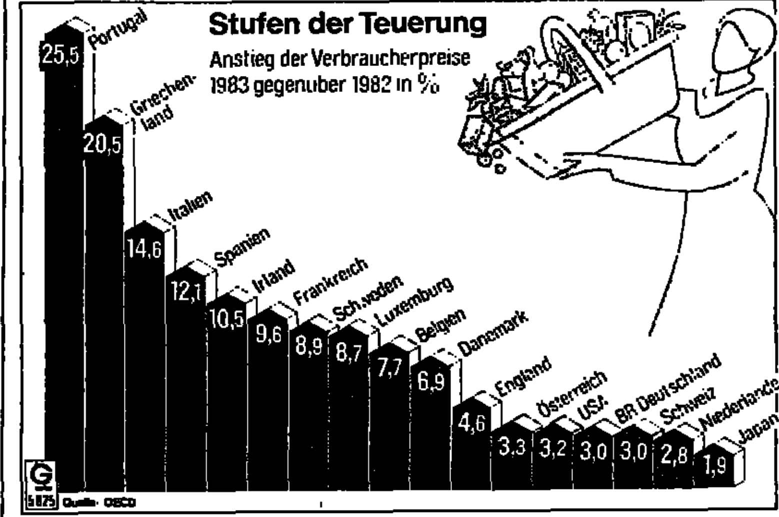
Der Bund der Steuerzahler hat eine Reform des Bundesrechnungshofs vorgeschlagen. Der von Professor Hans Herbert von Arnim (Hochschule Speyer) formulierte Gesetzentwurf zielt auf erhöhte Leistungsfähigkeit durch größere Unabhängigkeit und wirksamere Finanzkontrolle.

Nach dem Vorschlag sollen der Präsident und der Vizepräsident des Rechnungshofs nicht mehr wie bisher von der Bundesregierung ausgewählt werden. „Es ist ein Unding, daß die Bundesregierung ihre Chefkontrolleure selbst bestimmt." Statt dessen sollten Präsident, Vizepräsident und Senatspräsidenten in Zukunft vom Bundestag gewählt werden – und zwar mit Zweidrittel-Mehrheit, um auch der Opposition den nötigen Einfluß zu geben.

Dieses Verfahren habe sich bei Bestellung der Richter am Bundesverfassungsgericht bewährt. Das Vorschlagsrecht soll beim Bundestagspräsidium liegen, Ernennung und Entlassung der Präsidenten sollen Sache des Bundestagspräsidenten sein. Dadurch würden Unabhängigkeit, Standfestigkeit, Effektivität und Durchsetzungskraft erhöht und die Anbindung des Rechnungshofs an das Parlament gestärkt.

Auch gibt der Gesetzentwurf dem Rechnungshof das Recht, Anträge beim Bundesverfassungsgericht im Rahmen von Normenkontrollverfahren zu stellen. Hierdurch könnte die Verfassungswidrigkeit von bestimmten Gesetzen, die zu staatlichen Leistungen führen, mit bindender Wirkung festgestellt werden, heißt es. Eine Reorganisation des Rechnungshofs sei längst überfällig. Denn die heute geltenden Bestimmungen stammten zum Teil noch aus der Reichshaushaltsordnung von 1922.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Unter südlicher Sonne schießt die Inflation offenbar besonders kräftig ins Kraut. Unter den westlichen Ländern verteuerte sich in Portugal, Griechenland, Italien und Spanien die Lebenshaltung am stärksten. Erstaunliche Erfolge bei der Preisstabilisierung verbuchte England, wo es gelang die Inflationsrate innerhalb von zwei Jahren um mehr als die Hälfte von 11,9 auf 4,6 Prozent zu drücken. QUELLE: GLOBUS

Währungsreserven stiegen

Frankfurt (cd.) – Das Januar-Defizit in der deutschen Leistungsbilanz von 0,47 Millionen Mark ist nach Mitteilung der Bundesbank rein saisonbedingt. Saisonbereinigt ergab sich ein Überschuß von gut einer Milliarde Mark und damit mehr als im Dezember. Im langfristigen Kapitalverkehr flossen im Januar netto 1,9 Milliarden Mark aus dem Ausland in die Bundesrepublik. Dazu trugen vor allem Auslandskäufe deutscher Renten (1,8 Milliarden Mark) und deutscher Aktien (0,7 Milliarden Mark) bei. Gleichzeitig kauften Deutsche für eine Milliarde Auslandsaktien, während sie für 0,4 Milliarden Mark ausländische Rentenwerte abgaben.

Kosten nach Verbrauch

Bonn (AP) – Ab 1. Juli sind für alle Wohnungen Geräte zur Erfassung des Heizenergieverbrauchs vorgeschrieben. Künftig müssen mindestens 50 Prozent und höchstens 70 Prozent der Kosten der zentralen Heiz- und Warmwasserversorgung abhängig vom Verbrauch berechnet werden. Für den öffentlich geförderten Wohnungsbau war die Übergangsfrist schon zum Jahreswechsel abgelaufen.

Neue Liquiditätshilfe

Frankfurt (VWD) – Die Deutsche Bundesbank gewährt der Kreditwirtschaft eine neue Liquiditätshilfe über 6,3 Milliarden Mark. Wie die Bundesbank mitteilte, gingen bei der Ausschreibung von neuen Wertpapierpensions-Geschäften zum Mindestbietungssatz von 5,30 Prozent Gebote in Höhe von 11,5 Milliarden Mark ein, von denen der genannte Betrag zum Zins von 5,50 Prozent zugeteilt wird. Die Gutschrift erfolgt heute; Fälligkeitstermin ist der 4. April. Die neue Liquiditätshilfe ist vor dem Hintergrund der fälligen Wertpapierpensionen zu sehen.

Stahlproduktion verstärkt

Düsseldorf (rtr) – Der zuletzt bereits positive Trend der deutschen Stahlproduktion hat sich im Februar noch weiter verstärkt. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes lag die Rohstahlproduktion im vergangenen Monat mit 3,29 (Vormonat 3,01) Millionen Tonnen um 9,1 Prozent über der vom Januar. Die Roheisenerzeugung nahm um 7,3 Prozent auf 2,44 (2,28) Millionen Tonnen zu.

Basis-Zinssatz gesenkt

London (fu) – Die größte britische Geschäftsbank, Barclays Bank, hat ihren Basis-Zinssatz um 0,25 Prozent auf 8,75 Prozent gesenkt. Dieser Schritt hat in der Londoner City überrascht, da die britischen Clearing-Banken bislang ihre Basiszinsen um entweder ein volles oder zumindest ein halbes Prozent verändert haben. Barclays Bank begründet ihre Entscheidung mit einer neuen Zinspolitik: Mit kleineren und häufigeren Zinsveränderungen könne man sich besser den jeweiligen Marktsätzen anpassen. Die Zinssenkung hat dazu beigetragen, daß die Aktienkurse an der Londoner Börse stark stiegen.

Mehr Rohöl importiert

Frankfurt (rtr) – Die Bundesrepublik Deutschland hat im Januar dieses Jahres mit 6,3 Millionen Tonnen um 9,8 Prozent mehr Rohöl importiert als im entsprechenden Vorjahresmonat. Nach vorläufigen Berechnungen des Bundesamtes für Gewerbliche Wirtschaft (BAW) erhöhte sich damit die Rohölrechnung auf knapp vier Milliarden Mark von 3,5 Milliarden Mark im Januar 1982.

Milliarden-Eurokredit

New York (VWD) – Standard Oil of California (Socal) hat an den Euromärkten einen Kredit über 14 Milliarden Dollar zur Finanzierung der Übernahme der Gulf Corp. (13,2 Milliarden Dollar) arrangiert. Socal übernimmt Gulf für 80 Dollar/Share. Mit dem jetzt von der Socal syndizierten Betrag wurde der bisher von Arco gehaltene Rekord in der Einzelfinanzierung einer Großübernahme überboten.

US-Direktinvestitionen

Washington (VWD) – Die ausländischen Direktinvestitionen in den USA beliefen sich 1983 auf 13,9 Milliarden Dollar. Ihr Wert hat sich nach Angaben des Handelsministeriums gegenüber 1981 in etwa halbiert. Die Zahl der Transaktionen, bei denen Ausländer mindestens zehn Prozent Beteiligung erworben hätten, sei auf 913 gesunken gegenüber 1203 in 1981. Der Rückgang wird mit der schwächeren Konjunktur in den vergangenen zwei Jahren und dem Anstieg des Dollarkurses begründet, der Investitionen in den USA verteuert habe. Die größten Investitionsbeträge seien mit 4,2 Milliarden aus der Schweiz gekommen.

BERLINER WIRTSCHAFT

DIW: Beachtliche Erfolge besonders im Export

PETER WEERTZ, Berlin

Für 1984 rechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) mit dem Fortgang der konjunkturellen Erholung in Berlin, die Anfang 1983 einsetzte. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, das im Vorjahr kaum zugenommen hat, schätzt das Institut für 1983 auf 3,5 Prozent.

Gleichwohl wird vorerst noch eine unverändert hohe Arbeitslosigkeit erwartet. Sie lag im Jahresdurchschnitt 1983 bei 84 000, rund 18 000 höher als im Vorjahr. Aufgrund der konjunkturellen Belebung und arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen hat sich jedoch der Beschäftigungsrückgang verlangsamt. Im Jahresdurchschnitt wurden 833 000 Erwerbstätige registriert, rund 10 000 weniger als 1982. Die Zahl der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe ist um fünf Prozent oder 8200 auf 159 600 zurückgegangen. Allein 70 Prozent dieses Beschäftigtenrückgangs entfielen dabei auf den Maschinenbau und die Elektroindustrie, die beiden größten Industriezweige der Stadt. In diesem Jahr wird mit einem geringeren Rückgang der Beschäftigten (minus ein bis zwei Prozent) im verarbeitenden Gewerbe gerechnet, weil die Auftragseingänge erheblich zugenommen haben.

Beachtliche Erfolge erzielte die Berliner Industrie außerdem bei den Exporten, die nach Angaben der Industrie- und Handelskammer nominal um neun Prozent wuchsen. Das Baugewerbe erwartet für 1984 eine Zunahme der Leistung um drei Prozent. Unterstützt wird die konjunkturelle Erholung durch Maßnahmen wie mehr Stellen im Arbeitsbeschaffungsprogramm und das Strukturprogramm des Senats für neue Arbeitsplätze.

EG-EINNAHMEN / Bonn gegen Verdoppelung des Mehrwertsteuer-Anteils

Erst Sparbeschlüsse verwirklichen

HEINZ HECK, Bonn

Bevor über eine Erhöhung der EG-Eigeneinnahmen entschieden werden kann, müssen nach Meinung der Bundesregierung unter anderem die Sparbeschlüsse unter Dach und Fach sein, die bereits seit dem Stuttgarter EG-Gipfel im Juni 1983 diskutiert werden. Der Kommissionsvorschlag der Vorwoche, die Einnahmen auf zwei Prozent Mehrwertsteueranteil (das bedeutet allein für Bonn 18 Milliarden Mark) zu verdoppeln, wird allerdings als „nicht realistisch" und „happig" bezeichnet. Aus deutscher Sicht hat er keine Chance.

Für die Bundesregierung ist schon die Anhebung auf die früher vorgeschlagenen 1,4 Prozent (mit einer Mehrbelastung für den Bund von rund vier Milliarden) von der Durchsetzung zahlreicher Reformvorschläge abhängig. Im Vordergrund stehen hier die Einsparmaßnahmen und Ausgabenbegrenzungen in der Agrarpolitik, und zwar nicht nur bei Milch-, sondern auch bei Südprodukten. Wie gestern berichtet, haben sich die Chancen hierfür zwei Wochen vor dem EG-Gipfel in Brüssel erneut verschlechtert.

In engem Zusammenhang damit steht die Frage, wie die Ungleichgewichte in den finanziellen Belastungen der Mitgliedsstaaten dauerhaft vermindert und begrenzt werden können. Vor allem geht es aus Bonner Sicht darum, daß nicht zwei Länder – Großbritannien und die Bundesrepublik – als Nettozahler die ständig wachsenden Ausgaben tragen, die die übrigen Mitglieder mit Mehrheit beschließen. Es wird daran erinnert, daß nicht nur aus Bonn und London, sondern auch Vorschläge der EG-Kommission zur Änderung dieses Finanzierungssystems vorliegen.

Bei einer so ungleichen Verteilung der Lasten und Gewinne bestehe die Gefahr, daß überhaupt keine Sparbeschlüsse mehr gefaßt würden. Nachdem Frankreich als derzeitige Ratsmacht bilaterale Konsultationen mit den Partnern geführt habe, werden jetzt für den Gipfel französische Vorschläge auch hierzu erwartet. Frankreich habe zumindest langfristig auch ein gewisses Eigeninteresse, denn es befinde sich an der Grenze der Nettozahlerposition.

Zwar setzt sich die Meinung durch, daß der Beitritt Spaniens und Portugals die Gemeinschaft jährlich zusätzlich etwa 0,2 Prozent Mehrwertsteueranteil „kostet". Doch dringt Bonn darauf, die Modalitäten so zu gestalten, daß die Ausgaberisiken eingegrenzt werden können.

Schließlich müsse die Frage entschieden werden, ob die EG sich auf neuen politischen Feldern betätigen soll (zum Beispiel Umweltschutznormen). Auch diese Frage müsse im Zusammenhang mit den Einnahmebeschlüssen entschieden werden.

WIRTSCHAFTSPOLITIK / Friedrich-Ebert-Stiftung

„Keine Anschlüsse verpaßt“

pp./nl. **Bonn/Stuttgart**

Ohne eine gemeinschaftliche Industriepolitik sei die Gefahr nicht mehr fern, daß Westeuropas Industrie, Westeuropa insgesamt, zum Balkan der Industriestaaten werden könnte. Auf diese drohende Entwicklung hat Eduard Reuter, Vorstandsmitglied der Daimler-Benz AG, auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn hingewiesen. „Jeder wird falsch beraten sein, der übersieht, daß Wirtschaftspolitik für den Rest des Jahrhunderts nicht darin bestehen kann und wird, mit glanzvoll konzipierten Entwürfen geschichtlichen Ruhm zu sammeln.

Die Veranstaltung in Bonn stand unter dem Motto „Möglichkeiten und Grenzen unserer Wirtschaftspolitik aus unternehmerischer Sicht“. Dabei zog Reuter ausdrücklich „den Hut vor dem Bundesminister der Finanzen“ und stellte die „lebenswichtige Erkenntnis“ heraus, „daß die öffentlichen Haushalte überfordert waren“. Das Abwürgen der Inflation sei von entscheidender Bedeutung gewesen. Die Lösung der strukturellen Probleme in den westlichen Ländern könne „nur auf marktwirtschaftlicher Grundlage“ erfolgen, es müsse „das Vertrauen der Unternehmungen neu geschaffen werden, daß sie sich auf klare und erkennbare Rahmenbedingungen für ihr Handeln verlassen und daß diese Rahmenbedingungen für einen Zeitraum als gesichert gelten können, den langfristig wirksame Unternehmensentscheidungen nun einmal unverzichtbar voraussetzen“.

Der Daimler-Benz-Finanzchef hält es für wichtig, sich von dem Spiel abzuwenden, gesamtwirtschaftliche Gesundung zu suchen, indem man immer dem jeweils anderen Opfer abverlange, während man selbst außer dem Gürtel noch Hosenträger beanspruche. Den behaupteten Verlust der technischen Konkurrenzfähigkeit bezeichnete er als Propaganda: Die Handelsbilanz der Bundesrepublik Deutschland sähe anders aus, wenn wir nur noch technische Oldtimer und Ladenhüter im Angebot und keine konkurrenzfähigen Produkte in der Schublade hätten.

Auf der gleichen Veranstaltung brach der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU), Martin Leicht, eine Lanze für „private Initiative und individuelles Engagement“, die staatlichen Regelungen überlegen und deshalb vorzuziehen seien. Ähnlich wie Reuter verlangte er vom Staat, sich darauf zu beschränken, den Rahmen für wirtschaftliche Aktivitäten zu setzen.

Zu den Hauptfehlern der Politik gehöre der „unausrottbare Glaube an die höhere Weisheit des Staates“. Ein weiterer Grundfehler sei die „falsche Instrumentierung“ politischer Zielvorstellung. Dazu gehöre auch die Forderung nach der 35-Stunden-Woche mit Lohnausgleich. Leicht: Wenn das Thema Arbeitszeitverkürzung so instrumentiert werde, dann sei das der „irrationale Versuch, durch Preiserhöhung für Arbeit die Nachfrage nach ihr anzuregen“.

Anzeige



Cocktail-Rezepte kostenlos. I.C.E., Postf. 222, 4 Düsseldorf 1

Grappa aus ITALIEN

FRANKREICH / Belebung in den Nachbarländern stützt Konjunkturoptimismus

Bessere Handelsbilanz erwartet

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Die französische Regierung beurteilt die konjunkturelle Entwicklung wieder etwas zuversichtlicher. Nachdem sie noch vor wenigen Wochen für 1984 mit einem „Nullwachstum“ gerechnet hatte, veranschlagen jetzt die Experten des Wirtschaftsministeriums die Zunahme des Bruttosozialprodukts auf 0,5 bis ein Prozent, nach einem realen Plus von 0,5 Prozent im vergangenen Jahr.

Der Optimismus stützt sich vor allem darauf, daß in den anderen europäischen Ländern die Konjunkturaussichten wesentlich besser geworden sind. Dort könnte man 1984 auf eine Expansion von zwei bis drei Prozent kommen, heißt es in Paris. Noch im Dezember 1983 hatte die OECD Europa für 1984 ein Wachstum von durchschnittlich eineinhalb Prozent vorausgesagt, wobei Frankreich mit plus/minus Null veranschlagt wurde.

Daß Frankreich weiterhin im Rückstand bleibt, liegt vor allem an der Austerity-Politik, die vorerst nicht gelockert wird. Das haben in diesen Tagen Premierminister Mauroy und Wirtschaftsminister Delors ausdrücklich bestätigt. Insbesondere soll durch eine rigorose Einkommenspolitik der private Verbrauch klein gehalten werden.

Gleichzeitig schrumpfen die Wettbewerbsvorteile der französischen Exportwirtschaft, insbesondere gegenüber der Bundesrepublik. Denn die mit der letzten Paritätsbereinigung vom März 1983 herbeigeführte Unterbewertung des Franc gegenüber der D-Mark beginnt sich allmählich zu einer Überbewertung zu entwickeln, weil die französischen Preise und Kosten schneller als die deutschen steigen.

Auch der Export in die Dollar-Zone ist wegen der jüngsten rückläufigen Kursentwicklung der amerikanischen Währung schwieriger geworden. Allerdings liegt der Dollar-Kurs zur Zeit immer noch erheblich höher als im letzten Jahr, in dem Frankreich einen regelrechten Exportboom in Richtung USA verbuchte. Beim Wirtschaftsministerium schätzt man deshalb die weitere Ausfuhrentwicklung per Saldo nicht schlechter als bisher ein. Konjunkturstützend könnte außerdem die erwartete Wiederbelebung der französischen Investitionstätigkeit wirken. Davon könnten allerdings die Importeure schon aus qualitativen Gründen stärker als die nationalen Hersteller profitieren.

Eine weitere Schrumpfung der Einfuhrwerte und damit auch des Handelsbilanzdefizits gilt aber trotzdem als wahrscheinlich. Vor allem die französischen Ölimporte haben sich wegen der Dollar-Baisse verbilligt. Das veranlaßte die Regierung, jetzt die Benzin- und Heizölpreise (zum ersten Mal seit 12 Monaten) zu ermäßigen. Der Liter Super kostet am Montag 5,06 Franc. Er liegt damit allerdings immer noch höher als vor einem Jahr (4,58 Franc).

Schlüter hält an seinem Kurs fest

rtr, **Kopenhagen**

Es besteht kein Anlaß für eine schärfere Sparpolitik, erklärte der dänische Ministerpräsident Poul Schluter. Die Regierung werde am gegenwärtigen Kurs festhalten. Schlüter reagierte damit auf die Kritik einiger Bankiers, nach deren Ansicht die Regierung zu wenig zur Gesundung der Wirtschaft beitrage. Sie forderten daher Maßnahmen zur Verringerung der Verbraucherausgaben. Der Regierungschef gibt hingegen zu bedenken, daß die Produktivität gestiegen und die Arbeitslosenquote abgeflacht ist. Die Finanzmärkte sollten pessimistischen Vorhersagen nicht zu viel Beachtung schenken. Die Kritik hatte nach Angaben von Händlern zum Anstieg der Zinsen und zum Rückgang der Aktienkurse geführt.

Venezuela will ohne IWF umschulden

VWD, **Caracas**

Zur Umschuldung seiner Auslandsverbindlichkeiten von 35 Mrd. Dollar bemüht sich Venezuela um Kredite von den Mitgliedsstaaten der Organisation Erdöl Exportierender Länder (Opec). Eine Delegation aus Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) soll sich nach Angaben einer venezolanischen Tageszeitung in Caracas aufgehalten haben, um Kredite (in nicht genannter Höhe) mit 20 Jahren Laufzeit und 7,5 Prozent Verzinsung zu arrangieren. Venezuela sei nicht gewillt, Kreditvereinbarungen zuzustimmen, die politische Auflagen beinhalten. Das Land bemühe sich, so die Opec-Nachrichtenagentur Opecna, seine Auslandverbindlichkeiten ohne Hilfe des IWF umzuschulden.

Tauschgeschäft mit den Opec-Staaten

H. BAUMANN, **Essen**

In zahlreichen Opec-Staaten schrumpfen die Devisenbestände. Um dennoch an Gebrauchsgüter und auch an Investitionsgüter heranzukommen, gehen immer mehr Länder zum Tauschgeschäft über. So hat jetzt Indonesien mit 18 Ländern Verträge abgeschlossen, die Warenlieferungen aller Art gegen Öl vorsehen. Wert der Verträge: 741,78 Millionen Dollar. Wie dem jüngsten Opec-Bulletin zu entnehmen ist, sollen Eisenbahnwaggons, Kraftwerks-Generatoren, Spinn-Maschinen, Chemikalien und Instrumente zur Anwendung von Pestiziden geliefert werden.

Diese „Counter-Purchase-Contracts“ sehen ferner die Lieferung von automatischen Telefonzentralen vor, Spezialschiffen für den Transport von Ammoniak, Holzbearbeitungsmaschinen, Tiefbaugerät, Passagierschiffe und Tieflader für die Eisenbahn zum Transport von Lastkraftwagen. Wieder andere Verträge mit anderen Ländern enthalten Lieferungen für die Ausrüstung des Flughafens von Cenggareng.

Die ersten Geschäfte auf dieser Basis machte Indonesien mit den USA und Japan. Beide Staaten gehören auch jetzt zu den ausgewählten 18. Die Bundesrepublik liefert an Indonesien gegen Rohöl Waren im Werte von 239,21 Mill. Dollar, es folgen Japan mit 119,71 Mill. Dollar und die USA mit 93,44 Mill. Dollar. Neben dem Öl bietet Indonesien aber auch als Gegenlieferung an Naturgummi, gefrorene Krabben, Kakao, Textilien, Holz, Kaffee, Palmöl, schwarzen Tee, Rattan, Seegurken, Pfeffer, Molasse und Aluminium-Barren.

NAMEN

Kurt Salleck, langjähriger Geschäftsführer der Siemens Elektrogeräte GmbH, München, ist per 1. April 1984 zum Sprecher der Geschäftsführung der Stiebel-Eltron-Gruppe, Holzminden, bestellt worden.

Sieghard Otto ist zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Kravag-Sach-Versicherung der Deutschen Kraftverkehrs VaG und der Kravag-Leben Versicherungs-AG, Hamburg, berufen worden.

Dr. Hermann Wellmanns, früherer Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, wurde am 24. Februar 85 Jahre.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Duisburg: Solbach-Tiefbau GmbH; **Gelsenkirchen:** Kunkel Hoch- und Glasbetonbau GmbH i. L.; **Hamburg:** Michael Päplow GmbH; KG i. Ludwig Becker KG; Uwe Latzke, Norderstedt; **Hamm:** Hendriks und Sohn KG, Fröndenberg-Warmen.

GEMEINDEFINANZREFORM / „Kein Patentrezept“

Ifo warnt vor Vertagung

DANKWARD SEITZ, **München**

Kein Zweifel besteht nach Ansicht des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung an der Notwendigkeit einer kommunalen Finanzreform, nachdem sich in den vergangenen Jahren die Gewerbesteuer als sehr problematische Finanzierungsquelle für die Gemeinden erwiesen hat. Auch wenn sich derzeit die finanzielle Situation der Kommunen insgesamt im Vergleich zu Bund und Ländern nicht als besonders prekär darstelle – die Gemeinden werden bei weiterer Konjunkturerholung ihr Defizit völlig abbauen können, nachdem es zwischen 1981 und 1983 um acht Mrd. auf nur noch drei Mrd. Mark zurückgeführt wurde –, sollte diese Atempause für eine Reform genutzt werden, um die Gemeindeeinnahmen künftig weniger konjunkturanfällig zu machen.

Alle in letzter Zeit gemachten Vorschläge, nämlich Einführung einer Wertschöpfungssteuer, Abzugsmöglichkeit der Gewerbesteuer von Umsatzsteuerzahlung, kommunale Beteiligung an der Mehrwertsteuer sowie Einführung einer Gemeindeeinkommensteuer oder eines kommunalen Zuschlags zur staatlichen Einkommensteuer, zeigen nach Ansicht des Ifo Licht und Schatten. Entweder werde der Verwaltungsaufwand zu groß, die Verteilung zu problematisch oder das gesamte Einkommensteuersystem erneut belastet.

Bevor sich die einzelnen Interessenvertreter, so das Ifo, auf den einen oder anderen Vorschlag endgültig festlegten, sollten weitere Untersuchungen vor allem im Hinblick auf die Auswirkungen auf die verschiedenen Gemeinden und Regionen durchgeführt werden. Nicht zuletzt wäre aber auch der jeweilige verwaltungsmäßige Aufwand abzuschätzen. Der Reformeifer sollte jedoch keinesfalls erlahmen, weil Patentrezepte fehlten. Ein Festhalten am gegenwärtigen System wäre nicht zuletzt aus Sicht der Gemeinden zu bedauern.

KUNSTSTOFFVERARBEITER / Innovationserfolg

Günstige Exportentwicklung

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Vor allem als Folge der Bemühungen um Innovation und Weiterentwicklung der Produkte wertet Peter Bruckmann, Vorsitzender des Gesamtverbandes der kunststoffverarbeitenden Industrie (GKV), die günstige Entwicklung der von ihm vertretenen Branche im vergangenen Jahr. Während das gesamte verarbeitende Gewerbe seinen Umsatz nur um 2,4 Prozent steigerte, erzielten die Kunststoffverarbeiter ein Plus von 8,1 Prozent auf gut 29 (i. V. knapp 27) Mrd. DM. Dabei stiegen, besonders in der zweiten Jahreshälfte, die Exporte um knapp 9 Prozent, so daß die Hersteller jetzt ein Fünftel ihres Umsatzes im Ausland erzielen.

Real verbleibt für die GKV-Unternehmen ein Plus von gut 7 Prozent. Denn bei den Preisen war auch 1983 für sie „wenig Luft“, eine Tatsache, die nach Angaben des Verbandes, der 940 der insgesamt rund 1600 Kunststoffverarbeiter vertritt, inzwischen Sorgen bereitet. Die Rohstoffpreise sind nämlich weitaus stärker gestiegen (im Dezember betrug der Abstand zum Vorjahresmonat 4,2 Prozent). Inwieweit sich angekündigte Erhöhungen (im Haushalts- und Spielwarenbereich rund 3 bis 5 Prozent) jedoch durchsetzen lassen, ist noch offen. Ohnehin spielt für die Kunststoffverarbeiter der technische Bereich (Produktionsplus 16,3 Prozent) eine immer größere Rolle.

In das neue Jahr sind die GKV-Unternehmen mit einem um 1,5 Prozent höheren Auftragsbestand gegangen. Vor diesem Hintergrund erwarten drei Viertel der Unternehmen steigende Umsätze, vor allem die weitere Exportentwicklung wird positiv eingeschätzt. Die diesjährige Investitionsquote veranschlagt der GKV auf 6 (4,5) Prozent vom Umsatz.

JAPAN / Kettenreaktion nach Firmen-Zusammenbruch

Osawa geht vor das Gericht

FRED de LA TROBE, **Tokio**

Die Firma Mamiya Camera will beim Bezirksgericht von Tokio ein unter japanischem Recht mögliches Reorganisationsverfahren beantragen, das den Konkurs der Gesellschaft abwenden und spätere Gesundung herbeiführen soll. Zum gleichen Schritt hatte sich schon in der letzten Woche die mittelgroße Handelsfirma J. Osawa entschlossen. Beide Unternehmen sind zahlungsunfähig.

Bei Osawa handelt es sich um die drittgrößte Insolvenz der Nachkriegsgeschichte Japans. Der finanzielle Zusammenbruch beider Firmen stellt auch die erste Kettenreaktion dieser Art dar, die der Inselstaat bisher erlebt hat. Weitere Pleiten im Zusammenhang mit diesem Vorfall halten japanische Bankensprecher nicht für ausgeschlossen. Bisher kam es in Japan sehr selten bis zum Konkurs größerer Unternehmen, da meist befreundete Industriefirmen, Banken oder staatliche Stellen rechtzeitig Hilfestellung leisteten.

An der Börse von Tokio wurde der Handel mit den Aktien beider Firmen eingestellt. Acht Prozent des Aktienkapitals der Osawa befindet sich in ausländischen Händen. Die Insolvenzen kamen für die Branche überraschend, denn beide Unternehmen hatten im vergangenen Jahr noch Dividenden ausgeschüttet. Die ausstehenden Verbindlichkeiten der J. Osawa werden auf 930 Millionen Mark, die von Mamiya auf 292 Millionen Mark beziffert.

Osawa führte in erster Linie Kameras der oberen Preisklassen von Mamiya als deren exklusiver Exporteur aus. Sie importierte vor allem Autoteile, Sportartikel, Uhren und Juwelen – die meisten dieser Hochqualitätsprodukte aus den USA, der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz. Immer mehr stellte sich aber heraus, daß die teueren Markenartikel im Sortiment von J. Osawa bei den in- und ausländischen Kunden – vor allem während der flauen Konjunktur der letzten Jahre – nicht sehr begehrt waren. Präsident Zenro Osawa führt den Zusammenbruch allerdings in erster Linie auf das Exklusivabkommen für den Absatz der Mamiya-Kameras zurück, das nicht das erhoffte Geschäft gebracht habe. Die Handelsfirma unterhielt auch 16 teure Niederlassungen in Amerika und Europa, die an der Finanzkraft der Gesellschaft zehrten.

Einige Gläubiger der Osawa vermuten, daß die Insolvenz vorsätzlich in Szene gesetzt wurde. Sie erwägen, gegen die Gesellschaft Klage zu erheben. Das gilt auch für den Präsidenten der Firma Cosmo 80. Seinem Unternehmen droht der Verlust größerer Beträge, die es in die Mamiya investierte. Das japanische Finanzministerium hat angedeutet, daß es die Bücher der Osawa prüfen wird.

Branchenkreise befürchten, daß es noch eine Reihe von Insolvenzen unter den etwa 500 Unternehmen geben könnte, die mit der Osawa Geschäftsverkehr hatten. Etwa die Hälfte davon sind kleine Zulieferer. Die staatliche Agentur für Klein- und Mittelbetriebe hat daher die zuständigen Banken angewiesen, in Not geratenen Gesellschaften Überbrückungskredite zu gewähren. (SAD)

Die einen haben neun.



Die anderen acht.



TWA hat nur sechs.



TWA's 747 Ambassador Class:
Weniger Sitze, mehr Platz für die Beine.

Wo sich bei anderen Business Klassen Achter- oder Neuner-Reihen drängen, können Sie in TWA's 747 Ambassador Class Ihren persönlichen Freiraum ausgedehnt genießen. Ganz einfach, weil unsere Sitzreihen nur 6 Plätze zählen. Rundherum dürfen Sie da mit mehr Komfort rechnen, sich um ganze 45° zurücklehnen. Und ausgedehnt tun und lassen, was Ihnen Spaß macht. Sogar in New York hört die Gemütlichkeit noch lange nicht auf. Dafür sorgt unser Terminal auf JFK, der Helicopter-Service ohne Aufpreis nach Manhattan und die direkten Verbindungen der TWA in mehr als 60 Städte der Staaten.

Diese angenehmen Erfahrungen sollten Sie auf dem schnellsten Weg selbst einmal machen. Indem Sie Ihren Wunschsitz per TWA Expreß Service buchen. Und bei der Gelegenheit können Sie sämtliche Anschlußflüge gleich mit in die Tasche stecken.

Nähere Informationen von Ihrem Reisebüro oder direkt von TWA: Frankfurt/Main, Tel. 06 11/77 06 01 und 77 06 71. TWA-Generalagenturen in:
Hamburg 0 40/37 24 91.
Düsseldorf 02 11/8 48 14.
München 0 89/59 76 43.

Sie sollen sich bei uns wohlfühlen



O&M F TWA 10/84

PROTEKTIONISMUS / EG erhebt Einspruch gegen nationale Kaufaktion

Franzosen bevorzugen Importartikel

Ha./J.Sch., **Brüssel/Paris**

Die EG-Kommission hat Frankreich aufgefordert die Bevorzugung nationaler Firmen bei öffentlichen Aufträgen einzustellen. Derartige Anweisungen an nachgeordnete Regierungsstellen sind nach ihrer Meinung ein Verstoß gegen das Verbot mengenmäßiger Handelsbeschränkungen im EG-Vertrag (Artikel 30). Im Rahmen eines bereits vor einiger Zeit eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahrens setzte die EG-Behörde Paris eine Frist von 30 Tagen. Danach droht den Franzosen eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof.

In ihrer „mit Gründen versehenen Stellungnahme“ bemängelt die Kommission eine generelle Tendenz der französischen Regierung, im Rahmen der Kampagne zur „Rückeroberung“ des heimischen Marktes französischen Erzeugnissen den Vorzug zu geben. Dabei führt sie drei Beispiele an um ihre Kritik zu untermauern.

So hat der Direktor des französischen Krankenhauswesens in einem Rundschreiben an staatliche Hospitäler, Pflegeheime und Kuranstalten deren Leiter ausdrücklich aufgefordert, einheimische Lieferanten bei Aufträgen zu bevorzugen. Eine ähnliche Note des Direktors des französischen Fernsehens hält die nachgeordneten Abteilungen an, die Entwicklung neuer Technologien so wie die Substitution ausländischer Produkte durch nationale Erzeugnisse zu fördern. Auch der französische Verteidigungsminister forderte die Armee auf, die Bemühungen der Regierung zur Wiederherstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichtes zu unterstützen.

Unberücksichtigt bleibt in den Forderungen der Kommission, daß die Franzosen Nationalisten und Individualisten zugleich sind. Deshalb stehen sie amtlichen Aufrufen, vor allem französisch zu kaufen, mit gemischten Gefühlen gegenüber. Im Zweifel bevorzugen sie eher ausländische Produkte, wenn diese nicht teurer als nationale sind. Dazu kommt oft noch ein gewisser Snobismus, von welchem die Importartikel profitieren.

Dies ergibt sich aus einer vom Spitzenverband der Verbrauchergenossenschaften (Coop) durchgeführten Befragung. Sie bestätigt den geringen Erfolg, den die sozialistische Regierung mit ihren inzwischen weitgehend abgeblasenen Kauft-französisch-Aktionen verbucht hat. (Beispielsweise liegt der Marktanteil ausländischer Pkws in Frankreich erheblich höher als in der Bundesrepublik.)

Dem Coop zufolge sehen die Franzosen den Zusammenhang zwischen französisch kaufen und nationale Arbeitsplätze verteidigen sehr deutlich. Ihr guter Wille, sich auch entsprechend zu verhalten, würde aber in der Praxis durch budgetäre Zwänge eingeengt. Dort, wo ausländische Erzeugnisse bei vergleichbarer Qualität preiswerter sind, würde man sie durchweg bevorzugen. Auch trügen die Franzosen der „Reputation“ stark Rechnung.

MOBIL OIL / Nur noch drei Pfennig Verlust je Liter

Wieder in schwarzen Zahlen

JAN BRECH, **Hamburg**

Die Mobil Oil AG, Hamburg, weist für das Geschäftsjahr 1983 zwar wieder einen Überschuß aus, hält das Ergebnis aber nach wie vor für völlig unzureichend. Wie es in einem ersten Überblick heißt, habe die Gesellschaft einen Jahresüberschuß in der Größenordnung von 85 Mill. DM erreicht, der aber nicht ausreiche, um den Verlustvortrag aus dem Vorjahr von 171 Mill. DM auszugleichen. Den Umsatz gibt Mobil mit 10,6 Mrd. DM an; das entspricht einem Rückgang von 10 Prozent. Hier spiegeln sich vor allem Preisrückgänge bei Erdölprodukten und Erdgas wider.

Die Erträge stammen bei Mobil auch 1983 fast ausschließlich aus den Bereichen Exploration und Produktion. Dabei steigerte Mobil die Erdgasförderung um 6,2 Prozent auf 3,4 Mrd. cbm, während die Förderung von Rohöl wegen natürlicher Erschöpfung der Felder in Deutschland um 7,6 Prozent auf 509 000 t zurückging.

Verluste erlitt der Ölkonzern in Mineralölverarbeitung und -vertrieb. Die zu Jahresbeginn noch sehr hohen monatlichen Verluste seien zwar ab März eingedämmt worden, doch habe es über das ganze Jahr keine Kostendeckung gegeben. Auf Basis der Wiederbeschaffungskosten verlor Mobil an jedem abgesetzten Liter Mineralölprodukt rund 3 Pfennig. Im Jahr 1982 waren es rund 5 Pfennig.

Die Lage am Markt sei über weite Phasen durch ein anhaltendes Rohölüberangebot bei gleichzeitig rückläufigem Verbrauch gekennzeichnet gewesen. Trotz Reduzierung der Kosten und einer Marktstabilisierung, die die Opec-Preissenkungen und Förderbeschränkungen gebracht hätten, seien die Margen aufgrund des hohen Dollar unter Druck geblieben. Der Mobil-Absatz ging im Inland von 8,5 auf 8,3 Mill. Tonnen zurück, die Kapazitäten waren im Durchschnitt zu 69 Prozent ausgelastet. Erheblich reduziert hat Mobil die Investitionen. Die 272 (408) Mill. DM eingesetzten Mittel flossen überwiegend in den Bereich Exploration.

HAG GF /Ertragslage ist nach wie vor unbefriedigend – Turbulenzen nach der Umstellung des Röstverfahrens

Stellung am Kaffeemarkt wurde weiter gefestigt

JAN BRECH, **Bremen**

Auf dem aus der Balance geratenen Kaffeemarkt hat die Hag GF AG, Bremen, die zu 100 Prozent dem US-Konzern General Foods Corp. gehört, im Berichtsjahr 1983 die Positionen merklich gefestigt. Allerdings, so räumt der Vorstandsvorsitzende Uwe Karsten ein, seien die Deckungsbeiträge im Kaffeegeschäft nach wie vor unbefriedigend. Belastend hätten vor allem die Turbulenzen im Zusammenhang mit der Umstellung auf das neue Kurzzeit-Röstverfahren sowie der rigorose Preiswettbewerb gewirkt. Auch nach fast drei Jahren durchgreifender Umstrukturierung und Straffung habe Hag GF 1983 im Betriebsergebnis noch keine schwarzen Zahlen geschrieben. Man werde etwa plus-minus-Null abschließen, erklärt Karsten.

Das Absatzergebnis bezeichnet Karsten demgegenüber als „sehr gut". Auf dem um 3 Prozent gewachsenen Gesamtmarkt weitete Hag GF das Geschäft um 17,4 Prozent aus und verbesserte den Marktanteil von 6,9 auf 7,7 Prozent. Zugelegt haben dabei die beiden Produktgruppen Hag und Onko. Für Kaffee Hag gibt Karsten eine Absatzsteigerung von 15 Prozent und einen Marktanteil von 3,8 (3,5) Prozent an. Im Marktsegment entkoffeinierter Kaffee habe Hag im zweiten Halbjahr zum ersten Mal seit 10 Jahren wieder die Marktführerschaft mit gut 30 Prozent übernommen. Im Jahresdurchschnitt liege Hag nur knapp hinter der Marke Sana vom Hamburger Filialisten Tchibo.

Noch deutlicher fiel das Wachstum bei der Kaffemarke Onko aus. Beflügelt von einem neuen Marken- und Sortenkonzept sei der Absatz um 26 Prozent gestiegen. Der Marktanteil von Onko beträgt nach Angaben von Karsten jetzt 3,9 (3,5) Prozent. Im Bereich löslicher Kaffee hält Hag GF mit der Marke Maxwell 8,3 Prozent Anteil.

Daß das in der ersten Jahreshälfte 1983 noch positive Betriebsergebnis trotz aller Absatzerfolge nicht über das ganze Jahr in schwarzen Zahlen gehalten werden konnte, habe vor allem zwei Gründe, erklärt Karsten. Einmal hätten die Kaffeeröster trotz steigender Kosten die Preise um durchschnittlich 4 Prozent gesenkt. Zum anderen seien hohe Investitionen in den Markt im Zuge der Umstellung von der 500 auf die 400-Gramm-Packung notwendig gewesen. Das kräftige Wachstum von Hag und Onko sei nicht zuletzt dadurch gefördert worden, räumt Karsten ein, daß Hag GF die noch im Handel befindlichen 500-Gramm-Packungen über Rabatte preislich gestützt habe.

Die Preissenkungen am Kaffeemarkt schlagen sich bei Hag GF ungeachtet der Absatzerfolge in einem Umsatzrückgang von 3,5 Prozent auf 1,18 Mrd. DM nieder. Gut 80 Prozent davon entfallen auf das Röstkaffeegeschäft. Den Rest steuern Kakao-Instandprodukte, Instant-Pulvergetränke und Reis bei. Die Entwicklung bei den Kaba-Sortimenten bezeichnet Karsten gemessen am Absatz als befriedigend, gemessen am Ertrag als weiterhin verbesserungsbedürftig. Unzufrieden sei man mit den Instant-Erfrischungsgetränken, die von einer GF-Schwestergesellschaft in Frankreich hergestellt werden. Mit dem Produkt Reis fit hielt Hag GF am Reismarkt einen Anteil von 25 Prozent, bezogen auf den Teilmarkt Kochbeutelreis fast 50 Prozent.

Die Reorganisation des Unternehmens, die durch die Verschmelzung der beiden Firmen Hag und General Foods notwendig geworden war, ist endgültig abgeschlossen. Nach Angaben von Karsten beschäftigt Hag GF nunmehr noch 1656 Mitarbeiter.

In diesem Jahr hofft Karsten, die Gewinnzone endlich auch ohne die Mobilisierung außerordentlicher Erträge zu erreichen und den Verlustvortrag von jetzt knapp 35 Mill. DM weiter abzubauen. Allerdings sei es schwierig, die Entwicklung am Kaffeemarkt abzuschätzen. Die Einführung der neuen Rösttechnologie drohe zudem den Wettbewerbsdruck noch zu verschärfen, betont Karsten. Zusätzliche Aufwendungen in den Markt könnten die Ertragshoffnungen zunichte machen.

THOMSON / AEG

Austausch von Beteiligungen

J. Sch. **Paris**

Zwischen dem verstaatlichten französischen Elektronik-Konzern Thomson und der deutschen AEG bahnt sich eine Kooperation an, über deren nähere Bedingungen gegenwärtig verhandelt wird. Sie soll durch einen gegenseitigen Beteiligungsaustausch untermauert werden, teilte die Thomson-Verwaltung in Paris auf Anfrage mit. Danach ist vorgesehen, daß die zu 75 Prozent von Thomson kontrollierte ehemalige AEG-Tochter Telefunken in den 100prozentigen Besitz des französischen Konzerns übergeht. Für den Erwerb der restlichen 25 Prozent will Thomson der AEG eine Beteiligung von etwa drei Prozent an seiner neuen Filiale für Unterhaltungselektronik CEEF einräumen. Thomson hat vorsorglich das französische Schatzamt um Zustimmung ersucht, dessen Verwirklichung auf die teilweise Reprivatisierung des Staatskonzerns hinauslaufen würde. Der Unterhaltungselektronik-Sektor von Thomson brachte 1983 angeblich Verluste von 300 Mill. Franc.

Anzeige

Ex-Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch:

„Für wie blöd hält man mich?!"

In einem QUICK-Gespräch sagt der Ex-Manager von Flick, Eberhard von Brauchitsch, zum erstenmal, wie er und seine Familie den Flick-Bestechungsskandal erlebten. Wie ihn die Ermittlungsbehörden behandelten und wie er auf die pausenlosen Angriffe von „SPIEGEL" und „stern" reagiert.

Die neue QUICK – heute bei Ihrem Zeitschriftenhändler



LINDENER GILDE / Schachtel an Wolters erworben

Gedämpfter Optimismus

DOMINIK SCHMIDT, **Hannover**

Die Lindener Gilde-Bräu AG (LGB), Hannover, größte Brauerei in Niedersachsen, hat an der Hofbrauhaus Wolters AG, Braunschweig, eine Schachtelbeteiligung erworben. Vorstandschef Gerhard Nienaber begründet dieses Engagement mit der Wettbewerbssituation auf dem niedersächsischen Biermarkt. Die Lindener Gilde könne nicht zusehen, wenn auswärtige Brauerei-Konzerne in immer stärkerem Maße in der Region Fuß fassen.

Wolters galt bislang als konzernungebunden. Das Grundkapital von 5 Mill. DM liegt zu rund 60 Prozent bei der Erbengemeinschaft Dr. Wolters. Die LGB habe seit geraumer Zeit Wolters-Aktien gekauft. Die hohen liquiden Mittel habe den Paket-Kauf erleichtert.

Zufrieden zeigt sich Nienaber mit der Geschäftsentwicklung 1982/83 (30. 9.). Der gesamte Getränkeabsatz nahm um 0,6 Prozent zu. Zwar nennt Nienaber keine Hektoliterzahlen, der Absatz dürfte aber bei 1,37 Mill. hl liegen. Im Geschäftsbericht wird darauf hingewiesen, daß die Entwicklung bei Bier mit einem Plus von 1,1 Prozent besser als im alkoholfreien Bereich war. In der gleichen Größenordnung sei auch der Eigenbier-Anteil gestiegen, wobei die höherwertigen Biere eine überdurchschnittlich gute Entwicklung genommen hätten. Der Faßbieranteil liege bei 25 Prozent.

Einschließlich der Tochtergesellschaft A. Schilling GmbH in Celle weist die LGB Getränkeumsatzerlöse von 167 Mill. DM aus; das entspricht einer Steigerung von 3,5 Prozent. Die Umsätze der LGB allein erhöhten sich auf 156,6 (149,2) Mill. DM. Aus dem Jahresüberschuß von unverändert 2,58 Mill. DM werden erneut 0,5 Mill. DM den freien Rücklagen zugewiesen. Der Hauptversammlung am 10. April wird vorgeschlagen, wieder eine Dividende von 13 Prozent auf 16 Mill. DM Grundkapital auszuschütten.

Die Entwicklung im laufenden Jahr beurteilt Nienaber mit gedämpftem Optimismus. Im bisherigen Verlauf des Jahres 1983/84 liege die LGB gemessen am Ausstoß leicht über den Vorjahreszahlen.

Aufsichtsrat nominiert Hörnig

nl. **Stuttgart**

Rudolf Hörnig (53), Direktor der Personenwagen-Versuchsabteilung der Daimler-Benz AG, soll neuer Entwicklungschef und damit Nachfolger des zum Vorstandsvorsitzenden avancierten Werner Breitschwerdt beim Stuttgarter Automobilkonzern werden. Dies geht aus dem Einladungsschreiben des Daimler-Benz-Aufsichtsratsvorsitzenden Wilfried Guth für die nächste Aufsichtsratssitzung am 14. März hervor.

Dem Vernehmen nach macht sich die Arbeitnehmerseite im Aufsichtsrat für Arthur Mischke (60), Direktor für Nutzfahrzeugentwicklung bei Daimler-Benz, für den Posten eines Entwicklungschefs stark. Da für die Wahl eines neuen Vorstandsmitglieds eine Zweidrittel-Mehrheit im Aufsichtsrat erforderlich ist, dürfte ein zweiter Wahlgang nötig werden, in dem dann die einfache Mehrheit entscheiden würde. Hörnig hat an der Technischen Hochschule in Stuttgart Physik studiert. Anschließend ging er zu Daimler-Benz mit Tätigkeitsbereich in der Großmotoren-Sparte. 1980 wurde er Leiter des Bereichs Pkw-Versuch.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Coutinho-Umwandlung?

Hamburg (J. B.) – Zu Gerüchten, nach denen das Hamburger Handelshaus Coutinho, Caro & Co. KG aA von einer amerikanischen Gruppe übernommen werden soll, hat der persönlich haftende Gesellschafter Andreas Coutinho jeden Kommentar abgelehnt. Das Haus hat für heute allerdings eine offizielle Mitteilung angekündigt. Offenbar steht eine Umwandlung der Gruppe unter neuen Anteilseignern bevor. Die CCC-Gruppe gehört zu den führenden Stahlhandelshäusern. Der Umsatz betrug im letzten Geschäftsjahr 2,3 Mrd. DM, der Jahresüberschuß 16,9 Mill. DM. Das Grundkapital von 47,5 Mill. DM liegt bei der Familie Coutinho. Für den Konzern sind im letzten Jahr Eigenmittel von 167 Mill. DM ausgewiesen worden. Diese für ein Handelshaus überdurchschnittliche Kapitalausstattung sowie gute Liquidität und hohe Auftragsbestände lassen nicht vermuten, daß CCC zusätzliches Kapital braucht.

Polysius baut in Indien

Düsseldorf (J. G.) – Aufträge für den Bau von Zementwerken mit 1500 und 1800 t Tagesleistung haben die Krupp Polysius AG, Beckum, und die Krupp-Beteiligung Buckau Wolf India aus Indien erhalten. Der Auftragswert für beide Konzernunternehmen liegt bei 50 Mill. DM.

Belebung bei Druckfarben

Frankfurt (dpa/VWD) – In der deutschen Druckfarbenindustrie hat sich 1983 die im 2. Quartal einsetzende Geschäftsbelebung kontinuierlich bis zum Jahresende fortgesetzt. So konnte der Umsatz nach Angaben des Verbands der Druckfarbenindustrie, Frankfurt, gegenüber dem Vorjahr um 6,8 Prozent auf knapp über 1 Mrd. DM gesteigert werden. Die deutlich verbesserte Auftragslage der Druckindustrie wirkte sich damit auch positiv in der Druckfarben-Branche aus. Die dem Verband angeschlossenen 16 Mitgliedsfirmen repräsentieren rund 85 Prozent der Druckfarbenproduktion in der Bundesrepublik. Insgesamt gibt es etwa 35 Hersteller mit annähernd 5000 Beschäftigten.

Umsatzminus

Völklingen (VWD) – Die in der Techno Arbed GmbH zusammengefaßten Weiterverarbeitungsbetriebe des luxemburgischen Stahlkonzerns, die im Zuge der „Paketlösung" an die Arbed Saarstahl angegliedert werden sollen, weisen für 1983 einen Umsatzrückgang um 8,3 Prozent auf 253,3 Mill. DM aus. Nach Angaben in der Werkszeitschrift von Arbed Saarstahl mußten vor allem die Sparten Federn und Hartmetall/Werkzeuge Rückgänge hinnehmen.

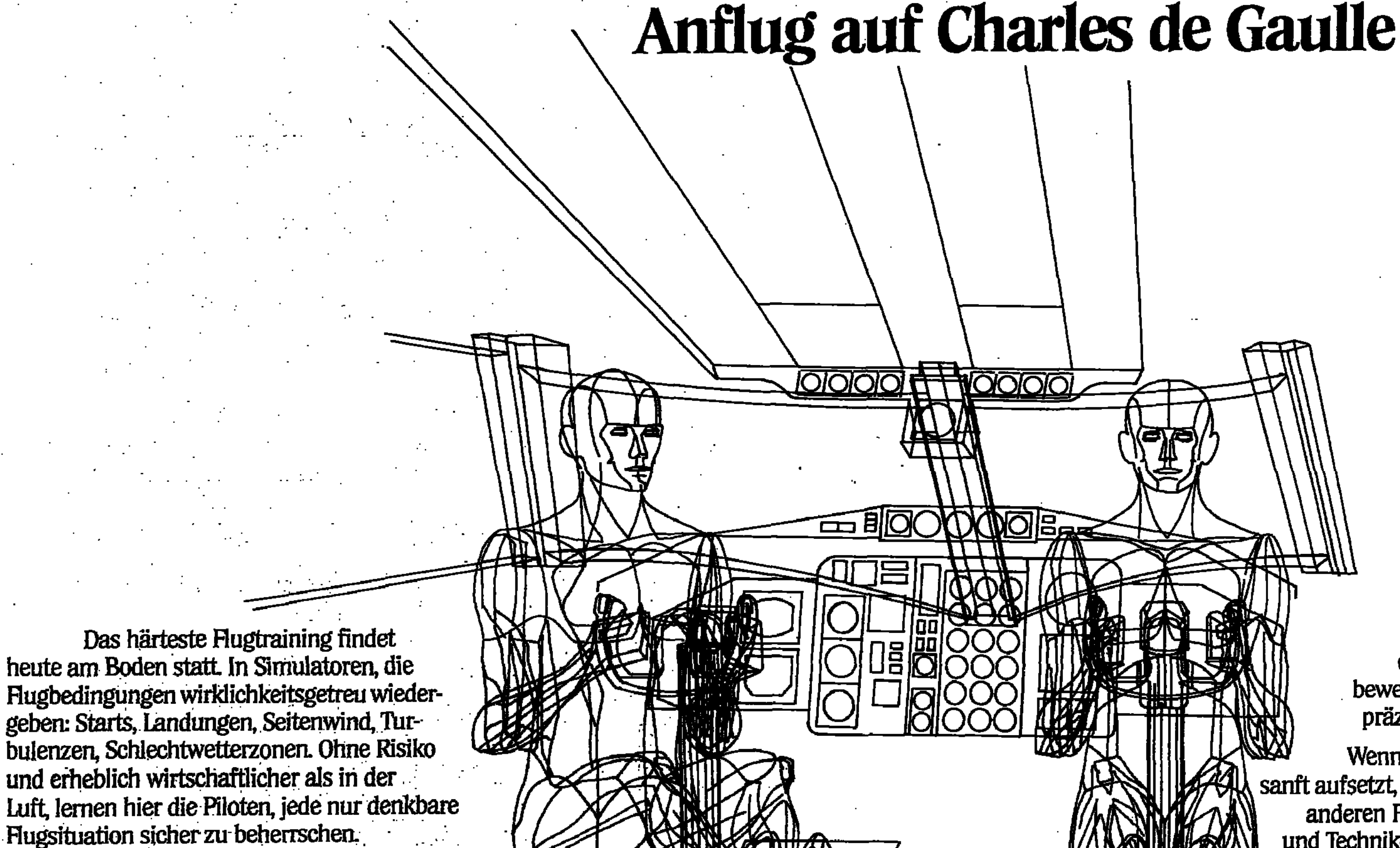
Kreditvolumen gesteigert

Düsseldorf (Py.) – Die Stadtsparkasse Neuss hat 1983 ihre Bilanzsumme um 4,1 Prozent auf 1,76 Mrd. DM, das Geschäftsvolumen um 5,5 Prozent auf über 1,9 Mrd. DM gesteigert. Die Kundeneinlagen haben sich um 3,8 (8,7) Prozent auf 1,6 Mrd. DM ausgedehnt, davon waren 1,1 (1,05) Mrd. DM Spareinlagen und Sparkassenbriefe. Die Kundenforderungen erreichten 1,14 (1,1) Mrd. DM, wobei das Wachstum ausnahmslos auf den langfristigen Bereich entfiel. Das Kreditvolumen wuchs auf mehr als 1,3 Mrd. DM. Die Eigenmittel der Sparkasse werden mit 85 (79) Mill. DM ausgewiesen.

MANNESMANN

Simulationstechnik im Flugtraining

Anflug auf Charles de Gaulle



Das härteste Flugtraining findet heute am Boden statt. In Simulatoren, die Flugbedingungen wirklichkeitsgetreu wiedergeben: Starts, Landungen, Seitenwind, Turbulenzen, Schlechtwetterzonen. Ohne Risiko und erheblich wirtschaftlicher als in der Luft, lernen hier die Piloten, jede nur denkbare Flugsituation sicher zu beherrschen.

Hydraulische Antriebe und Steuerungen sind der Beitrag von Mannesmann. Integriert in ein ausgefeiltes System mechanischer, optischer und elektronischer Verbindungen, setzen sie die Befehle aus dem Cockpit computergenau und zuverlässig in Flugbewegungen um. Beim Flugtraining genauso präzise und sicher wie im harten Flugalltag.

Wenn Ihr Pilot das Flugzeug das nächste Mal sanft aufsetzt, auf Charles de Gaulle oder irgendeinem anderen Flughafen, so haben auch die Ingenieure und Techniker von Mannesmann ihr umfangreiches Wissen und Können dazu beigesteuert.

mannesmann technologie 

Rückschläge bei den Aktien

Streikgefahr schreckte vor allem die Ausländer ab

DW. – Am Aktienmarkt kam es im Bereich der Standardwerte teilweise zu deutlichen Kursreduzierungen. Dies geschah bei meist nur geringen Umsätzen. Das deutet auf eine geringe Anlagebereitschaft hin, die die abwartende Haltung mit den sich verschärfenden Tarifauseinandersetzungen im Bereich der IG Metall begründet. Beunruhigt scheinen vor allem die Ausländer zu sein, wie nicht nur ihre Kaufabstinenz beweist, sondern wie es auch in einigen kursdrückenden Abgaben zum Ausdruck kommt. Von den Banken werden auch Verkäufe der privaten Kundschaft gemeldet. Ermunterte Hinweise, wonach Streiktage angeblich Kauftage sind, finden deshalb noch keinen Widerhall, weil die eigentliche Streikwelle noch erst bevorsteht.

Bei den Aktien der Deutschen Bank machten die Tagesverluste immerhin bis 7,50 DM aus. Bei den unmittelbar von Warnstreiks bedrohten Autoaktien gab es Minuskorrekturen von vier bis fünf DM. Im Maschinenbaubereich litten IWKA unter Glattstellungen. Das Papier war in der Vorwoche aufgrund spekulativer Käufe deutlich angehoben worden. Das Fehlen der ausländischen Käufer machte sich besonders in den Papieren der Großchemie bemerkbar.

Düsseldorf: Girmes verloren 5 DM auf 187 DM und AEG Kabel Rheydt 6 DM. Bonner Zement gaben um 8 DM, Kabel und Metall um 6 DM und Ver. Rumpus um 3 DM nach. Braun VA erhöhten um 30 DM und DAT um 9 DM. Glas Schalke stockten um 10 DM auf und Hindrichs Auffermann um 45 DM. Bei den Versicherungen verloren Aachen Münchner Bet. 17 DM und Allianz Vers. 10 DM.

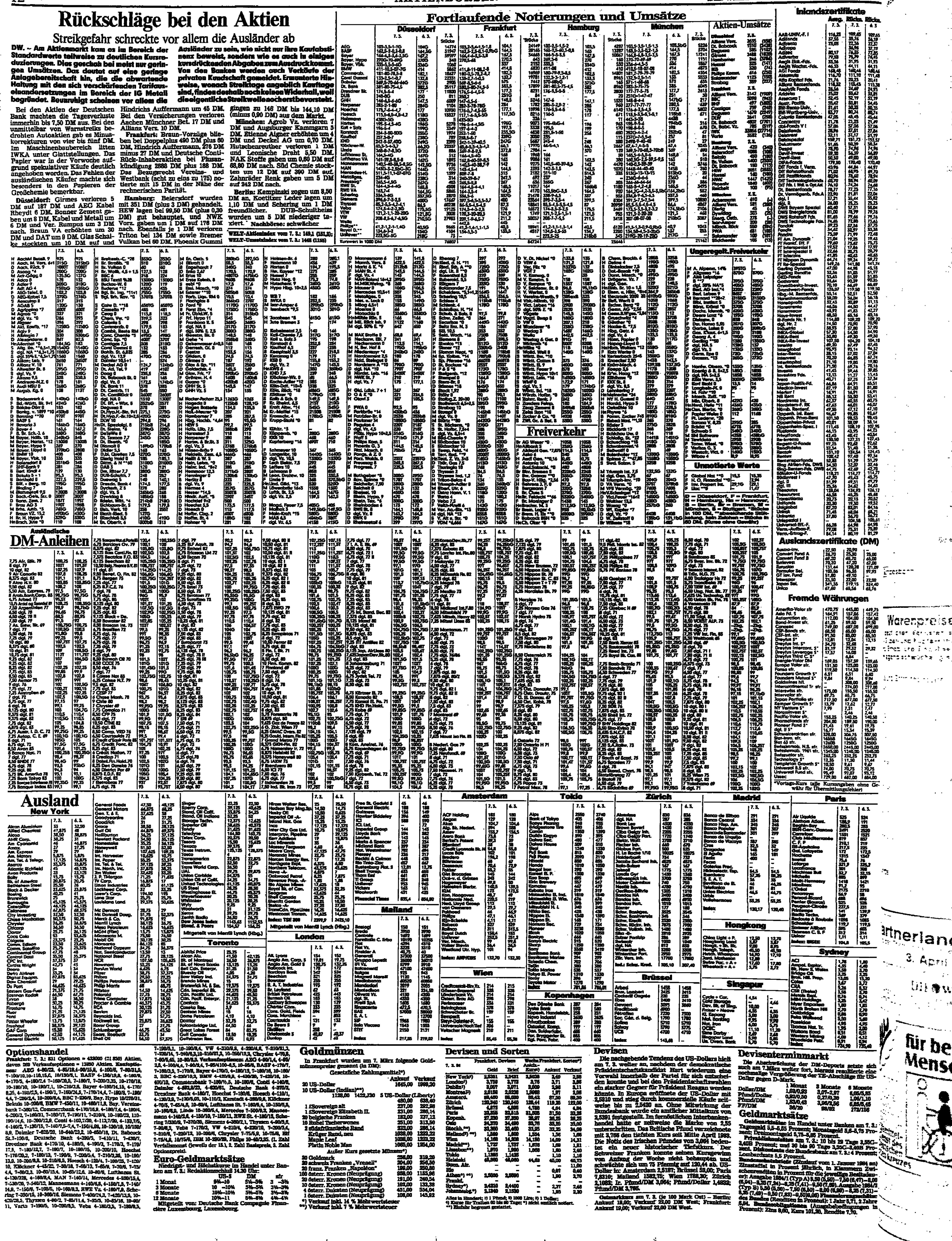
Frankfurt: Braun-Vorzüge blieben bei Doppelplus 490 DM plus 60 DM, Hindrich Auffermann, 276 DM minus 27 DM und Deutsche Conti-Rück-Inhaberaktien bei Plusankündigung 2888 DM plus 188 DM. Das Bezugsrecht Vereins- und Westbank (acht zu eins zu 175) notierte mit 15 DM in der Nähe der rechnerischen Parität.

Hamburg: Beiersdorf wurden mit 351 DM (plus 3 DM) gehandelt. HEW lagen bei 99,50 DM (plus 0,30 DM) gut behauptet, und NWK Vorz. gaben um 1 DM auf 176 DM nach. Ebenfalls je 1 DM verloren Triton bei 134 DM sowie Bremer Vulkan bei 60 DM. Phoenix Gummi gingen zu 146 DM bis 144,10 DM (minus 0,90 DM) aus dem Markt.

München: Agrob Vz. verloren 7 DM und Augsburger Kammgarn 5 DM. Etienne Aigner erhöhten um 4 DM und Deckel AG um 0,70 DM. Hutschenreuther verloren 1 DM und Leonische Draht 5,50 DM. NAK Stoffe gaben um 0,60 DM auf 68,80 DM nach. Süd Chemie stockten um 12 DM auf 390 DM auf. Zahnräder Renk gaben um 5 DM auf 242 DM nach.

Berlin: Kempinski zogen um 8,50 DM an, Koetitzer Leder lagen um 1,10 DM und Schering um 1 DM freundlicher. DUB-Schultheiss wurden um 5 DM niederiger taxiert. **Nachbörse: schwächer**

WELT-Aktienindex vom 7. 3.: 149,1 (151,3); WELT-Umsatzindex vom 7. 3.: 1448 (1155)



Singapur

	7. 3.	6. 3.
Cycle + Car.	4,54	–
Cold Storage	–	4,46
Dev. Bk. of Sing.	10,00	–
Fraser + Neave	6,35	6,35
Kl. Kepong	3,00	3,00
Mal. Banking	9,95	9,90
Nat. Iron	6,00	5,75
OCBC	11,10	11,20
Sime Darby	2,49	2,48
Singapur Land	5,90	5,85
Un. Overs. Bank	5,70	5,70

Sydney

	7. 3.	6. 3.
ACI	1,78	1,80
Ampol. Explor.	4,55	4,40
Bk. New S. Wales	3,58	3,70
Bridge Oil	3,25	3,25
Brok. Hill. Prop.	13,05	13,20
Coles	3,67	3,72
CRA	5,26	5,37
CSR (Thelss)	3,58	3,70
Metals Expl.	0,76	0,74
MIM-Holdings	3,25	3,47
Myer Emporium	1,80	1,85
North Broken Hill	2,70	2,70
Oakbridge	0,88	0,90
Peko Wallsend	5,50	5,60
Poseidon	4,95	4,95
Thomas Nat. Tr.	1,95	2,00
Waltons Bond	0,51	0,51
Western Mining	4,09	4,12
Woodside Petr.	0,91	0,94
Index	724,90	735,40

Optionshandel

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 7. 3.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9¾–10	5¼–5⅜	3 –3⅛
3 Monate	10 –10⅛	5⅜–5½	3¼–3⅜
6 Monate	10⅛–10¼	5½–5⅝	3½–3⅝
12 Monate	10⅝–11	5¾–6⅛	4⅛–4¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 7. März folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1645,00	1989,30
10 US-Dollar (Indian)**)	1128,00	1422,30
5 US-Dollar (Liberty)	480,00	638,40
1 £Sovereign alt	237,00	292,98
1 £Sovereign Elizabeth II.	231,00	286,14
20 belgische Franken	182,00	237,12
10 Rubel Tscherwonez	251,00	313,50
2 südafrikanische Rand	232,00	286,14
Krüger Rand, neu	1038,00	1223,22
Maple Leaf	1038,00	1223,22
Platin Noble Man	1065,00	1254,00
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	256,00	319,20
20 schweiz. Franken „Vreneli"	204,00	256,50
20 franz. Franken „Napoléon"	199,00	250,80
100 österr. Kronen (Neuprägung)	958,00	1155,96
20 österr. Kronen (Neuprägung)	191,00	240,54
10 österr. Kronen (Neuprägung)	102,00	133,38
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	451,00	554,04
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	108,00	145,92

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen

Die nachgebende Tendenz des US-Dollars hielt am 7. 3. weiter an, nachdem der demokratische Präsidentschaftskandidat Hart wiederum eine Vorwahl innerhalb der Partei für sich entscheiden konnte und bei den Präsidentschaftswahlen ein starker Gegner für Präsident Reagan werden könnte. In Europa eröffnete der US-Dollar mit 2,5310 und stieg durch kommerzielle Käufe zeitweise bis zu 2,5420 an. Ohne Mitwirkung der Bundesbank wurde ein amtlicher Mittelkurs von 2,5391 festgestellt. Im fernöstlichen Interbankenhandel hatte er zeitweise die Marke von 2,55 unterschritten. Das Britische Pfund verzeichnete mit 3,766 den tiefsten Kurs seit Mitte April 1983. Die Notiz des Irischen Pfundes von 3,064 bedeutet ein neuer historischer Tiefstkurs. Der Schweizer Franken konnte seinen Kursgewinn von Anfang der Woche nicht behaupten und schwächte sich um 75 Pfennig auf 120,44 ab. US-Dollar in: Amsterdam 2,5187; Brüssel 52,00; Paris 7,8310; Mailand 1582,75; Wien 1788,30; Zürich 2,1082; Ir. Pfund/DM 3,064; Pfund/Dollar 1,4832; Pfund/DM 3,766.

Ostmarkkurs am 7. 3. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Abschwächung der DM-Deports setzte sich auch am 7. März weiter fort, hieraus resultierte eine nochmalige Vergrößerung der TE-Abschläge für US-Dollar gegen D-Mark.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,03/0,93	3,07–2,97	6,05/5,85
Pfund/Dollar	0,32/0,50	0,27/0,39	1,06/1,10
Pfund/DM	1,83/0,43	3,96/2,56	6,85/5,45
FF/DM	36/20	98/82	172/156

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 7. 3.: Tagesgeld 5,5–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,6–5,75 Prozent; Dreimonatsgeld 5,75–5,85 Prozent.

Privatdiskontsätze am 7. 3.: 10 bis 29 Tage 3,55G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G–3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 7. 3.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/1 (Typ A) 5,50 (5,50)–7,50 (6,47)–8,00 (6,94)–8,25 (7,24)–8,25 (7,41)–9,50 (7,69). Ausgabe 1984/2 (Typ B) 5,50 (5,50)–7,50 (6,50)–8,00 (6,99)–8,25 (7,31)–8,25 (7,49)–9,50 (7,83)–9,50 (8,06) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,71, 2 Jahre 6,84. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 101,20, Rendite 7,70.

Renten kaum verändert

Der bisher durch den Rückgang des Dollar beflügelte Rentenmarkt zeigte erste Ermüdungserscheinungen. Das Tempo des Dollar-Verfalls scheint allmählich Unbehagen zu verbreiten. Bei den bisher von den Ausländern bevorzugten öffentlichen Emissionen mit längeren Laufzeiten bröckelten die Notierungen zum Teil leicht ab. Kürzere und mittlere Laufzeiten waren dagegen noch gesucht. Inländische Anleger weichen mehr und mehr auf Pfandbriefe aus, wo die Renditen über denen der öffentlichen Anleihen liegen. DM-Auslandsanleihen waren bei geringen Umsätzen wenig verändert.

Bundesanleihen

		7. 3.	6. 3.
7½ dgl. 83 S.40	6/88	99,7	99,7
8 dgl. 83 S.41	6/88	101,2	101,3
8 dgl. 83 S.42	9/88	101,2	101,3
8 dgl. 83 S.43	12/88	101,4	101,35
8¼ dgl. 83 S.44	12/88	102,4	102,4

Bundesbahn

		7. 3.	6. 3.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,1G	100,1G
8 Bdbahn 72	9/84	100,9G	100,9G
8¼ dgl. 76	9/84	101	101
6 dgl. 78 I/I	11/84	100	100

Bankschuldverschreib.

	7. 3.	6. 3.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	81G	81G
6½ dgl. Pf 5	87G	87G
7 dgl. Pf 2	100,5G	100,5G
F 7½ Bekola Pf 104	100,75G	100,75G
9 dgl. Pf 106	103G	103G
10 dgl. Pf 108	108,45G	108,45G
7 dgl. KS 132	95,85G	95,85G
8 dgl. KS 155	99,75G	99,75G
9 dgl. KS 169	102,85G	102,85G

Pfandbriefe und Kommunalobligationen (Auszug)

	7. 3.	6. 3.
M 5½ Bayer. Hzba. Pf 14	93G	92,5G
6 dgl. Pf 20	82G	82G
6½ dgl. Pf. 2	96,75G	96G
7 dgl. Pf 3	95,5G	96G
7 dgl. Pf 27	100,2G	100,2G
6½ dgl. KS 14	98G	96G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	125G	125G
5½ dgl. Pf 11	131G	131G
6 dgl. Pf 34	78,5G	78,25G
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
6½ dgl. Pf 10	84G	83,75G
6 dgl. KS 1	99,5G	99,5G
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117	117
6 dgl. 14	90,5G	90,5G
6 dgl. 47	79	79
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	94,95G	94,95G
8 dgl. Pf 73	101,4G	101,4G
4 dgl. KO 5	102,5G	102,5
H 6 Hyp.i.Hbg. Pf 96	82,25G	82,25G
8½ dgl. Pf 80	90,65	90,65
8 dgl. Pf. 248	100,8	100,8
9 dgl. KO 125	100,15G	100,15G
M 5 Verbank Hbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	78TG	78TG
7 dgl. Pf 100	100,8G	100,1G
D 8 WestLB Pf 350	101,55G	101,3G
6¾ dgl. Pf 403	98,25G	97,55G
9½ dgl. Pf 1007	107,2G	106,75G
8 dgl. Pf 1015	100,4G	99,9G
7 dgl. KO 556	100,55G	100,55G
6¾ dgl. KS 420	96,75G	96G
8¼ dgl. KO 1301	106,3G	105,85G
8½ dgl. KS 1278	102,05G	101,85G
8 dgl. IS 1512	101G	100,55bG
Br 8 Dt. Schiffsbk. Pf 46	100,55G	100,55G
5½ dgl. Pf 62	88,9G	88,9G
6½ dgl. Pf 65	99,7G	99,7G
6¾ dgl. Pf 60	97G	97G
6¾ dgl. Pf 74	99,15G	99,15G
6¾ dgl. Pf 76	97,85G	97,85G
Br 6¾ dgl. Pf 77	95,5G	95,5G
6 dgl. Pf 42	99,95G	99,95G
8½ dgl. Pf 47	102,35G	102,35G
F 5 Ffl. Hypobk. Pf 66	70,25bG	70,25bG
5½ dgl. Pf 53	76G	76G
6 dgl. Pf 79	78G	78G
6 dgl. Pf 130	92,7	92,7
8½ dgl. Pf 133	86,5G	86,5G
7½ dgl. Pf 45	100,5G	100,5G
M 8 Südboden Pf 41	90G	90G
5½ dgl. Pf 57	77G	77G
6½ dgl. Pf 143	95G	95G
7 dgl. Pf 87	95,5bG	95G
7½ dgl. Pf 104	97G	97bG
7 dgl. KS 49	94G	94G
7½ dgl. KS 81	100,75G	100,75G
8 dgl. KS 133	99,25TG	99,25TG
8½ dgl. KS 132	101,25G	101,25G
9 dgl. KS 185	104TG	103,5G
8½ dgl. KS 171	105G	105G

Industrieanleihen (Auszug)

	7. 3.	6. 3.
5¾ HEW 62	96,8G	96,8G
7½ dgl. 71	100,25G	100,35
4½ Harpen 59	1980	1980
6 Hoechst 64	99,5	99,8T
6 Hoesch 84	99,3T	99,3G
7½ dgl. 71	99,5T	99,5T
7½ Karstadt 71	99,7T	99,5T
7½ Kaufhof 71	99,25G	99,25G
7¾ dgl. 71	99,5T	99,5bG
7½ dgl. 76	99,75T	99,75T
7½ Klöckner W. 71	98,5G	98,5G
8 dgl. 72	99,8bG	99,6T

Anmerkungen:
- * Zinsen steuerfrei
- Pf = Pfandbriefe
- KO = Kommunalobligationen
- KS = Kommunalschatzanweisungen
- IS = Inhaberschuldverschreibungen
- RS = Rentenschuldverschreibungen
- S = Schuldverschreibungen

(Kurse ohne Gewähr)

B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Ausländische Aktien in DM (Auszug)

		7. 3.	6. 3.
F	Elf Aquitaine	71,9	72,4
F	Enbart	76	78
D	Ericsson	121G	123
D	Esmark	106G	105exD
D	Exxon	87,5	88
F	Farmitalia Carlo Erba	15,5	–
D	Fiat St.	6,75T	6,75T
D	dgl. Vz.	5,25	5,3T
F	Finsider	0,068	–
D	Fluor	29G	28T
M	Ford	62,7	62
D	Ford	98,5	99,5
F	Fujitsu	15,9	16,3
F	Nissan Motor	8	8,2G
F	Nisshin Steel	2,1bB	2,05
F	Nissho-Iwai	3,2G	3,2G
D	NL Industries	39G	38G
F	Norsk Hydro	204,8	207,5
F	Nynex	154,7	158,5
H	Occ. Petroleum	71,5	71,5
F	Océ v. d. Grinten	–	–
F	Olivetti St.	6,85	7
F	Olivetti Vz.	6,8	6,6
F	Olympus Optical	11	11G
H	v. Ommeren	28G	28G
F	Omron Tateisi	23,5G	23G
F	Pacific Telesis	140	140,1
F	US Steel	72,1	70,8
F	US West	147	149
M	Vaal Reefs Expl.	357,5	360B
D	Varl-Stork	87T	–
D	Volvo A	150T	160G
D	dgl. Nam B	150T	160T
F	Warner Commun.	62,4	63
F	Warner Lambert	85	85
F	Wells Fargo	100	104,9
M	Western Deep L.	164,5	170
M	Western Mining	9,75	10,1
M	Westinghouse El.	115,7	119,7
F	Westl.-Utrecht H.	88	86
D	Xerox Corp.	102,8	104bG

Warenpreise – Termine

Mit deutlichen Verlusten schlossen am Mittwoch die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Erhebliche Einbußen verzeichnete auch Kaffee. Überwiegend schwächer ging Kakao aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	7. 3.	6. 3.
März	351,50	350,50
Mai	351,75	353,25
Juli	341,75	343,50

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	7. 3.	6. 3.
St. Lawrence 1 CW	252,30	251,40
Amber Durum	239,50	238,85

Roggen Winnipeg (can. $/t)	7. 3.	6. 3.
März	136,00	136,00
Mai	139,50	140,00
Juli	143,50	143,50

Hafer Winnipeg (can. $/t)	7. 3.	6. 3.
März	133,90	134,00
Mai	126,20	126,20
Juli	123,10	123,10

Hafer Chicago (c/bush)	7. 3.	6. 3.
März	181,00	180,50
Mai	176,75	176,75
Juli	175,25	176,50

Mais Chicago (c/bush)	7. 3.	6. 3.
März	340,75	340,00
Mai	340,75	341,25
Juli	338,00	338,75

Gerste Winnipeg (can. $/t)	7. 3.	6. 3.
März	130,70	131,00
Mai	130,30	131,00
Juli	130,70	131,70

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	7. 3.	6. 3.
März	148,40	152,20
Mai	144,10	147,15
Juli	138,01	140,35

Kakao New York ($/t)	7. 3.	6. 3.
Terminkontr. März	2480	2465
Mai	2360	2360
Juli	2345	2345
Umsatz	5004	–

Zucker New York (c/lb)	7. 3.	6. 3.
Kontrakt Nr. 11 März	6,55	6,75
Juli	7,02	7,23
Sept.	7,40	7,59
Okt.	7,65	7,80
Jan.	8,27	8,40
Umsatz	9408	10 445

Ica-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	7. 3.	6. 3.
	6,26	6,38

Kaffee London (£/t) Robusta-	7. 3.	6. 3.
Kontrakt März	2180–2195	2197–2198
Mai	1987–1990	1989–1990
Juli	1890–1892	1890–1891
Umsatz	8835	4720

Kakao London (£/t)	7. 3.	6. 3.
Terminkontrakt März	1664–1669	1678–1685
Mai	1674–1677	1691–1692
Juli	1688–1689	1695–1696
Umsatz	5323	8318

Zucker London (£/t)	7. 3.	6. 3.
März	–	–
Mai	115,75–116,00	–
Umsatz	228	–

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	7. 3.	6. 3.
schw. Sarawak spez.	370,00	380,00
weißer Sarawak	647,50	652,50
weißer Muntok	655,00	660,00

Orangensaft New York (c/lb)	7. 3.	6. 3.
März	164,40	164,90
Mai	161,95	162,40
Juli	160,75	161,25
Sept.	160,75	160,80
Okt.	159,75	159,30
Umsatz	1200	2300

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	7. 3.	6. 3.
Südstaaten fob Werk	45,00	45,25

Maisöl New York (c/lb)	7. 3.	6. 3.
US-Mittelweststaaten fob Werk	26,50	26,25

Sojaöl	7. 3.	6. 3.
Chicago (c/lb) März	28,22	28,38
Mai	28,80	28,75
Juli	28,68	28,75
Aug.	27,95	28,05
Sept.	27,15	27,20
Okt.	26,15	26,20
Dez.	25,80	25,75

Baumwollsaatöl New York (c/lb)	7. 3.	6. 3.
Mississippi-Tal	30,00	29,50

Schmalz Chicago (c/lb)	7. 3.	6. 3.
loco lose	28,00	28,50
Choise white hog 4% fr. F.	20,50	20,50

Talg New York (c/lb)	7. 3.	6. 3.
top white	19,50	19,50
fancy	19,00	19,00
bleichfähig	18,50	18,50
yellow max. 10% fr. F.	16,50	16,50

Schweine Chicago (c/lb)	7. 3.	6. 3.
Apr.	47,20	47,65
Juni	53,80	54,40
Juli	55,35	55,40

Schweinebäuche Chicago (c/lb)	7. 3.	6. 3.
März	61,97	62,70
Mai	63,50	64,10
Juli	64,30	65,25

Häute Chicago (c/lb)	7. 3.	6. 3.
Ochsen einh. schwere River Northern	63,00	63,00
Kühe einh. schwere River Northern	57,00	57,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)	7. 3.	6. 3.
März	759,00	765,50
Mai	774,50	782,50
Juli	787,00	794,00
Aug.	783,00	786,00
Sept.	757,00	759,00
Nov.	740,00	741,00
Jan.	750,00	752,50

Sojaschrot Chicago ($/sht)	7. 3.	6. 3.
März	198,00	200,70
Mai	204,00	206,30
Juli	208,70	210,50
Aug.	209,00	210,50
Sept.	206,50	207,50
Okt.	203,00	204,00
Dez.	205,00	206,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	7. 3.	6. 3.
März	357,10	358,50
Mai	360,00	361,30
Juli	365,50	369,00

Kokosöl New York (c/lb)	7. 3.	6. 3.
Westküste fob Werk	51,00	51,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	7. 3.	6. 3.
jegl. Herk. cif	1040,00	1035,00

Leinöl Rotterdam ($/t)	7. 3.	6. 3.
jegl. Herk. ex Tank	510,00	510,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)	7. 3.	6. 3.
Sumatra cif	770,00	745,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)	7. 3.	6. 3.
roh Niederl. fob Werk	202,00	201,50

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)	7. 3.	6. 3.
Philippinen cif	1185,00	1150,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)	7. 3.	6. 3.
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	306,00	306,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	7. 3.	6. 3.
März	79,00	78,85
Mai	78,75	78,70
Juli	78,90	78,80
Okt.	75,75	75,95
Dez.	74,10	74,20
März	75,15	75,15

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis	7. 3.	6. 3.
loco RSS -1:	58,25	58,25

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	7. 3.	6. 3.
März	426–430	420–430
Mai	438–441	442–445
Aug.	464–465	468–469
Umsatz	127	51

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	7. 3.	6. 3.
März	unerh.	49,50
Mai	unerh.	49,20
Juli	unerh.	49,50
Okt.	unerh.	49,90
Umsatz	–	15750
Tendenz:		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	7. 3.	6. 3.
März	563,0–584,0	582,5–585,0
Mai	577,0–580,0	578,0–579,0
Juli	586,0–588,5	587,0–589,0
Umsatz	42	21

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	7. 3.	6. 3.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00

Seide Yokoh. (Y/kg)	7. 3.	6. 3.
AAA, ab Lager März	13 909	13 900
April	13 781	13 726

Kautschuk London (p/kg)	7. 3.	6. 3.
Nr. 1 RSS loco	80,00–82,50	81,00–83,00
April	78,90–80,40	79,50–81,00
Mai	79,30–80,40	80,00–80,50
April/Juni	79,40–79,60	80,10–80,40
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	7. 3.	6. 3.
März	256,50–257,50	257,50–260,25
April	263,50–246,50	265,00–266,00
Nr. 2 RSS März	255,00–256,00	255,50–256,50
Nr. 3 RSS März	250,00–251,00	250,50–251,50
Nr. 4 RSS März	243,00–244,00	243,50–244,50
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)	7. 3.	6. 3.
BWC	512,00	512,00
BWD	500,00	500,00
BTC	512,00	512,00
BTD	500,00	500,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	7. 3.	6. 3.
Blei: Basis London laufend. Monat	113,38–113,57	115,59–116,18
drittfolg. Monat	115,83–115,93	118,46–118,65
Zink: Basis London laufend. Monat	266,37–266,75	261,27–262,03
drittfolg. Monat	256,94–257,13	254,42–254,80
Produz.-Preis	267,03	269,10
Reinzinn 99,9%	3586–3601	3569–3604

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	7. 3.	6. 3.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	377,87–379,75	383,53–385,44
Blei in Kabeln	121,00–122,00	123,75–124,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	7. 3.	6. 3.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	369–374	374–378
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	410–418	421
MS 63	404–409	412–417

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	7. 3.	6. 3.
ab Werk prompt (Ring.-Kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	7. 3.	6. 3.
Leg. 225	450–453	450–453
Leg. 226	452–455	452–455
Leg. 231	482–485	482–485
Leg. 233	492–495	492–495

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	7. 3.	6. 3.
Platin (DM je g)	36,20	36,40
Gold (DM je kg Feingold) Banken-Vkfpr.	33 250	33 750
Rücknahmepr.	32 500	33 000
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	33 180	33 540
Rücknahmepr.	32 680	33 010
verarbeitet	34 830	35 200
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 930	33 220
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	824,30	839,30
Rücknahmepr.	807,60	822,20
verarbeitet	860,90	868,50

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	7. 3.	6. 3.
10.30	402,00	403,50
15.00	398,75	402,50
Zürich mittags	402,25–402,75	403,00–403,50
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	100 600	102 050
Silber (p/Feinunze) London Kasse	669,35	676,45
3 Monate	683,50	691,30
6 Monate	698,55	706,50
12 Monate	729,30	737,55
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	274,30	275,55
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	108,25	108,20

New Yorker Preise

	7. 3.	6. 3.
Gold H & H Ankauf	398,75	402,50
Silber H & H Ankauf	983,00	1002,00
Platin fr. Händlerpr.	395,00–399,00	395,00–399,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	162,00–164,00	161,00–163,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze) März	976,40	998,00
April	982,00	1006,20
Mai	989,00	1013,00
Juli	1006,00	1030,00
Sept.	1025,00	1050,50
Dez.	1053,00	1078,50
Jan.	1061,70	1086,80
Umsatz	34 000	30 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	7. 3.	6. 3.
März	65,75	66,85
April	66,25	67,20
Mai	66,80	67,80
Juli	68,10	69,10
Sept.	69,40	70,40
Dez.	71,35	72,40
Jan.	72,10	73,05
Umsatz	8000	12 000

Londoner Metallbörse

	7. 3.	6. 3.
Aluminium (£/t) Kasse	1010,0–1011,5	1009,0–1010,0
3 Monate	1031,0–1032,0	1032,5–1033,0
Blei (£/t) Kasse	298,50–299,50	302,00–303,00
3 Monate	305,00–305,20	308,00–308,50
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	989,00–989,50	995,00–996,50
3 Monate	1009,5–1010,0	1016,5–1017,0
abends Kasse	989,00–989,50	995,00–995,00
3 Monate	1009,5–1010,0	1016,5–1016,5
(Kupfer-Standard) Kasse	979,00–981,00	983,00–984,00
3 Monate	999,00–1000,0	1003,0–1004,0
Zink (£/t) Kasse	703,00–704,00	687,00–689,00
3 Monate	679,50–680,00	670,00–671,00
Zinn (£/t) Kasse	8620–8621	8562–8565
3 Monate	8720–8721	8655–8656
Quecksilber ($/Fl.)	295–305	295–305
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	78–80	78–80

Partnerland INDIEN
ist das Thema einer Sonderveröffentlichung am
3. April 1984
Informationen über Anzeigen erhalten Sie bei
DIE WELT
Anzeigenabteilung, Kaiser-Wilhelm-Straße 1
2000 Hamburg 36, Tel. 0 40 / 3 47 41 28 oder 3 47 44 40

Neu für behinderte Menschen
170 Hilfsmittel für den täglichen Gebrauch. Eine Marktübersicht – zusammengestellt vom Hilfsmitteldienst des Deutschen Roten Kreuzes
Alphabetische Übersicht kostenlos mit anhängendem Coupon. Persönliche Auskunft, Hersteller- und ungefähre Preisangaben durch Ihren DRK-Kreisverband
Coupon
An das Deutsche Rote Kreuz – Generalsekretariat – Referat 22, Friedrich-Ebert-Allee 71, 5300 Bonn 1
Bitte senden Sie mir Ihre Informationen über den DRK-Hilfsmitteldienst
Name
Straße
PLZ/Ort

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheibe (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: King-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11–13, Telex 4 185 535

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 6 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Precheit

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Kooperation gesucht!
Welches Unternehmen ist an einer langfristigen Zusammenarbeit mit einer **südd. Maschinenfabrik** (ca. 120 Beschäftigte) interessiert?
Wir verfügen über ein ausgereiftes Werkzeugmaschinenprogramm und suchen einen Partner, welcher zur Vollauslastung Aufträge auf längere Sicht vergibt.
Geboten wird gut eingerichteter Maschinenpark mit entsprechendem Fachpersonal.
Interessenten bitten wir um Kontaktaufnahme unter D 4686 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

ACHTUNG
Bauherren-, Industrie- und Wohnungsbaugesellschaften
Suchen Sie ein verläßliches Unternehmen für die Ausführung Ihrer **Fliesen-, Platten- u. Marmorarbeiten** mit langjähriger Erfahrung auf jedem Gebiet der Fliesenverlegung, das gute Arbeiten zu vernünftigen Konditionen leistet und innerhalb der gesamten BRD Arbeiten ausführt (evtl. auch als Subunternehmer) so wenden Sie sich an
Firma Baukeramik M. F. Recktenwald & Co. KG
Tel. 0 68 35 / 28 94 (auch übers Wochenende erreichbar), Zweigstelle: 6645 Beckingen 4

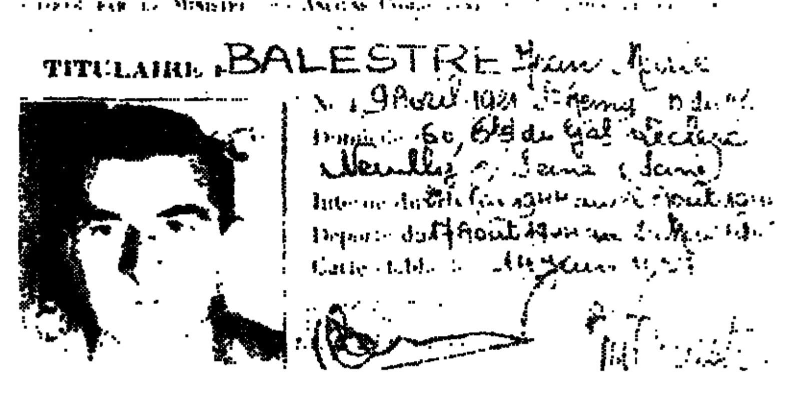
Baugeschäft, 105 J. in Hamburg
aus Altersgründen m. Inventar z. verk.
Zuschr. u. PP 47 776 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Wasserdichte Flachdächer – Langzeiterfahrung mit AQUEX-FLÜSSIGFOLIE DBP
auf Wohnhäusern, Werkshallen, Garagen usw. Unkomplizierte Verarbeitung. Beschichtung vollflächig haftend, wasserdicht, hochelastisch, dampfdurchlässig, wetterbeständig.
Information durch HYDREX-CHEMIE GMBH, Friedhofstr. 36, 7980 Ravensburg, Telefon 07 51/2 22 19, Telex 732 892

Versandhandelshaus mit kaufkräftigem Kundenstamm sucht leistungsfähige Lieferanten für
Neuheiten
Geschenkartikel
Hobby- und Freizeitartikel
Angebote erbeten an die beauftragte Werbeagentur:
Primus GmbH
Am Ährenfeld 12, 8000 München 70
Tel. 0 89 / 7 60 37 37

MOTORSPORT / Schwere Vorwürfe eines französischen Journalisten





Abschrift/V.

Dienststelle
Ersatzkommando der Waffen-SS Frankreich

Name und Dienstgrad	Geburts-datum	Art der Verwendung	Tauglichkeits-grad
SS-Hstuf. (F) [illegible]	18.10.09	Adjutant	kv.
SS-Ustuf. Vogel, Sepp	20. 7.03	[illegible]	"
SS-Uscha. [illegible], Reinhold	19. 3.15	1. Fahrer	"
SS-Schtz. Stephanus, Robert	25. 5.21	2. Fahrer	"
SS-Hstuf. Dr. [illegible], Otto	12. 9.07	Tr.-Arzt	"
SS-Oscha. [illegible], Karl	28. 8.04	UDG	"
SS-Ustuf. [illegible], Jean	22. 8.20	UDG	"
SS-Oscha. Iversen, [illegible]	28. 5.10	Referent	"
SS-Hstuf. Hikles, Alfred	4. 1.07	Leiter	"
SS-Schtz. Balestre, Jean	9. 4.21	Referent	"
SS-Schtz. [illegible], Henri	26.12.14	Mitarbeiter	"
" Chapuis, Jean	12. 3.21	Mitarbeiter	"
" Dufresne, Roger	19. 5.21	Mitarbeiter	"
" [illegible], André	10.11.23	Mitarbeiter	"
" [illegible], Roger	22. 9.20	Mitarbeiter	
SS-Ostuf. [illegible], Walter	23.11.13	Zahlstellen-leiter	"
SS-Uscha. [illegible], Eduard	11.12.08	Kassenleiter	"
SS-Stam. Graß, Hans Joachim	20. 5.23	Rechn.-F.	"
SS-Uscha. [illegible], Jean	10. 7.10	Mitarbeiter	bedingt kv.
SS-Ustuf. (F) [illegible], Hans	19. 8.02	Leiter	"
SS-Ostuf. Dr. Kroeger, Erhard)	24. 3.05	Überw. Führer	"

Dokumente aus dem Buch „Des Bolides en Or" über die Vergangenheit des FISA-Präsidenten Jean-Marie Balestre: Das Foto oben links zeigt Balestre als SS-Angehörigen im Jahre 1944. Die „Carte de déporté résistant" weist Balestre als ehemaligen französischen Widerstandskämpfer aus. Der Auszug aus den Personalakten des Ersatzkommandos der Waffen-SS Frankreich (oben) wiederum führt den SS-Schützen Jean Balestre als Referenten auf. Balestre, im Hauptberuf Journalist, ist 62 Jahre alt.

War Balestre SS-Angehöriger oder Widerstandskämpfer oder gar beides?

KLAUS BLUME, Bonn

Jean-Marie Balestre, der französische Präsident des internationalen Automobilsportverbandes FISA, soll SS-Angehöriger gewesen sein. Die FISA, der er vorsitzt, dürfte im Verbund mit dem Internationalen Automobilverband FIA (Präsident: Paul Alfons Fürst Metternich) Milliardensummen bewegen. Ohne Balestres Ein- oder Zuspruch dreht sich im internationalen Automobilsport kein Rad. Das ist der Hintergrund, vor dem Balestre heute agiert.

Am 1. und 2. März 1944 erschien in der französischen Zeitschrift „Devenir" der Aufsatz „Die Soldaten des Führers", gezeichnet von „Jean Balestre, Soldat der SS". Ein Auszug: „Die französischen Freiwilligen der SS kämpfen für ihr Vaterland. In der Erwartung, morgen dem Führer Frankreichs dabei helfen zu können, die Revolution zu entfachen, sind sie die Soldaten des Führers, sind sie die fanatischen und treuen Soldaten Adolf Hitlers, der ihnen zweimal die größten Ehren hat zuteil werden lassen."

Der Aufsatz „Die Soldaten des Führers" wurde vor zwei Jahren bereits von der italienischen Zeitschrift „Auto-Sprint" nachgedruckt, wobei die Redaktion ihren Lesern noch folgenden Hinweis gab: „Die Ausländer, die in die SS eintraten, waren in der Regel fanatische und bindungslose Jugendliche, die vom Prestige und der Macht angezogen waren, welche die Männer in der schwarzen Uniform genossen. Sie wurden auch die perversen Wachengel des Führers genannt. In Frankreich traten mehr als 20 000 Freiwillige in die SS ein."

Daß Jean-Marie Balestre in der Tat französischer SS-Angehöriger war, glaubt nun in diesen Tagen der französische Journalist Jean-Pierre Dubreuil in seinem gerade erschienenen Buch „Des Bolides en Or" – „Die goldenen Boliden" – beweisen zu können. Dubreuil (35) dokumentiert dies mit Fotos – eines davon zeigt Balestre in SS-Uniform, mit Personalpapieren und Tagesbefehlen. Demnach soll Balestre seit 1943 unter der Dienstnummer 10248 mit dem Dienstgrad „Schütze" und dem Arbeitsgebiet „Referent" freiwilliges Mitglied der Waffen-SS in Frankreich gewesen sein und sich hauptsächlich um die Rekrutierung von Franzosen in der Normandie, der Bretagne und der Bourgogne gekümmert haben.

Balestre verteidigte sich bisher gegen diese Vorwürfe so: Der Aufsatz in dem italienischen Blatt „Auto-Sprint" sei von seinem italienischen Intimfeind Enzo Ferrari lanciert worden, um ihn zu verleumden. Zum Foto in SS-Uniform sagte Balestre: „Das bin ich nicht." Überdies sei er – siehe obiges Dokument – nach dem Krieg von der französischen Regierung als Widerstandskämpfer gegen die Nazis anerkannt worden, was ihm auch eine monatliche Rente von umgerechnet etwa 2000 Mark einbringt. Aus dem Tagesbefehl eines SS-Hauptsturmführers Berger, ausgestellt am 26. 1. 1945 in Berlin-Grunewald, geht denn auch hervor, daß der SS-Schütze Jean Balestre, geboren am 9. 4. 1921, nach Deutschland versetzt wurde. Balestre behauptet, er sei dann nach Danzig, Oranienburg, Dachau und Herzbruck gekommen.

Am 26. 2. 1945 erhielt sein Vater Jean Balestre, wohnhaft damals in Paris III, Rue de Bretagne 12, mit der „2. Verlustmeldung" des SS-Führungshauptamtes Berlin-Wilmersdorf die Mitteilung, daß sein Sohn angeblich verstorben sei. Die Rubrik „Verstorben an Verwundung am:" wurde dabei nicht ausgefüllt.

War Balestre nun SS-Angehöriger oder Widerstandskämpfer oder war er beides? Balestre hat die Vorwürfe, die in dem Buch „Die goldenen Boliden" gegen ihn erhoben wurden, heftig bestritten. Er hat gegen den Autor Jean-Pierre Dubreuil Strafanzeige gestellt und darauf hingewiesen, daß es über seine angebliche SS-Angehörigkeit schon zwei Gerichtsurteile gebe, die beide zu seinen Gunsten ausgefallen seien. Balestre bestreitet auch die Behauptungen, er habe über die Konstrukteursvereinigung FOCA für genehme Regeländerungen heimlich finanzielle Zuwendungen zwischen 60 000 und 92 000 Franc erhalten. Auch sei es eine Erfindung, daß er seinen Zweitwohnsitz in Opio mit illegalen Geldern finanziert habe.

Ein Vollprofi: Das Allround-Talent Wolfgang Spier

Lebenslänglich Humorist

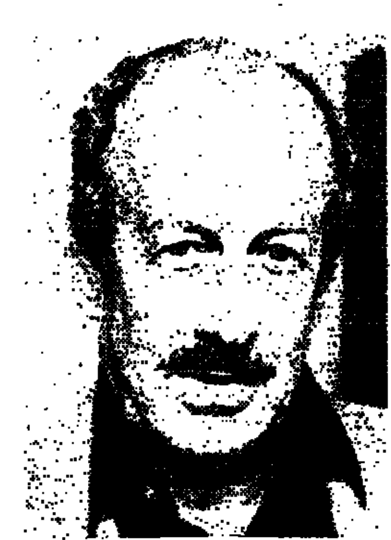
„Wer Spaß sagt, muß auch Spier sagen", kursiert es in den Kantinen der Fernsehanstalten. So hergeholt dieser Kalauer auch sein mag – er trifft recht genau den Kern der Sache. Wolfgang Spier (Jahrgang 1920) gehört zur wirklich raren Zunft der Unterhaltungsprofis hierzulande. Heute abend findet wieder sein populäres Quiz „Wer dreimal lügt" statt, eine Sendung, die er seit 1978 locker und mit sichtlich großem Vergnügen moderiert.

In seiner Kategorie ist der Spier kaum zu schlagen. Als man im Fernsehen auf die Idee verfiel, die Sendung für eine Zeitlang abzusetzen, da hagelte es waschkörbeweise Proteste, und nur durch das Insistieren der Fernsehzuschauer wurde sie wieder ins Programm gesetzt. Spier selber erklärt die Beliebtheit seiner Sendung mit den Worten: „Das ganze Fernsehpublikum kann mitraten, und niemand braucht sich, weil das ein Ulk ist, hinterher zu sagen, er sei nicht gebildet genug, wenn er falsch gelegen hat."

Wer dreimal lügt – ARD, 21.00 Uhr

Doch das Fernsehquiz ist nur eine winzige Facette aus seinem weiten Spektrum. Spier ist ein Multi-Talent: Er ist als Schauspieler ein gar köstlicher Komödiant; die Berliner, Hamburger und Münchner haben ihm oft genug applaudiert. Er kann Falten um die Augenwinkel so spielen lassen, daß die Damen in der letzten Reihe noch von seinem Charme überwältigt sind. Sein Bogen reicht von Shakespeare, Ionesco bis Pinter; er selbst bevorzugt Boulevardstücke, Musicals und Komödien. Die Fernsehzuschauer können auch am kommenden Samstag sein Talent zum Komischen in Ayckbourns Lustspiel „Treppauf – treppab" testen.

Gleichzeitig trat und tritt Spier immer wieder als Regisseur auf. Inszenieren gehört mit zu seinen Leidenschaften. Dabei waren seine Lebens-Schienen einst ganz anders gelegt. Spier, als Sohn eines Psychologen in Frankfurt am Main geboren, wollte ursprünglich Medizin studieren. Doch 1939 wurde er als „Halbjude" nicht zugelassen. Ein wirtschaftswissenschaftliches Studium gab er bald auf, absolvierte eine Banklehre. Mehrere Jahre arbeitete er dann als Bankangestellter, bis, ja bis das Leben die berühmte Volte schlug. Spier nahm Schauspielunterricht in Berlin, spielte dann in Wiesbaden. Zwei Jahre Regie-Assistent bei Karl-Heinz Stroux, wo er sein Metier von der Pike auf lernte. Wieder zurück in Berlin, gründete er dort den Theaterclub im British Centre, dessen künstlerischer Leiter er bis 1955 war. Daneben spielte und inszenierte er an der „Tribüne" und an der „Komödie".



„Wer Spaß sagt, muß auch (Wolfgang) Spier sagen" FOTO: RÖHNERT

Die Berliner erkannten sehr schnell, was sie an „ihrem Spier" hatten, und zeichneten ihn bereits 1953 mit dem Kunstpreis der Stadt aus.

Er hat alles ausprobiert: Theater, Film, Fernsehen, Hörfunk und Kabarett. Er weiß, was beim Publikum ankommt. Sein Humor ist ansteckend, sein Witz inspirierend. Tiefen und Tiefschläge überwindet er mit der Energie des lebenslänglichen Humoristen, der weiß, daß irgendwann wieder die Sonne scheinen wird.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

KRITIK

Das Nordlicht schmunzelt

Die bayerische Sprache hat die liebenswerte Eigenschaft, schwache Stücke so abzustützen, daß sie uns ganz possierlich erscheinen. Wenn der Sedlmayr den Mund aufmacht, wird die Dramaturgie unwichtig, da tönt es wie in Tölz aus dem Gehölz, und das urlaubsreife Nordlicht schmunzelt versöhnt. Sehr viel mehr wäre zu der bajuwarischen Komödie **„Rambo Zambo"** (ZDF) des Donga Reinhard nicht zu sagen, hätte er nicht ohne unser Vertrauen in die alpenländische Idiomatik unnütz auch noch den Onkel Lou und den ausgelutschten Eddie Constantine in das Gaunerspiel eingebracht, als hätten sie es nötig, die Bayern!

Die Wahrscheinlichkeit blieb ohnehin schon vor der ersten Klappe auf der Strecke: Ein kleinstädtischer Sparkassendirektor ist Mitglied einer Geldfälscherbande, drei clevere junge Leute aus dem Ort machen zum Spaß einen Banküberfall, erfolgreich, versteht sich. Doch die erbeuteten Gelder bestehen aus den Blüten des Direktors, auf die denn auch nicht nur Laien, sondern auch geistliche Herren hereinfallen, und so weiter.

Natürlich gibt es da viel zu lachen, aber wenn ich diesen Faschingdienstagspaß noch einmal mir im Kopfe umwälze, fällt mir auf, so viel gelacht haben wir eigentlich nicht. Doch haben wir durchgehend geschmunzelt, und als dann in der unmittelbar darauffolgenden Sendung dieser Mike Krüger auftrat, da haben wir gewußt, warum: Es ist halt das Bayerische, das uns so freut.

VALENTIN POLCUCH

STUDIO

In zahlreichen Sendungen will sich der WDR-Hörfunk ab Sommer dieses Jahres kritisch mit Kriegsende und Nachkriegszeit auseinandersetzen. Den Auftakt bilden zwei **Hörspiele**, die bereits in diesem Monat ausgestrahlt werden. Gert Hofmann, Träger des Hörspielpreises der Kriegsblinden 1982, schrieb die Funkdramen „Unser Schlachthof" (15. März) und „Peter und Edgar und der Wolf" (22. März). Beide Hörspiele schildern aus der Sicht von Kindern den Moment der Ernüchterung nach dem gerade überstandenen Krieg. Inszeniert wurden beide Stücke von dem Theaterregisseur Hans Lietzau. Zum ersten Mal haben WDR und NDR in ihrem gemeinsamen ersten Programm eine solche Produktion realisiert. E.W.





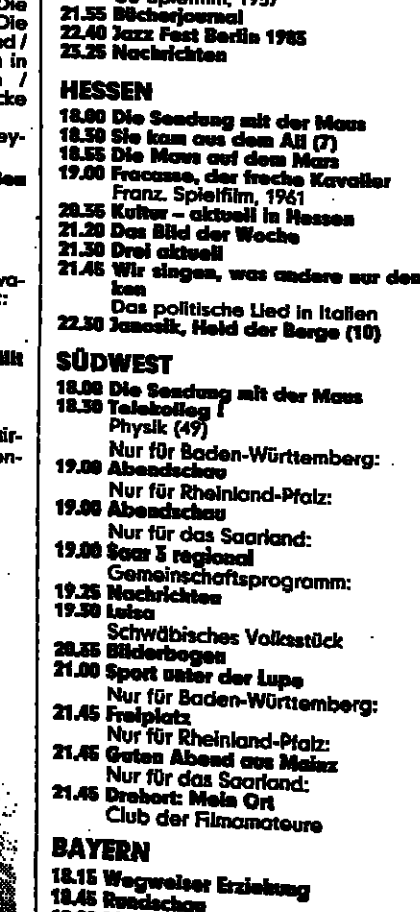
III.

ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Die Sendung mit der Maus
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Fußball-Europapokal
11.40 Na, sowas!
12.10 ZDF Magazin
Mit Fritz Schenk
12.50 Presseschau
13.00 Tagesschau

16.00 Tagesschau
16.10 Expeditionen ins Tierreich
Heinz Sielmann zeigt: Tiere am Amazonas
16.55 Gorgonzola Löwenherz
Abenteuer mit der interplanetarischen Ratte
17.15 Weltspiegel für Kinder
Mit Hansjürgen Rosenbauer
Mit den Themen: Ein Junge aus Sambia putzt Schuhe, um seine Familie zu ernähren, anstatt in die Schule zu gehen / Ein Mädchen aus Spanien lernt Flamenco tanzen / Ein „sprechendes" Auto in den USA / Skikurs für blinde Kinder in der Schweiz.
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschließend: Der 7. Sinn
20.18 Unter deutschen Dächern
Und ewig stinken die Felder
Daß es auf dem Land riecht, ist eine landläufig bekannte Weisheit, die allein noch keinen Film wert wäre; daß ein Land an seinen Fäkalien erstickt – schon eher. Das Land in Südoldenburg wandelt sich zur Landwirtschaftslatrine, die Einwohner halten sich die Nase zu und verfolgen ohnmächtig die äußere und innere Veränderung ihrer Heimat.
Nina Kleinschmidt und Wolf-Michael Eimler haben sich in Südoldenburg mit der Kamera umgesehen.
21.00 Wer dreimal lügt
Mit Wolfgang Spier
21.50 Meine Gäste und ich
Ein Abend mit Werner Schneyder, Heidelinde Weis, Ottfried Fischer und Konstantin Wecker
22.30 Tagesthemen
23.00 Tatort
Grenzgänger
0.35 Tagesschau

16.00 heute
16.04 Religionen
Letzter Teil: Hindus
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Kuschelbären
Abenteuer mit Franziska
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Rainhard Fendrich mit seiner neuen Single „Auf und davon"
17.50 Tom und Jerry
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mann, halt die Luft an!
Auf ausgelatschten Freiersfüßen
19.00 heute
19.30 Lach mal wieder
Szenen – Sketche – Witze mit Günter Pfitzmann
Mit den Geschichten: Ein Glas Bier / An den Freund in Hamburg / Eile mit Weile / Vergeßlichkeit / Die Ohrfeige / Theorie und Praxis / Die Sportreporter / Sehr gut / Die Hochzeitsnacht / Das neue Hemd / Der Zahn muß raus / Jubiläum in Klingenbach / Augentropfen / Letztes Rezept / Kalle und Macke am Stammtisch.
Regie: Wolfgang Spier, Pit Weyrich
20.30 Mit musikalischen Grüßen – Ihr Richard Clayderman
Als Gast: Nicolas de Angelis
21.00 Telemotor
Mit Harry Valérien
Mit den Themen: Gebrauchtwagen / Verkehrslärm / Auto-Test: Peugeot 205
21.45 heute-journal
22.05 Was einem Nachbarn so auffällt (2)
Europa '84
22.50 Barry Manilow
Höhepunkte seines Open-air-Konzerts vom August 1983 in Blenheim, England
23.35 heute



Kommissar Schimanski (Götz George) kümmert sich um einen Verletzten (Wilhelm Thomczyk) in der Tatort-Folge „Grenzgänger", um 23.00 Uhr in der ARD FOTO: TELEBUNK

WEST
18.00 Telekolleg
Physik (49)
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Schlußakkord
Dt. Spielfilm, 1936
Mit Willy Birgel, Lil Dagover u. a.
Regie: Detlef Sierck
21.50 Der Kanzler ist nicht der Bürgermeister
Bonn: Kommune und Kapitale – Bericht von Reinhard Kleinmann und Ute Pauling
22.20 Sturz der Sterne
Von der Kavallerie der Luft zum technischen System
23.05 La Ville Rose
23.50 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Schach für jedermann
18.45 Mikroelektronik
19.15 Dörfer in der Dritten Welt (1)
Bericht aus Malaysia
20.00 Tagesschau
20.15 Der Seemann und die Nonne
US-Spielfilm, 1957
21.55 Bücherjournal
22.40 Jazz Fest Berlin 1983
23.25 Nachrichten

HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Sie kam aus dem All (7)
18.55 Die Maus auf dem Mars
19.00 Fracasse, der freche Kavalier
Franz. Spielfilm, 1961
20.35 Kultur – aktuell in Hessen
21.20 Das Bild der Woche
21.30 Drei aktuell
21.45 Wir singen, was andere nur denken
Das politische Lied in Italien
22.30 Janosik, Held der Berge (10)

SÜDWEST
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Telekolleg I
Physik (49)
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Luise
Schwäbisches Volksstück
20.35 Bilderbogen
21.00 Sport unter der Lupe
Nur für Baden-Württemberg:
21.45 Freiplatz
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.45 Guten Abend aus Mainz
Nur für das Saarland:
21.45 Drehort: Mein Ort
Club der Filmamateure

BAYERN
18.15 Wegweiser Erziehung
18.45 Rundschau
19.00 Mein oder Dein
Komödie von Michael und Fay Kanin
20.50 Wege des Glaubens
21.35 Rundschau
21.50 Z. E. N.
21.55 Auf verbotenen Wegen
Englischer Spielfilm, 1979
Mit Alan Bates, Pauline Moran u. a.
Regie: Colin Gregg
23.25 Rundschau
23.50 Actualités

FUSSBALL / Niederlage für Günter Mast

Namensänderung wurde von einer Zivilkammer untersagt

sid, Frankfurt

Der Plan des Likör-Fabrikanten Günter Mast, den Fußball-Bundesligaklub Eintracht Braunschweig nach einem seiner Produkte in „BTSV Jägermeister" umzubenennen, ist erstmal gescheitert. In der ersten Runde des Rechtsstreits mit Mast feierte der Deutsche Fußball-Bund (DFB) am Aschermittwoch einen Sieg gegen den Präsidenten von Eintracht Braunschweig.

Die 6. Zivilkammer des Landgerichts in Frankfurt erklärte die Satzungsänderung durch den DFB-Bundestag für zulässig, die Änderungen, Ergänzungen oder Neugebung von Vereinsnamen oder Vereinszeichen zum Zwecke der Werbung verbietet. Damit wurde die Klage von Mast abgewiesen, der die am 14. Dezember 1983 von der Braunschweiger Mitgliederversammlung beschlossene Namensänderung mit Hilfe von ordentlichen Gerichten durchziehen wollte.

Das Landgericht Frankfurt schloß sich der DFB-Argumentation an. „Es liegt im eigenen Interesse der Vereine, sich vor dem totalen Eingriff der Wirtschaft zu schützen", sagte der Vorsitzende Richter Günther Kinnel zur Begründung.

Günter Mast zeigte sich davon allerdings wenig beeindruckt. „In erster Instanz zu verlieren, ist nichts Schlimmes. Wir werden mit Sicherheit in die Berufung gehen", erklärte Mast, der in Frankfurt nicht einmal durch einen Anwalt vertreten war. „Bis eine endgültige Entscheidung in dieser Angelegenheit fällt, wird noch viel Wasser die Elbe hinunterfließen", meinte der Fabrikant mit Hinweis auf den langen Weg durch alle Instanzen bis hin zum Bundesgerichtshof. Zunächst wird der Rechtsstreit (Streitwert 100 000 Mark) voraussichtlich Ende des Jahres in der Berufung das Oberlandesgericht in Frankfurt beschäftigen.

„Mit der Aufnahme des Firmennamens oder der Markenbezeichnung in den Vereinsnamen bedient sich der Verein nicht mehr der Werbung, sondern wird selbst zum Gegenstand der Werbung eines dafür aufkommenden Unternehmens", heißt es in dem Urteilsspruch. Im Gegensatz zur Trikot- oder Bandenwerbung sei der Verein dann nicht mehr gleichberechtigter Partner der werbenden Wirtschaft, sondern völlig abhängig von ihr.

STAND ● PUNKT

Holmenkollen

Es ist eine schwere Strecke, die Biathlon-Loipe am Holmenkollen in Oslo, mit ständigem Auf und Ab, mit vielen Richtungswechseln. Eben richtig nordisch, so wie es sich bei den Holmenkollen-Spielen gehört und wie es sich für ein Weltcup-Finale auch geziemt. Heute abend werden wir wissen, ob Peter Angerer seinen Titel „Weltcup-Sieger" aus der letzten Saison verteidigt hat oder ob er in dem „DDR"-Athleten Frank Roetsch einen Nachfolger fand.

Weltcup-Finale am Holmenkollen, das ist allemal ein Fest des nordischen Skisports. Denn die Holmenkollen-Spiele gehören zu den ganz großen historischen Klassikern im Sport, so wie das Wimbledon-Turnier im Tennis und die Tour de France der Radrennfahrer.

Seit 1883 gibt es diese Veranstaltung. Der norwegische König Olaf, 1923 selbst Holmenkollen-Teilnehmer, wird den Siegern die Holmenkollen-Medaillen überreichen. Was ist im nordischen Skisport schon begehrter?

WERNER JUNGE

TENNIS

Turnier von Bahrain, erste Runde: Westphal (Deutschland) – van Nostrand (USA) 6:3, 3:6, 6:4.

Grand-Prix-Turnier in Brüssel: Boileau (Belgien) – Curren (Südafrika) 6:3, 6:4.

SKI ALPIN

Weltcup-Slalom, Herren, in Vail/US-Bundesstaat Colorado: 1. Zoller (Österreich) 1:14,11, 2. Pogangelov (Bulgarien) 1:41,56, 3. Halvarsson (Schweden) 1:41,73 und P. Mahre (USA) 1:41,73 ... 10. Stenmark (Schweden) 1:42,54 ... 25. Hirt (Deutschland) 1:46,93. – **Stand im Slalom-Weltcup:** 1. Stenmark 106, 2. Girardelli (Luxemburg) 95, 3. Gruber (Österreich) 73.

Anzeige

Gefriergut aus der Bauerntruhe

AEG Gefriertruhen mit hochwertigen Dekors

Als erster Hersteller der Welt hat AEG-TELEFUNKEN farbig bedruckte Energiespar-Gefriertruhen auf den Markt gebracht. Die Motive Bauernmalerei, Blumen- und Holzdekor werden nach Spezialbeschichtung der Truhenbleche im Thermo-Umdruckverfahren dauerhaft und kratzfest aufgebracht. Die paßgenau verarbeiteten Truhen sind als Energiespartruhen ausgelegt, haben also optimale Wärmedämmung. Sie brauchen in 24 Stunden nur 0,8 kWh. Der Nutzinhalt beträgt 259 Liter.

SKI NORDISCH

Weltcup-Springen in Falun/Schweden, 70-m-Schanze: 1. Parma (CSSR) 206,1 Punkte, 2. Hastings (USA) 201,9, 3. Hirner (Österreich) 198,4, 4. Nykänen (Finnland) 197,5. – Stand im Weltcup: 1. Nykänen 199, 2. Weißflog („DDR") 170, 3. Hastings 119.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 877 537,90, 2: 204 758,80, 3: 8 919,70, 4: 139,70, 5: 9,70. – **Toto**, Elferwette: Klasse 1. 10 627,60, 2: 465,80, 3: 45,20. – **Auswahlwette „6 aus 45"**: Klasse 1: unbesetzt, Jackpot: 503 638,20, Klasse 2: 85 323,50, 3: 3999,50, 4: 66,50, 5: 6,40. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 3473,20, 2: 337,60. – Rennen B: 123,40, 2: 10,30. – Kombinations-Gewinn: unbesetzt, Jackpot: 179 711,80. (ohne Gewähr).

SPORT-NACHRICHTEN

Turek erneut operiert

Düsseldorf (sid) – Toni Turek, Torwart der deutschen Fußball-Weltmeister-Mannschaft von 1954, mußte in der Düsseldorfer Universitätsklinik an der Galle operiert werden. Im Januar war zwei Tage vor seinem 65. Geburtstag ein Eingriff am Herzen nach einem Infarkt notwendig geworden.

Radprofi gedopt

Madrid (sid) – Der spanische Radprofi Pedro Munoz wurde von seinem nationalen Verband für vier Monate gesperrt, weil er des Dopings überführt wurde. Außerdem erhielt Munoz, der auf der vierten Etappe der Valencia-Rundfahrt unerlaubte Aufputschmittel eingenommen hatte, eine Geldstrafe von 1800 Mark.

Hilflos auf der Tribüne

Madrid (dpa) – Der 70 Jahre alte Fußballfan Felix Gil de la Serna erlitt am Sonntag beim Lokalderby Atletico gegen Real Madrid unbemerkt von seiner Umgebung einen Gehirnschlag und blieb eineinhalb Tage lang hilflos auf seinem Tribünensitz zurück. Erst am Dienstag vormittag wurde er bewußtlos und in lebensgefährlichem Zustand auf der Tribüne des Manzanares-Stadions gefunden, als die Mannschaft von Atletico zum Training kam.

Angerer vor Fischer

Oslo (dpa) – Mit einem deutschen Doppelsieg endete der 20-km-Biathlon-Wettbewerb bei den traditionellen Holmenkollen-Spielen in Oslo. Olympiasieger Peter Angerer (Hammer) gewann vor Fritz Fischer (Ruhpolding).

Jubilar ohne Weihrauch

egs – Er wünsche keine Anerkennung und kein Lob von seiten derer, die schlecht über ihn redeten. Mit diesen Worten reagierte der Altmeister der Zagreber Soziologie, Professor Rudi Supek, als er auf einer Konferenz jugoslawischer Soziologen an der Universität der kroatischen Landeshauptstadt anläßlich seines siebzigsten Geburtstages öffentlich geehrt werden sollte. Supek ist einer der Begründer der jugoslawischen Soziologie. Er war in den bewegten sechziger Jahren Chefredakteur und gewissermaßen „Antriebsaggregat" der philosophisch-soziologischen Zeitschrift „Praxis", die sich – von einer neomarxistischen Position aus – kritisch und unerschrocken mit der Herrschaftspraxis in den kommunistischen Ländern, mit dem Wesen der kommunistischen Parteien und mit dem Stalinismus zu befassen begann. In der Sowjetunion löste sie wütende Polemik aus – und schließlich verbot auch das jugoslawische Regime diese Publikation.

Supek, der vor dem Zweiten Weltkrieg als Jungkommunist begonnen hat und in nationalsozialistischen Konzentrationslagern seine harten Erfahrungen sammelte, geriet bald wegen seiner scharfsichtigen, unbestechlichen soziologisch-politischen Analysen mit den kommunistischen Machtinstanzen seines eigenen Staates in Konflikt. Doch das wußte er zu ertragen. Sogar die Ehrungen zu seinem siebzigsten Geburtstag benutzte er nun noch, um gar nicht erst die Illusion aufkommen zu lassen, hier werde Weihrauch gestreut. Von seinen Studenten und einstigen Schülern mit donnerndem Applaus begrüßt, hielt der Siebzigjährige unbekümmert eine Philippika. Er verglich das intellektuelle Klima Frankreichs – wo er sich oft aufhält – mit der Atmosphäre in Jugoslawien und sprach von „Intrigen, Schikanen und Versuchen der Degradierung", denen die Wissenschaftler in seinem Vaterland ausgesetzt seien.

Der Fall Supek ist symptomatisch für den hybriden Zustand, für die „Zwischenzone", in der sich das heutige Jugoslawien befindet. Es gibt hier mehr Möglichkeiten zum Dissens als sonst irgendwo in der kommunistischen Welt. Aber wer wie Supek von dieser Freiheit Gebrauch machen will, muß Tag für Tag den Rubikon überschreiten und Mut beweisen.

Ein Lehrstück der Romantik: Die Neue Staatsgalerie in Stuttgart eröffnet

Blick in den Löwenzwinger

Die Besucher werden nach dem Eingang fragen. Schon mit ihrer Frontseite an der starkbefahrenen Konrad-Adenauer-Straße spricht die Neue Staatsgalerie in Stuttgart, die morgen eröffnet wird, vielen Erwartungen Hohn. Ist das Steingebirge, das sich da zurücktreppt wie ein Weinberg und außer einigen wasserfallartigen Glasvorhängen weder Fenster noch Türen zu besitzen scheint, überhaupt ein Gebäude? Den Passanten schiebt sich eine 150 Meter lange Mauer entgegen, in deren übermannshohe Front nur in der Mitte eine schmale Öffnung gebrochen ist. Steckt man den Kopf in das schwarze Loch, blickt man in die blinden Scheinwerfer abgestellter Autos. Ein Museum?

Der Besucher muß sich bequemen, eine der beiden Rampen in der Mauer hinaufzugehen, dann steht er auf einer weiten Terrasse. Darüber steigen weitere Steinterrassen und Rampen an. Aber den Eingang sieht er noch immer nicht. Der liegt nämlich, fast möchte man sagen, gut getarnt in einer vorgeschobenen Seitenfront neben dem großen Glasvorhang, während die Rampen in der Fassade hinauf in die dahinter ansteigende Wohnsiedlung führen.

So also präsentiert sich der 89 Millionen Mark teure Bau des Engländers James Stirling, der so viele Vorschußlorbeeren geerntet hat, an seiner Schauseite. Sein abenteuerliches, „futuristisches" Aussehen stiftet unter den Fachleuten Verwirrung. Diejenigen, die in den Entwürfen Stirlings „autoritäre", ja „faschistische" Züge zu erkennen glauben, sehen sich heute in Grund und Boden blamiert. Aber auch jene, die sich vorbereitet hatten, eine Apotheose klassizistischer Repräsentationsarchitektur vorzufinden, fühlen sich irregeführt.

Vom berühmten „U" des Grundrisses, das der benachbarten Alten Staatsgalerie von Gottlob Barth nachgebildet ist, vermag das Terrassengebilde keinen Eindruck zu geben, und die mit golden schimmerndem Travertin und Sandstein verkleideten Fassaden werden durch die knallig gefärbten Rampengeländer derart zerschnitten, daß der Gestus der Feierlichkeit dieses Kunsttempels zur Grimasse verzerrt scheint.

Und dennoch ist dieser Bau ein Manifest der „Postmoderne" – von so gellender Verachtung für die altgewordene Moderne, daß er Epoche machen kann. Die Bauhäusler hatten in weltverbessernder Absicht die Kunst aus den Musentempeln herausholen und zur Supermarktware machen wollen. Einen Höhepunkt dieses Bestrebens markiert die Berliner Nationalgalerie von Mies van der Rohe: Die ausgestellten Kunstwerke stehen praktisch auf der Straße, nur noch durch eine durchsichtige Glaswand getrennt. Ganz auf dieser Linie lag auch der (durchgefallene) Entwurf des Olympiaarchitekten Günter Behnisch für eine „Museumsmaschine" in Stuttgart.

Mit dieser Profanisierung hat die Postmoderne Schluß gemacht. Alexander von Branca schuf seiner Neuen Pinakothek in München (1981) durch eine Teichanlage, Bogenfenster und eine Freitreppe Distanz, und der Wiener Hans Hollein verlegte sein Mönchengladbacher Abteibergmuseum (1982) wie eine Schatzhöhle in den Berg. Zu Stirlings Stuttgarter Neubau nun geht es über Rampen hinauf, die Wände zur Außenwelt sind – bis auf einen schmalen Rundbogenschlitz – geschlossen. Der Effekt ist überall der gleiche: Der Besucher wird in eine Gegenwelt entführt, in der die Kunst den Platz der Wirklichkeit einnimmt.

Als Karl Friedrich Schinkel 1822 die berühmte Rotunde für sein Altes Museum in Berlin konzipierte, schrieb er: „Hier muß der Anblick eines schönen und erhabenen Raumes empfänglich machen und eine Stimmung geben für den Genuß und die Erkenntnis dessen, was das Gebäude überhaupt bewahrt." Stirling, der die Rotunde übernommen hat, ohne ihr die gleiche Funktion zuzuweisen, erreicht die Verwandlung des Straßenpassanten zur Museumsfigur schon im Foyer. In dem weiten, sich unregelmäßig aus- und einbuchtenden Raum hinter dem gläsernen „Wasserfall" wird der Besucher endgültig „umgepolt".

Eine kleine kuppelüberwölbte Rotunde außerhalb der Hauptachse, dahinter der Blick durch Fenster in das imponierende Rund der großen (bei Stirling offenen) Rotunde, der grellgrüne Gumminoppenfußboden, der tiefergelegene Vortragssaal mit seinen riesigen Pilzkopfstützen, die scheinbar ins Nichts einer Lichtrasterdecke ragen, die klobige Betonsäule, die auf einer „Bleistiftspitze" eine aufwärtsführende Prozessionsrampe balanciert, das grellbunte Gestänge des offenen Fahrstuhls – all das ordnet sich zu Elementen einer sonderbaren, künstlichen Welt mit befremdlichen Sinngebungen und Symbolen.

Die klaffenden, grellen Widersprüche dieser Konzeption sind keine „Unfälle", sondern kunstvolle Inszenierung des Architekten. Warf das Bauhaus die Begriffe von Kunst und Stil, von Baugeschichte und Symbolik auf den Müll, so zelebriert sie Stirling geradezu mit Hingabe, freilich nicht, ohne sie ständig ironischer Spiegelung auszusetzen.

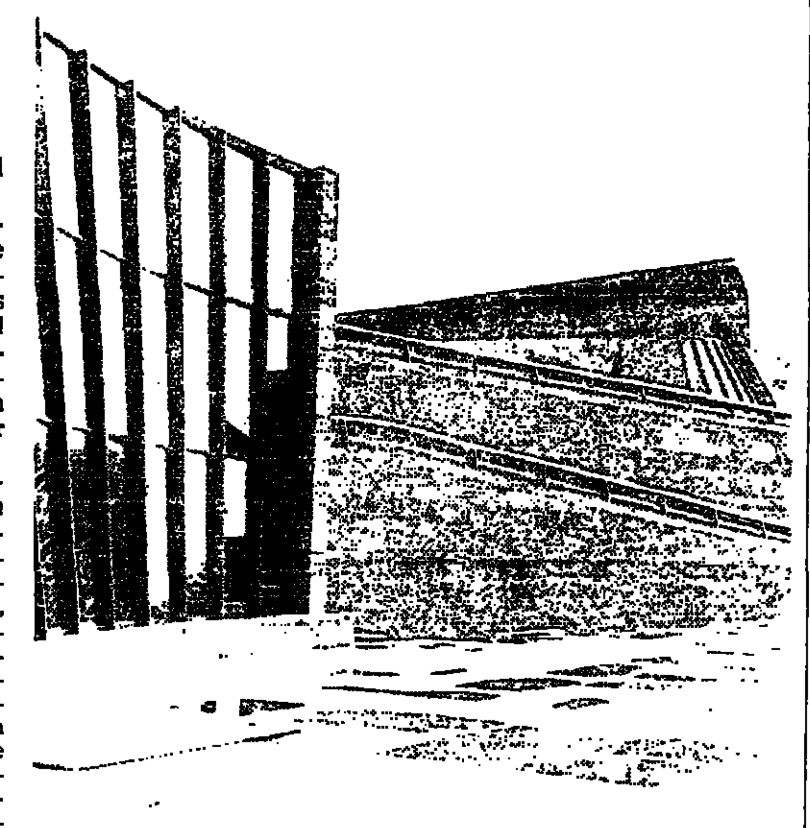
Im ersten Stock, in den Schauräumen der Modernen Kunst mit ihren Raumfluchten, klassizistischen Giebeln über den Türen, ihren technizistischen Lichtrasterdecken, ihren hohen Fenstern zur Skulpturenterrasse, ihren Gesimsbruchstücken als Beleuchtungskörpern plaziert der Engländer zwei gravitätische Leuchtsäulen vor einer schmalen gelben Eisentür. Sie geben dem schmucklosen Durchlaß zum Verwaltungstrakt die Weihen einer „ägyptischen" Feierlichkeit und setzen ihn einem humorvollen Dialog über Würde, Vergänglichkeit und biedere Funktionalität aller Art von Verwaltung aus.

Wie hier, so oszilliert Stirlings fremde, phantastische Welt überall in diesem Haus zwischen technischen Brutalismen und hehren Gesten, zwischen Feierlichkeit und Banalität, zwischen Gegenwart und Vergangenheit, Plumpheit und Grazie: am sinnfälligsten in der offenen Rotunde, in der es zur seltsamsten Begegnung zwischen Schein und Sein in der jüngeren Architekturgeschichte kommt.

Die Besucher, wenn sie aus dem riesigen Säulenportikus (der Nachbildung eines Grabmals von Weinbrenner) in die Arena zu den Skulpturen treten, sehen auf einer unerreichbaren Rampe über den Köpfen der Standbilder Straßenpassanten den Durchgang durch das Museum benutzen – Passanten, die durch ihren „Auftritt" im Museum selbst zu Ausstellungsstücken werden. Diese wiederum blicken hinunter in die künstliche Museumswelt wie in einen Löwenzwinger und sehen die Menschen zwischen den Steinfiguren als belebte Skulpturen.

In dieser Szene werden Raum und Zeit zu Täuschungen erklärt, wird die Gewißheit aufgehoben, welche Welt die wirkliche ist. Viele werden erst hier und jetzt begreifen, daß mit den sogenannten Postmodernen, die eigentlich Lehrlinge der Romantik sind, eine neue Einsicht in jene große Epoche der Kunst begonnen hat, deren Vollendung noch aussteht.

DANKWART GURATZSCH



Distanz zum Alltag der Stadt: Der große Glasvorhang auf der ersten Terrasse der Neuen Staatsgalerie Stuttgart



Ironische Spiegelung: Die kleine kuppelüberwölbte Rotunde der Neuen Staatsgalerie

FOTOS: ERIKA KIFFL

JOURNAL

Regisseur Ljubimow wurde entlassen

dpa, Moskau

Jurij Ljubimow, der seit dem letzten Sommer mit seiner Familie im Westen lebende international bekannte Chefregisseur des Moskauer Taganka-Theaters, ist entlassen worden. Wie von den Moskauer Kulturbehörden offiziell bestätigt wurde, ist eine entsprechende Anordnung der Hauptverwaltung für Kultur dem Ensemble verlesen worden. In dem Schreiben wird die Entlassung des Regisseurs mit „wiederholtem unentschuldigtem Fehlen im Dienst" begründet. Der Theatermann Ljubimow war in seiner 20jährigen Tätigkeit beim Taganka-Theater wiederholt Zielscheibe von Angriffen.

Warschau schaltet auch Verleger gleich

AFP, Warschau

In Polen hat die „kulturelle Normalisierung" nun auch das Verlagswesen erfaßt. Das geht aus einer Rede des Kulturverantwortlichen im Zentralkomitee der kommunistischen Partei des Landes, Kazimierz Molek, bei einem Treffen mit den Leitern der polnischen Verlagshäuser hervor. In der von der amtlichen Nachrichtenagentur Pap verbreiteten Erklärung warf der Funktionär den Verlegern vor, polnische Autoren zu veröffentlichen, die aus der „inneren Emigration" oder dem Exil heraus „antisozialistische und polenfeindliche Aktivitäten" betrieben. Dabei nannte er ausdrücklich den seit den 50er Jahren im Westen lebenden Schriftsteller und Literatur-Nobelpreisträger 1980, Czeslaw Milosz, der von den Polen als der größte lebende Dichter ihres Landes angesehen wird.

Eine „Odyssee 84" für Bretonen

AFP, Nantes

Unter dem Titel „Odyssee 84" bietet die bretonische Stadt Nantes den Freunden der Musik des 20. Jahrhunderts bis zum Dezember eine Reihe von Konzerten an. Im Rahmen dieses Zyklus gastiert am 5. Juni Penderecki und die Philharmonie von Krakau. Der Bogen der vorgestellten Werke spannt sich von Kompositionen Strawinskis, Bartoks, Weberns, Bergs und Xenakis' bis zu elektronischer Musik und Percussionsstücken.

Die Nationalstiftung nicht vergessen!

dpa, Bonn

Der „Deutsche Kulturrat", der lose Zusammenschluß von 140 kulturellen Organisationen, hat jetzt gefordert, daß nach der Errichtung einer „Kulturstiftung der Länder" die seit langem versprochene „Nationalstiftung nicht vernachlässigt werden dürfe. Außerdem kritisierte der Kulturrat, daß die Mittelausstattung der Länderstiftung mit jährlich zehn Millionen Mark zu gering sei, um wertvolles Kulturgut für Deutschland zu erhalten und zugleich Kunst und Kultur zu fördern.

Zürcher Oper beginnt mit „Meistersingern"

Reg. Zürich

Nach einem Festakt am 1. Dezember soll in Zürich das umgebaute Opernhaus offiziell am Abend darauf mit einer Neuinszenierung der „Meistersinger von Nürnberg" eröffnet werden. Regie führt Hausherr Claus Helmut Drese. Unter der Leitung von Ferdinand Leitner singen Donald McIntyre, Peter Hofmann und Beatrice Niehoff. Am 4. Dezember findet die Uraufführung der Tschechow-Oper „Der Kirschgarten" von Rudolf Kelterborn (Nikolaus Lehnhoff/Marco Arturo Marelli) statt. Der Mozart-Zyklus von Nikolaus Harnoncourt und Jean-Pierre Ponnelle wird am 23. Februar 1985 mit der „Entführung" fortgesetzt.

Die Buchmesse am Nordbahnhof

J. B. Brüssel

Vom 10. bis zum 18. März öffnet die Brüsseler Internationale Buchmesse wieder ihre Pforten. In den Ausstellungssälen am Nordbahnhof im „Centre Rogier" werden etwa 1 Million Bücher in 36 Sprachen gezeigt. Auf 10 000 Quadratmetern werden etwa 600 Aussteller erwartet, und damit ist die Brüsseler Buchmesse nach Frankfurt die bedeutendste der Welt.

Deutscher Krebskongreß wurde eröffnet

dpa, München

Zum 17. Krebskongreß trafen in München mehr als tausend Ärzte zusammen. Die alle zwei Jahre von der Deutschen Krebsgesellschaft veranstaltete Tagung ist diesmal vor allem Geschwülsten der Weichgewebe, des Gehirns und der Mundhöhle gewidmet. In drei Hauptvorlesungen wird über den neuesten Stand bei den Themen Experimentelle Krebserzeugung, Krebsregister und Stand der Krebsbehandlung referiert. Der Kongreß dauert bis zum Samstag.

ZEITSCHRIFTENKRITIK: „Magazine Hebdo"

Die beschnittene Lust

Nach dem Einschwenken des „Figaro Magazine" in eine harmlose Konsumenten-Mentalität gab es bei den französischen Wochenmagazinen eine Marktlücke: Für eine moderne, nicht-nostalgische Rechte (die Franzosen haben keine Angst mehr vor diesem Wort, seit es dort eine Volksfront gibt) fehlte ein Organ. Diese Lücke hat nun das im letzten Herbst gestartete „Magazine Hebdo" (F-75008 Paris, 33 Rue Jean-Goujon) endgültig okkupiert. Mit einer Auflage von über 110 000 Stück und seinem reichen Inseratenteil ist es für den jungen, einzelgängerischen Verleger Alain Lefebvre kein finanzielles Problem mehr.

Geistig allerdings bleibt dieses „Magazin wöchentlich" (so die wörtliche Übersetzung des Titels) allerdings noch ein Problem. Lefebvre ist vor allem ein großer Fischzug bei der Jugend gelungen – und die ist auch in Frankreich breit zur „oralen Kultur" übergegangen, hat sich intensives Lesen abgewöhnt. Sensiblere Menschen stört „Magazine Hebdo" mit seiner grellen Gelb-Blau-Rot-Buntheit, mit der Masse an Kürzestartikelchen und einer (meines Erachtens) zwar antikommunistischen, aber idiotischen Comics-Seite.

Für anspruchsvollere Leser wird jedoch von Heft zu Heft mehr vorgesorgt. Michel Marmin, bisher bekannt als „Macher" der hochintelligenten Zeitschrift „Eléments" (F-75737 Paris, 13 Rue Charles-Lecocq) der „Neuen Rechten", nimmt seit kurzem im „Magazine Hebdo" die Schlüsselstellung des Generalsekretärs der Redaktion ein.

Redakteuren seiner Couleur ist zu verdanken, daß man auch substantiellere Kost vorgesetzt bekommt. So im inzwischen 25. Heft, neben einer unbarmherzigen, über neun Seiten sich hinziehenden Analyse der Lage in Libanon, eine Einführung in das Werk des großen Mythenforschers Dumézil und ein Interview mit dem Frauenarzt Prof. Claude Colette über die „sexuelle Revolution".

Colette erinnert in seiner Fähigkeit, zwischen emanzipatorischer Rhetorik und Prüderie die richtige Mitte zu finden, stark an seinen deutschen Kollegen Richard Huber und dessen unvergessenes Buch „Sexualität und Bewußtsein" von 1971 (nun bei dtv). Colette sieht natürlich, daß die „sexuelle Revolution" nur eine Fortsetzung des Puritanismus ist, und er weiß, daß die Geschlechtlichkeit wieder Initimität, ja sogar „Geheimnis" braucht, um ihren „verführerischen Zauber" zurückzugewinnen. Doch das haben andere vor ihm schon festgestellt.

Auffällig ist an seiner „dritten Doktrin" (zwischen Permissivität und purer Reaktion) jedoch, worauf er das Hauptgewicht legt. Erstens hatte, seiner Meinung nach, die sexuelle Revolution allein die Junggesellen (-gesellinnen) zur Zielgruppe. Zweitens hält er unsere Gesellschaft zwar für „feministisch", jedoch im Kern frauenfeindlich, da sie den Reichtum weiblicher Existenz auf eine einzige Funktion, die einsame Lust, beschneide.

Interessant ist übrigens, wie dieser Frauenarzt und Vorsitzender des Gynäkologen-Verbandes seine Abwehr jedes Absolutsetzens eines einzelnen Faktors intellektuell begründet: „Unsere Kultur kann die schwere Krise, in der sie steckt, überwinden, wenn sie sich von der griechisch-römischen Antike inspirieren läßt, deren geistiger Polytheismus der wahre Impfstoff gegen den Totalitarismus von heute ist."

ANTON MADLER

Bonn: Vitracs „Der Werwolf" wiederaufgeführt

Schaf vom Amazonas

Der Werwolf ist ins Irrenhaus geraten. Hier erhofft er sich Erlösung von seinem „Leiden": jede Nacht eine Frau verführen zu müssen. Aber ach, die Verhältnisse, sie sind auch hier nicht so, wie sie einmal waren. Wer ist schon krank? Und wer gesund? Die verrückten Frauen sind zumindest in einer Beziehung so „normal" wie ihre Geschlechtsgenossinnen außerhalb der Anstalt: Sie werfen sich dem Werwolf geradezu gnadenlos an den Hals.

Das hört sich ganz hübsch an, das könnte schon die Idee zu einem flotten Theaterstück sein. Aber der französische Surrealist Roger Vitrac hat beim Schreiben seiner Grotesk-Komödie „Der Werwolf" (1946) offenbar keine Sternstunde gehabt. Der Einfall stolpert in zähen Dialogen dahin, witzig ist das selten, und die Anbiederung der sexhungrigen Damen ist keineswegs abendfüllend.

Dieter Munck, der das Stück für die Bonner Bühne ausgegraben hat, macht obendrein einen schwerwiegenden Inszenierungsfehler: Er stellt das schmalbrüstige Stück in einen hochfliegend phantastischen Rahmen, weckt Erwartungen und kann sie dann nicht einlösen. Thomas Richter-Forgách hat ein Bühnenbild geschaffen, das selbst ein Kunstwerk ist. Magritte und Max Ernst haben Pate gestanden zu einem buntbeleuchteten Steingarten, in dem steinerne Finger sich zu einem Balkon formen, in dem Grotten, Brüstungen, Brücken und Bäume eine zu Stein erstarrte tropische Flora darstellen.

Das ist wunderschön. Aber was hat das mit einem Sanatorium zu tun? So verrückt kann gar keiner sein, um dagegen noch ankommen zu können. Der Werwolf (Volker Brandt) sieht mit seinem schwarzen Ziegenfell in dieser Umgebung aus wie ein Hausschaf am Amazonas. Man nimmt ihn kaum wahr, zumal er auch eher ein Opferlamm zu spielen hat als einen Verführer.

Von den zahlreichen Frauen kann sich am ehesten noch Christine Kaufmann als Yvette Lucerne in Szene setzen. Bei ihr deutet sich an, wie man diesen Vitrac vielleicht hätte retten können: In einer sterilen Sanatoriumsatmosphäre, mit allen absurden Ritualen einer Versorgungsmedizin, könnte man im Kontrast mit einer unerfüllten Erotik schon ein wenig mehr Bühnenwirkung erzielen. Und man käme auch Vitrac näher.

An der Idee, einen Mythos psychoanalytisch „heilen" zu wollen, hat man an Bonn also glatt vorbeiinszeniert. Aber seien wir gerecht: Viel ist bei diesem Vitrac nicht zu holen. Möge er weiter in der Versenkung ruhen.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Straßburg: Prodromidès Oper „H. H. Ulysse"

Für den Film brauchbar

Wahrscheinlich muß es auch solche Aufführungen geben – damit die Qualitätsmaßstäbe nicht in Unordnung geraten, damit jeder weiß, was er an Komponisten wie Rihm, Ligeti, Henze und selbst noch an Udo Zimmermann eigentlich hat. Es liegt nun mal im Wesen von Neuer Musik, daß die Musikgeschichte zum Aussortieren noch keine Zeit hatte. Dieser Tatsache vor allem verdankt Jean Prodromidès' Oper „H. H. Ulysse" nach Texten von Serge Ganzl ihre Uraufführung, die jetzt in Straßburg zu sehen war.

Es geht um Howard Hamilton, einen Amerikaner in den besten Jahren, der alles erreicht hat: Geld, Macht, Frauen. Von Zweifeln über den Zweck seines erfolgreichen Daseins geplagt, begibt er sich im Traum in die abenteuerliche Welt der Phantasie und durchlebt auf der Suche nach sich selbst noch einmal die Irrfahrten des Odysseus – er wird zu H(oward) H(amilton) Ulysse.

Es ist sicher legitim, die uralte Frage „Wer bin ich?" erneut aufzuwerfen. Nur: Eine akzeptable Textidee macht noch lange keine gute Oper. Wenn Peter Gottlieb als Hamilton einfach nur an der Rampe steht und singt „Ich bin allein", dann wirkt das nur lächerlich. Hier sind tatsächlich so ziemlich alle Vorurteile Praxis, die mit der zeitgenössischen Oper in Verbindung gebracht werden: Abstraktheit der Handlung, Trockenheit der Darstellung und Leblosigkeit der Figuren.

Prodromidès' Musik steht dem Libretto an sturer Leblosigkeit nicht nach. Sie ist häufig viel zu dick instrumentiert – Schlagzeuger und Blechbläser hatten alle Hände voll zu tun –, noch häufiger nichtssagend und beliebig, im besten Falle plakativ-illustrierend. Als Filmmusik wäre sie stellenweise brauchbar. In einer Oper aber ist mit unmotivierten Trommelwirbeln nichts auszurichten.

Auch Rene Terrassons aufwendige Inszenierung rettete das Stück nicht. Er bevölkerte das aus antiken Säulen und einer modernen Glaskonstruktion bestehende Bühnenbild von Bernard Daydé mit zahllosen komisch naturalistischen Figuren der griechischen Mythologie und glaubte, damit die Sache gerettet zu haben. Fehlanzeige!

Achtbar immerhin der musikalische Teil dieser Uraufführung: Das Straßburger Opernorchester unter Claude Schnitzler spielte recht genau, wenn auch nur mäßig engagiert. Die Sänger legten durchweg eine Stimmpracht an den Tag, die eines besseren Werkes wert gewesen wäre.

STEPHAN HOFFMANN



Auf kürzestem Weg in die Seelen hinein: Herman van Veen FOTO: TW

Ein Joan Miró der Bühne – Herman van Veen auf Deutschland-Tournee

Spielplatz für Philosoph und Tölpel

Fünfzig Stationen in der Bundesrepublik und gegen Schluß der Tour auch in Österreich und der Schweiz, und in manchen dieser Städte gleich drei-, viermal hintereinander; Hamburg schon für mehrere Abende im November in Werbung; im Parkett, überall Leuchtschilder: „Ausverkauft".

Herman van Veen ist unterwegs auf weichen, weißen Sohlen, die riesighohe Stirnplatte schweißperlig, das Haar seitlich gruselig, das Hemd, weiß wie Schuh und Hose, am Ende zerknüllt; seine Bühne ein poetisches Schlachtfeld, eine Puppenstube mit Bombe im Kinderwagen und dem Gift intellektueller Präzision in der Rassel, Spielplatz für Philosoph und Tölpel, Clown und Derwisch, Prophet, Dichter und Pantomime – die Welt um uns her, sie kennt ihn, wie er zum tränenerweichen blauäugig die zartesten Lieder hintuscht, hemmungslos gegen die Zeiten, großäugig gegen die Wirklichkeit.

In der Mitte seiner Mammuttournee, in Hamburg, im Norden, derweil weiter südlich die Narren defilieren: Da verausgabt der Holländer sich, wirft Reis in die Luft, verheddert sich in Zeitungsschnipseln und singenden Koffern, spuckt, schreit, salbadert Nonsens, der aus der Öffnung in seinem Gesicht als konkrete Poesie hervortritt; er läßt Babys brabbeln, Bomben werfen, flüstert, humpelt herum, krabbelt nach hier und nach da, überlistet sich selbst – ein Sammetschokker wie's ihn nicht noch mal gibt.

Denn Herman van Veen ist ein sehr kluger Mann, der allen deshalb ans Herz geht, weil er ein Joan Miró der Bühne ist, dessen bunte Farbkleckse kleine Inseln des Prinzips Hoffnung sind und der das Komplizierte unserer Welt zu reduzieren versteht auf eine Geste, ein Wort, einen Augenaufschlag und damit trifft, auf kürzestem Wege mitten in die Seelen hinein.

Aber dann scheut er sich auch wieder nicht, einfach nur albern zu sein, um Selbstzweck vorzuführen, pantomimisch und dabei mit allergrößter Sparsamkeit alle Register zu ziehen, um zum Lachen zu reizen. Aber die Lacher aus dem Publikum sind niemals Slapstick-Hickser, sondern immer die fröhlich klingenden Reaktionen auf die Schwermut, die von oben kommt: Es gibt einfach keinen traurigeren Geiger, keinen melancholischeren Faxenmacher als den weißen Mann dort oben auf der Bühne, wo der riesige Gummiaufblasmond wie eine große traurige Freude von Miró schwebt.

Herman van Veen ist der Künstler des Notwendigen, des äußerst verknappten, ein Figur gewordenes Gedicht. Die vier Musiker, die er sich mitbrachte, entsprechen seinen Anforderungen voll und ganz. Sie unterspielen, unterstreichen allenfalls, sind Onomatopoeten, mit denen es Spaß machen muß, auf großer Tournee zu sein ...

ALEXANDER SCHMITZ

KULTURNOTIZEN

Karl Friedrich Schinkel ist eine Ausstellung gewidmet, die vom 12. bis 30. März im Hoger-Architekturinstitut St. Lucas in Gent gezeigt wird.

Das Westfälische Kunstmuseum in Münster zeigt bis 29. April wenig bekannte Zeichnungen des Bildhauers Karl Ehlers.

„Filmland NRW – Filmschau '84" heißt das Treffen nordrhein-westfälischer Dokumentarfilmer, das vom 21. März bis 1. April stattfindet.

Skulpturen von Jean Tinguely sind bis 15. Mai in der Düsseldorfer Galerie Schmela zu sehen.

Deutsche Plastik der Gegenwart präsentiert eine Schau im Duisburger Wilhelm-Lehmbruck-Museum (bis 23. April).

Die Ausstellung „Joan Miró 1960 – 1980" in der Kunsthalle Nürnberg wird bis 25. März verlängert.

Pierre Cochereau, Titularorganist seit 1955 an der Kathedrale Notre-Dame in Paris, ist 59jährig gestorben.

Claus Peter Flor ist neuer Chefdirigent der Ostberliner Sinfoniker.

„Euro-Spur" schafft freie Fahrt an der Grenze

Bei Aachen wird ein zeitsparendes Abfertigungsverfahren erprobt

WILM HERLYN, **Vetschau**

„Seit wir die Euro-Spur haben, gibt es keine Meldung mehr im Verkehrsfunk über Staus am Grenzübergang Vetschau", resümiert Klaus Severin. Der Leiter des Grenzschutzamtes Aachen: „Wir praktizieren Europa und sprechen nicht davon."

Die Idee ist so simpel, daß jeder Autofahrer sich wundert, daß das Modell Vetschau nicht schon längst Praxis ist. Ähnlich wie auf internationalen Flughäfen teilen sie sich nach „Nichts zu verzollen" in die grüne Reihe und „Zu verzollen" in die rote Stopp-Schlange auf. Nur daß es auf der Autobahn nach EG-Bürgern und anderen geht: Auf der Euro-Spur können seit August 1983 aus den Niederlanden einreisende EG-Bürger in der Regel ohne anzuhalten die Grenze passieren – nur Reisende „erkennbar anderer Nationalität" werden aus dem fließenden Verkehr herausgewinkt.

Bei der Sichtkontrolle sollen auch Schweizer und Österreicher „unbehelligt" bleiben. Der Nachteil dieser Regelung liegt auf der Hand: die hohen Kosten. Wer die Spreu vom Weizen trennen will, muß nach Ansicht des Leiters des Grenzschutzes in Vetschau, Hartmut Trommler, mit einem wesentlich höheren Personalaufwand rechnen. Dazu wünschen sich die Beamten, die zum Teil stundenlang in Wind und Regen stehen, auch bauliche Veränderungen. „Die Überprüfungen in den Kontrollpositionen abseits der Euro-Spur müßten eigentlich unter einem schützenden Dach geschehen", fordert Trommler.

Kein Verzicht auf die Filterfunktion des Zolls

Angesichts der jüngsten Grenzblockaden am Brenner und kilometerlanger Staus in Frankreich, der schon gewohnten Kolonnen am Wochenende wie zu den Ferien wollen die Zollbeamten aber nicht ganz auf ihre Filterfunktion verzichten. Obwohl die Zölle in Europa abgeschafft sein sollten, gibt es weiter Zöllner, unterschiedliche Verbrauchssteuern, Veterinärskontrollen, Sichtvermerke und Formulare en masse. Und die Grenzbehörden sehen sich auch bei dem Pilot-Versuch dem Zwiespalt ausgesetzt, ob sie nun menschliche Erleichterungen gewähren sollten oder die 20 Millionen Grenzgänger weiter polizeilich überprüfen. Es spricht für die Erfahrung der Beamten, daß die Zahl der „Aufgriffe" bei der neuen Sichtkontrolle mit Stichproben im Vergleich mit dem entsprechenden Monat des Vorjahres nicht weniger geworden ist.

Besonders zu den Hauptverkehrszeiten wird der Vorteil des neuen Verfahrens vor allem für die zahllosen Pendler deutlich: Weil die Kontrollen abseits des fließenden Verkehrs gemacht werden, gibt es kaum Verzögerungen. „Zehn Minuten nach dem alten Verfahren", da ist sich Hartmut Trommler sicher, „und die Schlangen wären wieder da."

„Zeitersparnis ist auch Geldersparnis"

Der Versuch bei Vetschau läuft noch bis zum Sommer. Parallel dazu wird das Verfahren auch am Übergang Perl am Dreiländereck Bundesrepublik/Belgien/Luxemburg erprobt. „Nicht auszudenken, wieviel Benzin die Autofahrer allein sparen könnten, wenn sie nicht mehr Stunden an den Grenzübergängen in Staus stecken", kommentiert der Europa-Abgeordnete Klaus von Aerssen den Versuch. Und sein Kollege Kurt Malangré, auch Oberbürgermeister von Aachen und mit den Grenzverhältnissen bestens vertraut, sieht nur Vorteile auf der „Euro-Spur". „Der finanzielle Mehraufwand für Personal und bauliche Veränderungen ist nicht so hoch, wie die Einsparungen für die EG-Bürger. Zeitersparnis ist auch Geldersparnis für alle, die hin- und herfahren müssen."

Warum allerdings der Versuch noch als „Einbahnstraße" läuft, vermag niemand so recht zu erklären: Denn die Euro-Spur wird nur für den einreisenden Verkehr erprobt. Bei der Ausreise in das Nachbarland bleibt zunächst noch alles beim alten: Stau, Anhalten, Paß zeigen, Weiterfahrt. Ob die Euro-Spur an allen deutschen Grenzübergängen eingeführt wird, entscheiden im Sommer nach den Test-Erfahrungen die Innen-, vor allem aber die Finanzminister: Sie müssen den höheren Personalaufwand genehmigen.



Eine ganze Stadt wurde auf Gift gebaut: Weil in diesem Teil von Merwedepolder nichts mehr zu retten war, begann der Abriß von 106 Wohnhäusern. Ein Schicksal, das wohl dem größten Teil der Wohnstadt mit rund 600 Häusern droht. FOTO: ANP

Durch die Wohnidylle zogen giftige Schwaden

Im niederländischen Merwedepolder begann der Abriß von 106 Wohnhäusern / Ganze Siedlung wurde auf giftiger Deponie gebaut

ELFRUN JACOB, **Den Haag**

Wird Holland zum Giftland? Nach einer Reihe von Umweltskandalen gibt es zur Zeit so etwas wie einen traurigen Höhepunkt: In der neuen Wohnstadt Merwedepolder, umrahmt von Wasser und Grün, den Jachthafen vor der Haustür, ist zur Zeit die Dampframme in Aktion. 106 Häuser wurden dem Erdboden gleichgemacht, 300 Familien heimatlos. Und das ist nur das erste von fünf Wohnvierteln.

Das gesamte Gebiet wurde vor der Erschließung mit gifthaltigem Hafenschlick aufgeschüttet. 600 schmucke Klinkerhäuser wurden so teilweise auf einer gefährlichen Müllkippe gebaut. Im Grundwasser des Abbruchviertels stellte man vor ein paar Jahren erstmals hohe Konzentrationen von Zyanid, Phenol und Schwermetallen fest. Der Chrom-, Zink-, Kadmiumgehalt im Salat und den Butterböhnchen aus dem eigenen Garten liegt um ein Vielfaches über den zulässigen Werten. Vor dem Verzehr wurde gewarnt. Schließlich zogen gar Benzol- und Tetradämpfe in die Wohnungen.

Janneke Baard, Mutter von zwei Kindern, stand gestern vor den Trümmern ihres Hauses: „Ich mußte einfach kommen und zuschauen. Es ist traurig. Wenn man den blühenden Krokus im Garten sieht, kommen einem die Tränen. Hier wurden die Kinder geboren. Hier waren wir glücklich. Freilich – die letzten Jahre, seit wir wußten, daß wir auf Gift wohnen, waren ein Alptraum. Die Kinder viel krank, eins asthmatisch."

Die Psychiater sprechen schon vom Merwedepolder-Syndrom: Angst, Streß, Ungewißheit, Geldsorgen führen von Eheproblemen über Schlaflosigkeit bis zur schweren Krankheit. Die Familie Baard ist seit einem Jahr evakuiert und bekam eine Mietwohnung in Dordrecht. „Aber die kostet 180 Mark im Monat mehr", sagt Janneke Baard, „und das in diesen schlechten Zeiten."

Längst war das früher idyllische Wohnviertel eine Geisterstadt. Bei Dunkelheit wurde geplündert – vor allem in den geräumten Häusern, aber auch schon mal in jenen, die noch bewohnt waren. Der Bewohner eines Altersheims, das durch zusätzliche Isolierungen gegen das Gift in Luft und Boden gewappnet sein soll: „Ich war einer der ersten Bewohner, kam vor neun Jahren. Was war das ein herrliches Viertel, die vielen jungen Familien, der Plausch im Laden. Nun sind Drogerie, Buchhalle, Supermarkt weg ... es ist tot hier."

Das Aktionskomitee „Verseuchter Merwedepolder" drängt, alle 600 Häuser und das Altersheim müßten verschwinden. In den anderen Vierteln sei die Verseuchung lediglich später entdeckt und länger unter den Teppich gekehrt worden: „Hausbesitzer und Mieter werden entschädigt – so kleinlich, daß der Minister sich das an den Hut stecken kann", höhnt man. Dennoch kostet die Operation Merwedepolder Hunderte Millionen. Der Staat zahlt 90 Prozent, die Stadt Dordrecht soll zehn Prozent zahlen. Allerdings, so die Stadtverwaltung, sei Dordrecht heute schon pleite.

Schon bald sollen auch 36 Häuser in Gourderak abgerissen werden. Auch sie wurden vor 1960 auf einer Müllkippe gebaut. Hier liegen 135 Tonnen polyzyklische Aromate, 13 Tonnen PCB und 14 Tonnen „Drins" – Rückstände aus der Pflanzenschutzmittelproduktion. Ein Großteil stammt von Shell. Der Staat prozessiert derzeit gegen den Konzern um 100prozentigen Schadenersatz.

Die Wochenzeitung „Vrij Nederland" gab einen „Kleinen Giftatlas" für die Niederlande heraus. Er zeigt die 1800 beim Umweltministerium registrierten Bodenverseuchungen. Eine Lektüre, die ahnen läßt, daß die Experten kaum zu hoch greifen, wenn sie die Kosten des begonnenen großen Hausputzes in Holland auf rund zehn Milliarden Mark beziffern.

Luftpirat in Genf überwältigt

dpa, **Genf**

Die Entführung eines Verkehrsflugzeuges der Air France auf dem Flug von Frankfurt nach Paris ist gestern nach fünf Stunden auf dem Flughafen von Genf unblutig zu Ende gegangen. Der nur mit einem Messer bewaffnete Luftpirat, wie sich später herausstellte, ein 27 Jahre alter, in Darmstadt wohnender Algerier, wurde überwältigt und festgenommen. Die Passagiere und sechs Besatzungsmitglieder verließen unverletzt das Flugzeug.

Die Boeing 737 war um 9.15 Uhr auf dem Genfer Flughafen Cointrin gelandet, ohne daß die Passagiere überhaupt wußten, was geschehen war. Der Pilot hatte sie kurz nach dem Abflug aus Frankfurt nur davon unterrichtet, daß man „einen kleinen Umweg über Genf" machen werde.

Nach der Landung ließ der Entführer einen herzkranken deutschen Passagier und die sechs weiblichen Fluggäste von Bord gehen. Dann begannen die Verhandlungen zwischen dem Luftpiraten und einem Krisenstab. Die Forderungen des Entführers wurden vom Chefpiloten weitergegeben. Er verlangte das Volltanken der Maschine und den Weiterflug nach Libyen. Libyen erteilte jedoch keine Landeerlaubnis.

Gegen Mittag wurden die 61 Insassen der Maschine mit Getränken und Nahrung versorgt. Dabei gelang es einem Beamten der Einsatztruppe, der als Angestellter einer Großküche verkleidet war, den ahnungslosen Luftpiraten zu überwältigen.

Der Algerier hat nach Informationen der Darmstädter Polizei an der Technischen Hochschule in Darmstadt Elektrotechnik studiert. Er sei am 20. und 22. Februar bei der Darmstädter Polizei erkennungsdienstlich behandelt worden, weil er aus der Landes- und Hochschulbibliothek in Darmstadt fünf Bilder im Wert von 10 000 Mark gestohlen habe. Zwei Tage später sei er in einem Kaufhaus bei dem Versuch erwischt worden, wertvolle Herrenoberbekleidung und eine Ledertasche zu stehlen.

„Hammer-Bande"

AFP, **Paris**

Bei einem Überfall auf eine Pariser Bank haben Unbekannte am Dienstagnachmittag 15 Geiseln genommen und rund 100 Schließfächer aufgebrochen. Offensichtlich handelt es sich bei den Tätern um die sogenannte „Hammer-Bande", die in Frankreich seit etwa zwei Jahren operiert und nun zum 13. Mal zuschlug.

Nitrat im Wasser

dg. **Gießen**

Nach Stuttgart hat nun auch Gießen seinen Grundwasserskandal. Wegen einer zu hohen Nitratbelastung des Trinkwassers in Lollar-Ruttershausen bei Gießen hat die Stadtverwaltung jetzt allen Eltern geraten, zumindest Säuglingen kein Leitungswasser mehr zu geben. Man nimmt an, daß die Verseuchung des Wassers durch Düngemittel mindestens mitverursacht worden ist.

„Tag der Frauen" ohne Feststimmung

Italien wird von einer Vergewaltigungs-Welle überrollt / Gerichte im Kreuzfeuer der Kritik

KLAUS RÜHLE, **Rom**

Der 8. März wird in Italien als „Tag der Frauen" gefeiert. In den Großstädten treffen sie sich zu Umzügen und Kundgebungen. Mit blühenden Mimosen in den Händen machen sie auf ihre Probleme aufmerksam. In diesem Jahr wird ein drängendes Problem zum Hauptthema: Italien wird derzeit förmlich von einer Vergewaltigungswelle überrollt, auf die die Richter, wie die Frauen behaupten, viel zu milde reagieren.

Nach Angaben der Frauenrechtsbewegung werden im Durchschnitt täglich 400 Frauen vergewaltigt. Ein großer Teil davon werde jedoch nie bekannt, weil die Mißbrauchten aus Scham von einer Anzeige absähen. Immerhin wurden im vergangenen Jahr 16 000 Anklagen und Prozesse gezählt. In den weitaus meisten Fällen kamen die Angeklagten mit ein paar Jahren Gefängnis oder gar Bewährung davon. Das hängt zweifellos damit zusammen, daß in italienischen Richterkreisen immer noch die Ansicht vorherrscht, daß die Vergewaltigung einer Frau nicht ohne deren Zutun möglich ist. Daß die weibliche Provokation in Kleidung und Verhalten eine wichtige Rolle spielen, mit anderen Worten, daß die Vergewaltigten den Vergewaltiger sozusagen verführt haben und daher eine Mitschuld tragen.

Bei dieser Mentalität, nach der die Notzucht beinahe so etwas wie ein Kavaliersdelikt ist, das menschliches oder genauer gesagt männliches Verständnis verdient, ist es kein Wunder, wenn Urteile zustande kommen, die von den Frauenrechtlerinnen eher als Anreiz für Sittlichkeitsverbrechen empfunden werden. Typisch ist der Fall von zwei deutschen Touristinnen, die in einer Baracke am römischen Stadtrand von neun jungen Männern eine ganze Nacht lang mißhandelt und vergewaltigt worden waren. Der Staatsanwalt forderte eine exemplarische Bestrafung von 10 Jahren Zuchthaus für die Männer. Doch die Richter waren anderer Meinung. Sie erkannten auf Haftstrafen zwischen zwei und fünf Jahren. Einer der Angeklagten wurde freigesprochen. Nicht nur italienische Feministinnen, sondern die weibliche Bevölkerung des Landes reagierte mit Empörung auf die Urteile. Die Frauenwelt Italiens fordert mit Nachdruck, daß der seit langem beim Rechtsausschuß der Abgeordnetenkammer schlummernde Entwurf einer Strafrechtsreform zur Eindämmung der Notzuchtverbrechen endlich dem Plenum zur Annahme vorgelegt wird. Damit würden die italienischen Gerichte gezwungen werden, ihre bisherige großzügige Haltung gegenüber Sittlichkeitsverbrechern aufzugeben und in der Notzucht nicht länger ein läßliches Vergehen zu sehen.

Wie absurd diese Einstellung ist, zeigt ein anderer von so vielen Fällen. In einem Dorf bei Bologna wurde ein 18jähriger Student angeklagt, nachdem er 17 kleine Mädchen vergewaltigt hatte. Der Richter sah von einer Gefängnisstrafe ab und beauftragte dafür einen Psychiater mit der Heilung des jungen Sexualverbrechers.

Neuer Coup des französischen Fiskus

Steuerfahnder konnten erneut den Code für Schwarz-Konten in der Schweiz knacken

A. GRAF KAGENECK, **Paris**

Tausende gutbetuchter französischer Bürger haben ihren Schreck über die Ausspähung ihrer Bankgeheimnisse noch nicht überwunden, da schlägt der französische Fiskus zum zweiten Mal zu. Den angeblich 5000 seit Oktober vergangenen Jahres „entschlüsselten" Konten französischer Steuerzahler beim Schweizer Bankenverein in Genf und Lausanne folgt nun eine zweite Liste mit 3000 Klienten, die ihre Ersparnisse am heimatlichen Fiskus vorbei einem Schweizer Bankinstitut, und zwar der Genfer Sparkasse, anvertraut hatten. Wie schon im vergangenen Oktober, so enthüllt auch diesmal wieder der durch mysteriöse Kanäle stets gut informierte Pariser „Canard Enchaîné" diesen neuesten Hinterziehungsskandal.

Nach Angaben des Blattes, die wie immer im Pariser Finanzministerium nicht bestätigt werden, sind die Beamten der französischen Steuerfahndung schon seit Januar 1983 im Besitz einer verschlüsselten Liste von Kunden der Genfer Sparkasse mit französischem Paß, aber sie brauchten ein Jahr, ehe sie den Code knakken konnten. Die Genfer Sparkasse hat die Enthüllungen des Pariser Blattes als „Phantasieprodukt" zurückgewiesen. Das hatte allerdings im Vorjahr auch die Direktion des Schweizer Bankenvereins getan, ehe sie später zugeben mußte, daß de facto eine Computerliste mit Schlüsselkonten der Bank abhanden gekommen war.

Inzwischen zweifelt auch in der Schweiz niemand mehr daran, daß die französische Steuerfahndung den zweiten großen Erfolg verbuchen konnte. Angeblich soll sie eine Gesamtsumme von 175 Millionen Franc (rund 58 Millionen Mark) sichergestellt haben. Dabei bedient sie sich zweier Verfahren. Bei einem „diskreten" Besuch eines Steuerbeamten bei einem entschlüsselten Steuerzahler wird diesem – falls er gesteht – eine „Transaktion" angeboten, mit der seine im Ausland deponierten Franc repatriiert werden. Die fällige Steuer wird nachgezahlt und darüber hinaus eine Geldbuße ausgehandelt. Leugnet der Entdeckte, wird sein Fall an das Verwaltungsgericht überwiesen. Dieses setzt erheblich höhere Steuerstrafen fest und kann in besonders schweren Fällen bis zu fünf Jahren Gefängnis verhängen.

Die Aktivitäten der Pariser Steuerfahnder haben inzwischen das Verhältnis zwischen der Schweiz und Frankreich erheblich belastet. Die Schweizer Seite wirft Frankreich illegale „spionageähnliche" Tätigkeiten bei ihrer Fahndung vor. Man habe hochbezahlte Denunzianten gekauft, Bankpersonal, das auf dem Wege des kleinen Grenzverkehrs in die Schweiz zur Arbeit geht. Die Schweiz fürchtet um ihren Ruf als sicherer Hort internationalen Kapitals.

Außerdem muß sie sich gegen den Makel zur Wehr setzen, Beihilfe zu Steuerhinterziehungen zu leisten, die schließlich in allen Staaten gesetzlich verboten sind. Wo aber liegt die Grenze des freien Kapitalverkehrs zwischen Ländern mit „offener" Wirtschaft? Die Pariser sozialistische Regierung behauptet, in ihrer Verfolgung lediglich die Steuerfluchtgesetze anzuwenden, die noch von der vorigen bürgerlichen Regierung erlassen, hingegen nur selten angewandt wurden.

Punker contra Popper

dpa, **Warschau**

In Nowa Huta, dem Industrievorort von Krakau, kommt es seit einiger Zeit fast an jedem Wochenende zu Straßenschlachten zwischen Jugendgruppen, die sich nach britischem Vorbild „Punks" und „Poppers" nennen. Wie die polnische Nachrichtenagentur PAP berichtete, sind die Jugendlichen zwischen 13 und 20 Jahren mit Ketten, Stöcken, Rasiermessern und Messern bewaffnet.

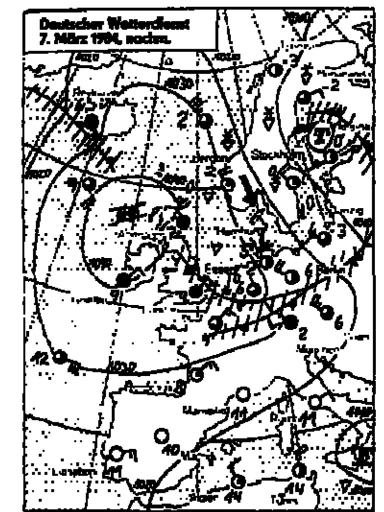
Geiseln befreit

dpa, **Parsdorf**

Unverletzt hat die Polizei in der Nacht zum Mittwoch in Parsdorf (Landkreis Ebersberg/Bayern) zwei behinderte Kinder aus der Gewalt ihres Vaters befreit, der das Mädchen und den Jungen sowie sich selbst umzubringen drohte. Der Installateur wollte seine von ihm getrennt lebende Frau erpressen, zu ihm zurückzukehren.

WETTER: Wolkig und kalt

Wetterlage: An der Ostflanke des ortsfesten Hochs über Irland fließt kalte Meeresluft über die Nordsee nach Mitteleuropa.



Vorhersage für Donnerstag:
Ganz Deutschland: Frühmorgens stellenweise Reifglätte. Sonst teils stärker wolkig, teils aufgeheitert. Vereinzelt Schneeschauer. Im Alpenvorland stark bewölkt und zeitweise Schneefall. Nachmittags 3 bis 6 Grad. Nachts Frost zwischen Minus 2 und Minus 6 Grad. Schwacher bis mäßiger, am Tage böiger Wind aus nördlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:
Wechselnd wolkig. Niederschlagsneigung gering. Mäßig kalt.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	6°	Kairo	19°
Bonn	7°	Kopenh.	6°
Dresden	5°	Las Palmas	20°
Essen	6°	London	9°
Frankfurt	8°	Madrid	10°
Hamburg	5°	Mailand	12°
List/Sylt	4°	Mallorca	15°
München	2°	Moskau	–2°
Stuttgart	1°	Nizza	14°
Algier	14°	Oslo	5°
Amsterdam	7°	Paris	9°
Athen	7°	Prag	4°
Barcelona	14°	Rom	11°
Brüssel	7°	Stockholm	0°
Budapest	9°	Tel Aviv	18°
Bukarest	2°	Tunis	14°
Helsinki	0°	Wien	6°
Istanbul	3°	Zürich	2°

*Sonnenaufgang am Freitag: 6.50 Uhr. Untergang: 18.16 Uhr. Mondaufgang: 9.27 Uhr. Untergang 0.34 Uhr. *in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Mafia-Skandal nagt an den Grundfesten des Escorial

Ein international gesuchter Mafiosi wurde in Spanien auf Kaution freigelassen und verschwand / Hoher Richter des Amtes enthoben

ROLF GÖRTZ, **Madrid**

Seit ein großer Teil des internationalen Drogenhandels über Spanien abgewickelt wird, suchen auch Mafiosi der verschiedenen Familien die Iberische Halbinsel heim. Ein Justizskandal, der das spanische Selbstbewußtsein erschütterte, zeigt, wie eng bereits die Mafia ihre Netze über dem Land zusammenziehen konnte. Polizisten, Staatsanwälte, Richter – selbst des Obersten Gerichtshofes – zappeln darin. Ihre Namen füllen die „Unfall"-Spalten der spanischen Presse, ihre Gesichter rücken gelegentlich sogar auf den Bildschirm. Jetzt wurde der Vorsitzende der 3. Kammer des Obersten Gerichtshofes von Spanien, Jaime Rodrigez Hermida, seines Amts enthoben. Er steht im Verdacht, gegen Bestechung die Freilassung eines Mafiosi in die Wege geleitet zu haben.

In das Netz der Polizei war vor Monaten der Chef eines neapolitanischen Camorra-Clans, Antonio Bardellino alias Tonino, geraten. „Ein großer Fisch", wie die italienische Polizei anerkennend nach Malaga drahtete.

Das Auslieferungsverfahren für den seit langem über Interpol gesuchten Mafioso ging zunächst seinen normalen Gang, bis ein aus dem Urlaub zurückkehrender Richter plötzlich entgeistert feststellte: Tonino ist verschwunden. Ordnungsgemäß entlassen gegen eine Kaution von fünf Millionen Peseten – umgerechnet 90 000 Mark. Auf den Entlassungspapieren stand wie vorgeschrieben die Unterschrift eines Richters der Urlaubsvertretung, gegengezeichnet vom zuständigen Staatsanwalt vom Dienst.

Als am Dienstag dieser Woche der Sergeant der Guardia Civil, Luis Carillo, einvernommen wurde, schloß sich der Ring der Beteiligten. Ein fast lückenloses Bild liegt vor: Der junge, bärtige Polizist arbeitet in der Grauzone zwischen Polizei und „Szene" und muß dabei vom Wege polizeilicher Tugend abgekommen sein. Von ihm erhofft man sich auch Klarheit darüber, welchen Weg 15 Millionen Peseten, die aus Italien kamen, genommen haben. Fünf davon wurden als Kaution für Tonino eingezahlt. Die restlichen zehn, von denen die Ermittler wissen, blieben bisher noch unauffindbar. Der Schluß, daß sie zum Schmieren der Justiz verwendet wurden, liegt nahe.

Im Mittelpunkt des Skandals steht Josefa Suárez, „La Pepa", wohlproportionierte Inhaberin der beiden Pubs „Don Carlo" und „Nico's" in dem Gassengewirr zwischen der Oper und der Gran Via von Madrid. Hier pflegten der Richter Jaime Rodrigez Hermida (57) und sein Freund Ricardo Varón Cobos (54) – jener Richter, der der Urlaubsvertretung die Entlassungspapiere ausstellte – die gemeinsame Freundschaft der Pepa. Don Jaime etwas intimer als Freund Ricardo.

In „Nico's" und „Don Carlo" verkehrten aber auch viele Italiener, die dunkle Geschäfte nach Spanien getrieben hatten – von kleinen Ladendieben bis hin zu Mafiosi. Und zwischen allen bewegte sich, gewissermaßen als Beobachter, gelegentlich auch als Mitmischer, der Sergeant Carrillo. In Zivil natürlich und auch er „La Pepa" zugetan.

„Mir kann man nichts vorwerfen", verteidigt sich die 35jährige vor dem Untersuchungsrichter. Sie gab zu, ihren Jaime, den hohen Richter, um einen kleinen Gefallen gebeten zu haben, nämlich den „armen Tonino" freizulassen. „Von Geld weiß ich aber nichts." Wie auch immer die 10 Millionen verteilt wurden – Don Jaime, der hohe Richter, gab ihre Bitte weiter an seinen Freund und Kollegen im Amt, Ricardo Varón, und sorgte dafür, daß dieser auch die Urlaubsvertretung des für Bardelino zuständigen Richters bekam. Sorgte er auch für die Urlaubsreife des Kollegen und dafür, daß der Staatsanwalt nicht richtig hinsah, als er die Entlassungspapiere gegenzeichnete? Alles Fragen, die an den Grundmauern des Escorial, Symbol spanischer Pflichtauffassung, nagen.

Wo Antonio Bardelino alias Tonino sich aufhält, weiß niemand. In Spanien jedenfalls vermutet man ihn nicht. Weshalb der neue Haftbefehl auch sofort an Interpol weitergeleitet wurde.

Akten auf der Straße

dpa, **Beckum**

Papiere des Beckumer Finanzamts wurden am „Veilchendienstag" auf einer Straße in Beckums Innenstadt gefunden. Finanzamtschef Friedrich Pieper erklärte, unter den Papieren seien keine „streng geheimen" Unterlagen gewesen. Es handele sich vermutlich um „altes Schriftgut" eines Beamten, der offenbar vor seiner Versetzung sein Privatarchiv geleert und in einer Mülltonne verstaut habe.

Premiere in Wien

K. P. **Wien**

Chirurgische Premiere an der Innsbrucker Universitätsklinik: Zum ersten Mal in der Medizin-Geschichte gelang die Doppeltransplantation von Niere und Leber. Der 27jährige Patient wurde nach dreimonatigem Krankenhausaufenthalt nun entlassen. Er hatte vor der Operation eine Lebenserwartung von maximal sechs Monaten.

ZU GUTER LETZT

Bauherrenregel aus dem Anzeigenblatt „Fredenbecker Blick" (im Kreis Stade): „Und kommt im März die Frühlingszeit, ist's länger hell für Schwarzarbeit."